

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Besondere-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgesetzte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Agrarzölle.

II.

Dass, wie unser gestriger Artikel nachweist, die Agrarzölle fast ausschließlich dem Großgrundbesitz zugute kommen, geht auch daraus hervor, daß die großen Güter nach Einführung des neuen Zolltarifs viel bedeutender im Preise gestiegen sind als die der kleineren und mittleren.

In dieser Beziehung sind die Feststellungen Roth-Fegels in „Schmollers Jahrbuch“ (34. Jahrg., S. 1709), dem die im Landwirtschaftsministerium gesammelten Kaufpreise vorliegen, von besonderem Interesse. Danach war die Preissteigerung von 1901/1903 bis 1907/1909 größer als die von 1895/1897 bis 1901/1903 in der Größenklasse unter 2 Hektar um 12 Prozent, von 2 bis 5 Hektar um 11 Prozent, von 5 bis 20 Hektar um 13 Prozent, von 20 bis 100 Hektar um 23 Prozent, von 100 bis 500 Hektar um 36 Prozent und von 500 Hektar und mehr um 34 Prozent. Folglich hatte der Großgrundbesitz den weitaus größten Vorteil aus dem neuen Zolltarif und ist auch im Preise auf das Anderthalb- bis Dreifache von dem gestiegen, was die Preiserhöhung des mittleren und kleinen Besitzes beträgt.

Gleichzeitig bestätigen diese Angaben Roth-Fegels sowie viele andere, die Brentano anführt, daß die Agrarzölle, indem sie den Preis der Güter und den Pachtzins\*) in die Höhe treiben, lediglich den jeweiligen Besitzern zugute kommen, während die späteren Käufer und Pächter nur benachteiligt werden. Kostet der Boden viel Geld, so wird die Führung des Betriebes natürlich äußerst erschwert, der Kreditbedarf vergrößert, die Produktionskosten erhöht und die Profitrate entsprechend herabgedrückt. Kommt dann ein Jahr sinkender Preise, so stehen die neuen Grundbesitzer, die in der Erwartung hoher Getreidepreise für den Grund und Boden schweres Geld zahlten, am Rande des Bankrotts. . . .

So klagten die englischen Pächter ununterbrochen während der ganzen Dauer der hohen Getreidezölle. Deshalb steigt auch die Verschuldung der preussischen Grundbesitzer von Jahr zu Jahr. Der Ueberdruck an eingetragenen Hypotheken und Grundschulden über die Löschungen in den ländlichen Bezirken betrug:

1886	133,16	Millionen Mark
1896	277,50	„
1906	515,19	„
1907	556,81	„
1908	584,15	„

Ebenso stieg die Zahl der Zwangs-Löschungen. 1906 machten die Zwangslöschungen 7,7 Prozent aller Löschungen aus, 1907 8,4 Prozent und 1908 9,9 Prozent.

So steht der Segen der Agrarzölle für die Landwirte in der Wirklichkeit aus. Daraus ergibt sich auch, welche Bedeutung die Redensarten haben, daß man durch Zölle die deutsche Landwirtschaft soweit erziehen kann, daß sie den gesamten einheimischen Bedarf decken wird. Nein, gerade Zölle erschweren außerordentlich die Entwicklung der Landwirtschaft! . . .

Wenn die Agrarzölle von so negativer Bedeutung selbst für die Landwirtschaft und die Viehzucht sind, so ist eigentlich die Frage nach deren Wirkung auf die anderen Zweige der Volkswirtschaft von selbst erledigt: hier können sie nur ungünstig wirken. Doch haben sich Brentano, Roncador und andere die Mühe gegeben, auf diese Fragen näher einzugehen und förderten in der Tat auch einiges Interessantes zutage. So bringt Brentano in der zweiten Auflage seiner Denkschrift eine interessante Tabelle über die Notierungen der Roggenpreise auf den Märkten von Berlin und Amsterdam im Januar, April, Juli und Oktober der Jahre 1878 bis 1895; aus dieser Tabelle geht deutlich hervor, daß der Zoll eigentlich immer im Preise zum Ausdruck kommt, sobald Deutschland als Käufer von Getreide auftritt. Nur kommt es immer wieder vor, daß die eingeführte Menge den Bedarf übersteigt und so den Preis für eine kurze Zeit drückt. Deshalb geben die jährlichen Durchschnittspreise kein richtiges Bild. Nur in Ausnahmefällen, wie beim russischen Roggen, der auf den deutschen Markt angewiesen ist, oder in besonders guten Jahren, wo das Angebot den Weltbedarf übersteigt, werden sich die ausländischen Produzenten genötigt sehen, einen Teil des Rolles auf sich zu nehmen. Davon kann aber keine Rede sein in gewöhnlichen Jahren, sobald die Nachfrage — wie jetzt fast immer der Fall ist — das Angebot übertrifft. Es ist ja ohne weiteres klar, daß die Produzenten doch auf ihre Kosten kommen müssen. Sonst würden sie ja den Betrieb aufgeben. Deshalb müssen die Käufer auch den Zoll tragen. Uebrigens ist es seit der Aufhebung des Identitätsnachweises keine Frage mehr, da die Einfuhrscheine den vollen Wert des Zollbetrages haben. Die Einfuhrscheine bilden somit eine Exportprämie, die den Agrariern ermöglicht, auch in guten Erntejahren die Preise um den vollen Betrag des Rolles über den Weltmarktpreis zu halten.

\*) Ein recht anschauliches Bild der Wirkung der Zölle auf den Pachtzins geben die preussischen Domänenverpachtungen. Der Pachtzins pro Hektar betrug 1908: 40,9 M., 1909: 43,9 und 1910: 45,9 M. Der Pachtzins für die im Jahre 1911 frei gewordenen Domänen ist wiederum auf 49 M. pro Hektar angesetzt worden. Dagegen wurde 1887 der Pachtzins für 24,79 M. verpachtet.

Nun fragt es sich, ob der hohe Getreidepreis auch im Brotpreis zum Ausdruck kommt und ob die Aufhebung der Zölle das Brot verbilligen wird. Es gibt sehr viele, die diese letzte Frage verneinen. So bestritt kürzlich die Regierung und bestreiten noch viele „Gelehrte“, daß die Abschaffung der Oktrois die Herabsetzung der Fleischpreise zur Folge hatte. Roncador führt zur Beantwortung dieser Frage eine ihm vom Statistischen Amte der Stadt Berlin mitgeteilte Tabelle über die Bewegungen des Getreide- und Brotpreises an, aus der deutlich hervorgeht, daß die Brotpreise den Getreidepreisen folgen. Alle Redensarten, daß an der Teuerung ausschließlich der Handel schuld ist, werden dadurch widerlegt. So war

Roggenpreis pro 100 kg	Roggenbrotpreis p. 100 kg	Gewicht d. 50 Pf. Brot in kg	Steigerung resp. Fallen der Durchschnittspreise in Proz.	Roggen	Roggenbrot
1886	13,06	20,80	2,40	—	—
1887	13,09	20,65	2,42	— 0,72	— 0,74
1888	13,45	21,22	2,36	+ 2,76	+ 1,98
1889	15,55	24,69	2,02	+ 16,35	+ 15,61
1890	17,00	27,18	1,84	+ 10,00	+ 9,32
1891	21,12	31,66	1,58	+ 18,48	+ 24,24
1892	17,60	29,52	1,70	— 6,76	— 19,67
1893	13,37	21,89	2,28	— 25,85	— 24,08
1894	11,77	20,43	2,45	— 6,67	— 11,95
1895	11,98	20,63	2,42	+ 0,98	+ 1,78
1896	11,88	20,93	2,39	+ 1,45	+ 0,83
1897	13,01	22,30	2,24	+ 6,55	+ 9,51
1898	14,03	25,15	1,99	+ 12,78	+ 12,45
1899	14,60	24,21	2,07	— 3,74	— 0,21
1900	14,26	23,96	2,09	— 1,03	— 2,33
1901	14,07	24,23	2,02	+ 1,13	+ 1,33
1902	14,42	24,21	2,07	— 0,08	+ 2,49
1903	18,23	28,83	2,09	— 1,57	+ 8,25
1904	13,51	23,50	2,12	— 1,88	+ 2,07
1905	15,19	24,30	2,06	+ 3,40	+ 12,46
1906	16,06	27,06	1,98	+ 11,36	+ 5,76
1907	19,32	30,82	1,64	+ 13,90	+ 20,30
1908	18,65	31,78	1,57	+ 4,11	+ 3,47

Wenn die Schwankungen des Roggenpreises auch größer sind als die des Roggenbrotpreises, so folgen dennoch, wenn auch in längeren Zwischenräumen, die Brotpreise den Bewegungen des Roggenpreises.

Wie groß ist die Belastung der Bevölkerung durch die Agrarzölle? Brentano nimmt an, daß nicht der ganze Zollbetrag, sondern bloß 81 Prozent davon im Preise zum Ausdruck kommt. Wir glauben, daß dieser Satz insbesondere für Weizen entschieden zu niedrig ist. Ebenso für Gerste, die beide nur zur Hälfte bis zu zwei Dritteln aus der inländischen Produktion gedeckt werden. Auf jeden Fall kann die Brentanosche Berechnung als minimal gelten. Danach erweist sich, daß die jährliche Gesamtbelastung durch die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer über eine Milliarde Mark beträgt. Davon fließen in die Reichskasse durchschnittlich ein Achtel, und sieben Achtel in die Taschen der Großgrundbesitzer. Pro Kopf der Bevölkerung ergibt dies eine Belastung von 2,45 M. zugunsten des Reiches und 17,46 M. zugunsten der Grundbesitzer.

Wie groß die Belastung der Konsumenten durch die Vieh- und Fleischzölle ist, kann man folgenderweise feststellen. Der Unterschied zwischen den Londoner und Hamburger Preisen beträgt im Durchschnitt der Jahre 1907 und 1908 für Rindfleisch 32 Pf. pro Kilogramm und für Schweinefleisch 39 Pf.\*). Da Schweinefleisch mehr als doppelt (im Verhältnis von 64 : 29) so viel verbraucht wird als Rindfleisch, so kann man, unter Zugrundelegung dieses Verhältnisses, im allgemeinen annehmen, daß das Kilogramm Fleisch mit 37 Pf. infolge des Rolles und der anderen sogenannten „familiären“ Maßnahmen belastet wird. Da nach den Angaben des Reichsstatistikamtes der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in diesen Jahren 52,6 Kilogramm betrug, so stellte sich die Belastung der Bevölkerung durch die Fleischzölle auf 37 x 52,6 = 19,46 M. pro Kopf oder insgesamt auf rund eine Milliarde Mark.

Der jährliche Tribut, den der deutsche Konsument an die Agrarier zu zahlen hat, beträgt also rund zwei Milliarden Mark!

## Zentrumschwindel zur elsäß-lothringischen Verfassungsfrage.

An leitender Stelle der „Kölnischen Volkszeitung“ wird in der Abendausgabe vom 13. Februar gesagt, daß das Zentrum in der elsäß-lothringischen Verfassungsfrage mit seinem von der Mehrheit der Reichstagskommission (einschließlich der Sozialdemokraten) angenommenen Antrag, wonach Elsaß-Lothringen einen selbständigen Bundesstaat des Deutschen Reiches bilden und ihm drei beschließende Stimmen im Bundesrat gewährt werden sollen, den „einzigen gangbaren Weg“ gewiesen habe. Dabei wird die Sache aber so dargestellt, als ob die Reichstagskommission damit zugleich sich für die weitere Zentrumsforderung der Statthalterschaft auf Lebenszeit ausgesprochen habe und als ob daraus weiter mit Selbstverständlichkeit die Zustimmung zu der einzig vorge-

sehenen Möglichkeit der Absetzung des Statthalters durch den Bundesrat mit den für Verfassungsrevisionen vorgesehenen Kantelen sich ergebe. Diese Darstellung widerspricht direkt der ausdrücklichen Feststellung in der Kommission, daß die Zustimmung zu dem Zentrumsantrag die Frage der Staatsform nicht berühre, — eine Feststellung, ohne welche die Sozialdemokraten in der Kommission, wenn Zweifel darüber bestehen, sich auf den Boden des Zentrumsantrages gar nicht hätten stellen können. Der einfache Wortlaut des gefassten Beschlusses zeigt aber schon, daß die Zentrumspresse zu solchen Auslegungen in keiner Weise berechtigt ist.

Bemerkenswert noch ungeheurer ist der weitere Schwinkel, daß die Beratung der Verfassungsreform im elsäß-lothringischen Parlament gezeigt habe, „daß die in der „Kölnischen Volkszeitung“ vertretene Auffassung der Frage im Reichslande allgemein geteilt wird“. Einmal sind im Landesauschuss die Sozialdemokraten, die bei den Reichstagswahlen von 1907 in Elsaß-Lothringen 81 589 Stimmen, d. h. 23,7 Proz., aller abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben, gar nicht vertreten. Zweitens aber geht das Zentrumblatt hier mit Erfolg über die bürgerlichen Republikaner hinweg, für welche der Abgeordnete Blumenthal im Landesauschuss in der Sitzung vom 8. Februar 1911 laut amtlichem Stenogramm u. a. sagte:

„Ich erkläre offen, daß ich ein überzeugter Republikaner bin, und daß ich es als einen großen Vorzug betrachte, daß in einer Versammlung von Leuten, bei welchen diese Ideen, daß es Republikaner überhaupt geben könne im Deutschen Reich, eine merkwürdige Wirkung hervorgerufen ist, daß es in dieser Versammlung, im Reichstag, wie im Bundesrat zur Sprache gekommen ist, es gibt im Deutschen Reich Leute, welche sich nicht scheuen, sich als Republikaner zu bekennen. Ich behaupte, daß wir als deutsche Staatsbürger das Recht haben, diese Forderung aufzustellen, welche sich auf verfassungsmäßigem Boden bewegt, für welche wir mit aller Energie eintreten können, wie für alle anderen wertvollen Sachen. . . Ich meine, es hat jeder das Recht und die Pflicht, für seine Idee rechtzeitig einzutreten, was nicht früh genug geschehen kann. Nun bin ich der Ansicht und habe die Überzeugung, daß, falls in Elsaß-Lothringen frei abgestimmt würde, im Gegensatz zu dem, was man von der Herren Kollegen erwartet, wir eine überwiegend republikanische Mehrheit in Elsaß-Lothringen finden würden, und daß wir deshalb das Recht und die Pflicht haben, jederzeit auf diese demokratische Bestimmung der Elsaß-Lothringer hinzuwirken.“

Das stenographische Protokoll verzeichnet keinen Laut des Widerpruchs bei dieser Feststellung des Abgeordneten Blumenthal, der dann unter der Heiterkeit des Landesauschusses fortfuhr, gegen die Zentrumsforderung eines Regenten und besonders auch gegen die Lieblingsidee des „Kölnischen Volkszeitung“, den lebenslänglichen Statthalter, zu misserieren, wobei er sich deutlich an die Ausführungen unseres Genossen Gummel im Reichstag anlehnte. Aber alles das hindert die „Kölnische Volkszeitung“ nicht, in dem bereits angezogenen Artikel den deutschen Lesern zu versichern: „Es kann jetzt nicht mehr geleugnet werden, daß die in der „Kölnischen Volkszeitung“ vertretenen Ansichten die Forderungen des ganzen Landes richtig dargestellt haben.“

Was die modernen Leser der deutschen Zentrumspresse sich nicht alles bieten lassen müssen!

Glücklicherweise fällt auf den Zentrumschwindel, daß ein lebenslänglicher kaiserlicher Statthalter oder Regent die Verwaltung Elsaß-Lothringens „von Berlin unabhängig“ machte, im Reichslande selber kein Mensch herein. Diese Unabhängigkeit könnte nur die von der Sozialdemokratie geforderte republikanische Regierungsform bringen. Das weiß man im Lande so gut, daß selbst bürgerliche Kreise sich dem Verlangen nach der Republik anschließen, denen man in Alt-Deutschland eine solche Keckheit nicht im entferntesten zutraute.

## Die elsäß-lothringische Verfassungsfrage in der Kommission.

In der heutigen (Mittwochs-) Kommissionsitzung beantragte das Zentrum, dem § 2 eine Fassung zu geben, wodurch der Begriff des selbständigen Bundesstaates zum größten Teil wieder aufgehoben worden wäre. Danach sollte der Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats einen Statthalter auf Lebenszeit ernennen. Eine frühere Abberufung sollte nur möglich sein, wenn keine 14 Stimmen im Bundesrat dagegen wären. Ein Antrag Bassermann wollte die lebenslängliche Ernennung beibehalten; ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, der Statthalter solle mit absoluter Mehrheit auf je 5 Jahre vom Landtag gewählt werden und schon vor Ablauf dieser Frist durch Mehrheitsbeschluß des Landtags abberufen werden können. Staatsminister Delbrück erklärte, daß die Annahme des Antrages einvernehmlich unmögliche Konstruktion ergeben würde. Mit dem Begriff selbständiger Bundesstaat sei die Bevormundung dieses Staatswesens unvereinbar. Die Sozialdemokraten seien konsequent und wollten den Einfluß des Kaisers völlig beibehalten. Man vergegenwärtige sich den Zustand, der entstehen würde, wenn der Kaiser die Abberufung des Statthalters für notwendig halte und durch die Stimmen der drei Königreiche im Bundesrat daran gehindert würde.

Vom Zentrum wurde die Ansicht vertreten, daß die Souveränität des Kaisers auf den Statthalter übertragen werde und daher während dieser Zeit ruhe. Von sozialdemokratischer Seite wurde bedauert, daß die Kommission den Antrag abgelehnt habe, nachdem die Regierungsgeschäfte durch einen vom Landtag zu wählenden Regierungsausschuss zu erledigen seien. Jetzt bleibe nichts anderes übrig, als für die möglicste Unabhängigkeit des Statthalters vom Kaiser einzutreten. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt, ebenso ein nationalliberaler Antrag, der die Worte „auf Lebenszeit“ in dem Zentrumsantrag gestrichen haben wollte. Abgelehnt wurde auch, und zwar mit 17 Stimmen, der Vorschlag in dem Zentrumsantrag, nach dem 14 Bundesratsstimmen die Abberufung des Statthalters verhindern können. Angenommen wurde ein fortschrittlicher Antrag in folgender Fassung:

\*) Der Preis von Schweinefleisch in Hamburg war 1907 147 und 1908 138 Pf., in London 1907 107 und 1908 114 Pf.; von Schweinefleisch in Hamburg 1907 139 und 1908 146 Pf.; in London 1907 106 und 1908 101 Pf. pro Kilogramm.

An der Spitze des Bundesrats steht ein Statthalter, der vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers auf Vorschlag des Landtags ernannt ist. Die Ernennung erfolgt auf Lebensdauer.

Bei der Gesamtstimmung über den § 2 in dieser Fassung wurden 21 Stimmen dafür und 8 Stimmen dagegen abgegeben. Dafür haben Zentrum, Fortschrittler, Nationalliberale und Sozialdemokraten gestimmt, dagegen Konservative und Reichsparteier, bis auf den Abg. Höffel, der sich der Stimme enthielt.

## Durand in Freiheit.

Paris, 15. Februar. Die Revisionskommission trat heute vormittag im Justizministerium zusammen, um die Akten des Falles Durand zu prüfen. Am Schluß der Sitzung entschied der Justizminister, nachdem er in Kenntnis von den von der Kommission gezogenen Folgerungen gesetzt worden war, die Akten an den Kassationshof zu überweisen und ordnete durch ein Telegramm an die Generalsstaatsanwaltschaft in Rouen die Freilassung Durands an.

Dah in der neuen Gerichtsverhandlung Durand freigesprochen werden wird, unterliegt keinem Zweifel. Und so wird der Justizmord, den vom Kassationshof befängene Geschworene am 25. November vorigen Jahres gefüllt haben, bald seine Sühne gefunden haben.

Der Vergleich mit dem Essener Meineidsprozeß liegt nahe. Auch Durands ganzes Verbrechen bestand darin, daß er ein Arbeiterführer und Sekretär einer Gewerkschaft war. Man erinnert sich noch des Tatbestandes. Während eines Streiks von Kohlenverladern war ein betrunkenen und exzessiver Streikbrecher von gleichfalls betrunkenen Ausständigen angegriffen und erschlagen worden. Der traurige Vorfall wurde von den Reaktionsären aufgegriffen, um die Gewerkschaftsbewegung zu kompromittieren. Dorum wurden nicht nur die des Tatbegriffs Verdächtigen, sondern auch der Gewerkschaftssekretär wegen Anstiftung zum Mord angeklagt. Die von der bürgerlichen Presse verbreiteten Geschworenen verurteilten Durand wegen angeblicher aufreizender Äußerungen als Anstifter wirklich zum Tode. Das Todesurteil wurde dann vom Präsidenten der Republik in siebenjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hatten vom Tage der Urteilsverkündung an eine unablässige Kampagne für die Wiederaufnahme des Verfahrens geführt, um die sich auch der bürgerliche radikale Abgeordnete Meunier große Verdienste erworben hat. Nun sehen unsere Genossen ihr Werk mit Erfolg gekrönt und man darf hoffen, daß auch Durand die Folgen der Aufregung und der Hast bald überwunden haben wird.

Aber welcher Unterschied zwischen französischen und preussischen Zuständen! Wieviele Jahre hat es gedauert, bis es in Preußen gelang, den Unschuldigen von Essen ihre Ehre wiederzugeben, nachdem sie die fürchterliche Strafe bis zum Schluß hatten verbüßen müssen. Im republikanischen Frankreich hat es kaum eines Vierteljahres bedurft, um den Fehlurteil wieder gut zu machen. Auch auf dem Gebiete der Justiz ist uns Frankreich trotz des eitlen Selbstlobes, das Preußen seiner Justiz unaufhörlich spendet, weit voran.

Rouen, 15. Februar. Als Durand von dem Befehl, ihn aus der Haft zu entlassen, in Kenntnis gesetzt wurde, weigerte er sich, das Gefängnis zu verlassen, da er in eine Irrenanstalt eingeliefert zu werden fürchtete. Seine Angehörigen werden heute nachmittag hier erwartet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar 1911.

### Beschwerden der Marinearbeiter.

Aus dem Reichstage, 15. Februar. Die Debatte über den Marineetat wurde auch heute nicht zu Ende gebracht. Doch kamen fast ausschließlich Arbeiterbeschwerden zur Erörterung. Zunächst kam der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung der Heizergulage, mit dem ein gleichlautender freisinniger Antrag verbunden wurde, zur namentlichen Abstimmung. Es wurden abgegeben 162 Stimmen dafür, 155 dagegen bei 4 Enthaltungen. Die Mehrheit ist also außerordentlich knapp. Das schien dem Marineminister doch höchst unbedeutsam zu sein. Man merkte das an der wachsenden Nervosität, mit der er auf jede spätere Erwähnung der Heizervorlage reagierte.

Zunächst brachte Genosse Röske die Kanzleiverhältnisse und die zu hohen Abschreibebühren in den Reichsämbtern zur Sprache, worauf Herr v. Tirpitz bestritt, daß bei den Marinebehörden in der Beziehung noch Mängel vorhanden seien. Doch hatte die Debatte wenigstens den Erfolg, daß der Regierung eine Vermehrung gewisser Kanzleikräfte abgelehnt wurde.

Ein alter sozialdemokratischer Antrag, daß das Marineamt nur mit solchen Firmen Lieferungsverträge abschließen solle, die sich verpflichten, Tarifverträge mit ihren Arbeitern einzugehen, war wieder eingebracht worden, der trotz seiner früheren Annahme durch den Reichstag und bei der Regierung nicht genügend Beachtung gefunden hat. Genosse Hue begründete den Antrag besonders mit dem Hinweis auf die Arbeiterverhältnisse bei der Firma Krupp, indem er zahlreiche Beispiele von Missetaten besonders im Wohnungswesen beibrachte. Der Zentrumredner Giesberts erklärte sich im Prinzip für den Antrag, hatte aber formale Bedenken. Die Abstimmung wird morgen erfolgen.

Genosse Severing brachte dann die Missetaten auf den Marinewerften zur Sprache, wobei er mit dem Kapitän Jendahl ins Gericht ging wegen seiner arbeiterfeindlichen Haltung. Der Marineminister v. Tirpitz glaubte auch diesmal wie alljährlich die sozialdemokratische Kritik dadurch bekämpfen zu können, daß er ihre Berechtigung rundweg bestritt.

Morgen geht die Debatte weiter.

### Landräte und Berliner Polizei.

Wie in den letzten Tagen der Polizeiminister, den man nach dem neuesten Akt des Herrn v. Röcher freilich nicht mehr so nennen darf, auf der Anklagebank saß, so hatten sich am Mittwoch die Landräte und der Berliner Polizeipräsident gegen schwere Anschuldigungen zu verteidigen, die namentlich unsere Genossen Beinert und Liebknecht gegen sie richteten.

Zuerst kamen die Herren Landräte an die Reihe, denen Beinert in mehr als einstündiger Rede ihr Sündenregister vorhielt. Eingehend schilderte er die politische Tätigkeit dieser Beamten, ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie, ihre Einmischung in wirtschaftliche Streitigkeiten, ihre Agitation für die Kriegervereine und ihre inständige Betätigung zugunsten der Reaktion. Seine Forderung, die Postrechte gegen die Willkür der

Landräte zu schützen, wird freilich kaum in Erfüllung gehen, denn, wie Leinert treffend bemerkt, bilden unsere Regierungsbeamten bis hinauf zum Minister eine große Familie, in der die Landräte am mächtigsten und gefährlichsten sind. Daß unser Redner im Recht ist, bewies der weitere Verlauf der Debatte. Dem Minister hatten die Konservativen verboten, selbst zu antworten. Statt seiner trat zunächst der Abg. v. Bohna (fl.), seines Zeichens Landrat, auf, der die Bekämpfung der Sozialdemokratie als eine selbstverständliche Pflicht der Landräte bezeichnete, und ihm folgte der Konservative v. Arnim, der für den berechtigten Reichsverband eine Lanze einlegte.

Recht arg setzte dann Genosse Liebknecht dem Berliner Polizeipräsidenten zu, dessen kindische Zensurverbote er ebenso scharf kritisierte wie sein ungeheures Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, um schließlich noch einmal die Postspiegelreize und die Koabitier Vorgänge zu besprechen. Der konservativ-klerikale Mehrheit war dabei nicht sonderlich wohl zu Mute, sie gaben mehr als einmal zu verstehen, daß sie nichts mehr hören wollen, aber Liebknecht schenkte ihnen nichts. Obwohl Herr v. Röcher wiederholt eingriff und ihn einmal mit einem Ordnungsruf beglückte, konnte Liebknecht seine fast zweistündige Rede zu Ende führen.

Der Minister erhob sich zu einer kurzen Entgegnung, die darin gipfelte, daß die freie Bühne zwar durchaus löbliche Tendenzen verfolge, daß man aber doch aus prinzipiellen Gründen mal eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeiführen mußte. Gütig polizeilich!

Vor und nach der Tagesordnung gaben die Führer der Nationalliberalen und der Konservativen Erklärungen ab, die sich auf die Auseinandersetzung vom Dienstag bezogen, aber vorläufig noch nicht geeignet sind, die Kriegsdroge zu begraben. Die Konservativen, in deren Namen König Heidebrand sprach, verlangen völlige Unterwerfung, wie sie es von den Nationalliberalen gewohnt sind. Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause erregte es, als Hoffmann, nachdem der Präsident Herrn v. Heidebrand das Wort erteilt hatte, „Aufstehen“ rief. Tatsächlich wurde denn auch die Erklärung des ungekrönten Königs von Preußen stehenden Fußes entgegengenommen. An Wirkung hat sie dadurch allerdings nicht gewonnen.

### Nur zum Geseht!

Unter dieser Ueberschrift gibt das konservative Hauptquartier in einem Aufruf der „Konserv. Korresp.“ bekannt, daß es zum Wahlkampf gerüstet ist:

„Am 10. d. M. fand in Berlin eine fast vollständig besuchte Versammlung des Weiteren Vorstandes unserer Partei statt. ...

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten die Vorbereitungen für die nächsten Reichstagswahlen, insbesondere wurde das Verhältnis zu den anderen Parteien einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Ueber alle Beratungsgegenstände herrschte vollkommene Uebereinstimmung.

Ohne die Schwere und den Ernst des bevorstehenden Wahlkampfes irgendwie zu verkennen, herrschte unter den Vertretern der Partei zugleich die einmütige Entschlossenheit, den Kampf mit Ausbietung aller Kräfte zu führen, und es herrschte zugleich die Zuversicht, daß jedes Mitglied der Partei sich von der Erkenntnis durchdringen lassen wird, daß es sich dabei nicht nur um die Ehre unserer Sache, sondern zugleich, im Endergebnis und in den Konsequenzen, um den Fortbestand unserer idealen und materiellen, geistigen und wirtschaftlichen Interessen handelt.

Wir werden also auf der Grundlage unseres Programms, das wir in allen seinen Teilen aufrecht erhalten, mutig und opferbereit in den Kampf gehen.

Am diesen Kampf wirksam und erfolgreich führen zu können, wird auf die Aufstellung der Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen besondere Sorgfalt in persönlicher und sachlicher Hinsicht zu wenden sein. Zunächst überall werden eigene Kandidaten unserer Partei aufzustellen sein.

Zugleich aber wird es unbedingt nötig sein, die enge Fühlung mit dem leitenden Parteivorstand nicht außer acht zu lassen. Nur dann ist dieser imstande, das Ganze zu übersehen, die nötigen Vorbereitungen aufrecht zu erhalten und die erforderlichen Unterstüßungen zu gewähren.

Die Schwierigkeit der Lage und die Kampfesweise unserer Gegner werden es nötig machen, von früher beobachteten Praktiken hier und da abzuweichen, wo das Ziel erreicht werden soll, nicht nur überall unser Parteinteresse rückwärts wahrzunehmen, sondern wo es sich ebenfalls empfiehlt, mit unseren Gegnern „von Bebel bis Wassermann“ gebührende Abrechnung zu halten.

Die konservative Sache kann und wird nicht untergehen. Sie verlangt aber, daß jedermann vom ersten bis zum letzten seine Schuldigkeit tut.“

Wir nehmen mit Interesse davon Notiz, daß man im konservativen Lager gerüstet ist. Wir sind es auch — und wenn die nächste — allgemeine Reichstagswahl von der Regierung auf einen möglichst nahen Termin angelegt wird, haben wir nichts dagegen. Unreinigen kann es morgen losgehen.

Abgesehen von dieser Ankündigung bietet der Aufruf nichts neues. Daß die konservativen Generalläden entschlossen sind, diesmal mit Ausbietung aller Kräfte den Kampf für ihre materiellen und politischen Interessen zu führen — das Wort „geistig“ ist jedenfalls nur aus Versehen in den Aufruf gekommen — wissen wir längst, ebenso daß die Junkergarde in jeder Hinsicht an ihrem „Parteiinteresse“ festhält und bereit ist, völlig „rückwärtslos“ zu verfahren, das heißt im Wahlkampf alle gesetzlichen und ungesetzlichen Mittel anzuwenden, die ihr auf dem Lande ihre privilegierte Stellung gestattet, um den Gegner niederzuhalten. Der nächste Wahlkampf wird, das ist zweifellos, alle früheren an Bedrückung, Verleumdung und Niedertracht überbieten. Um sich in ihrer Machtstellung zu halten, werden die Krautjunker vor keiner Gemeinheit zurückzuschrecken.

### Die geprügelten Nationalliberalen.

Die Raubjagd, die gestern im Landtage zwischen Nationalliberalen und Konservativen entbrannt ist, findet in der Presse heute ihre Fortsetzung. Es wird uns erzählt, daß es sich um ein großes Ereignis handelt. „Nur zum Geseht“ überschreibt die „Konservative Korrespondenz“ ihre (die wievielte?) Kriegserklärung an die Nationalliberalen, und die „Kreuz-Ztg.“ feiert mit all der Junkerherbheit, deren sie fähig ist, das Geschimpfe des kleinen Heidebrand als staatsmännische Leistung ersten Ranges. In der Tat, wäre auf eine andere Partei als gerade die Nationalliberale in solcher Weise losgepaukt worden, so dürfte man erwarten, daß auch die Abwehr nicht fehlen würde. Wenn aber Nationalliberale Fußtritte bekommen, so muß man sich erinnern, daß das Wort „Gunde sind wir ja doch“ echt nationalliberale Gepräge trägt. Man wird daher gut tun, seine Erwartungen auf das geringste Maß zu beschränken. Und in der Tat hat ja Herr Schiffer gestern und Herr Dr. Friedberg heute die

Schläge bereits quittiert, was deutlich zeigt, daß die Nationalliberalen nur von einem Gefühl befeuert sind, der zur Zeit, noch mehr Schläge zu erwischen. Und das weiß niemand besser als Herr v. Heidebrand und seine Leute. Deshalb muß die „Kreuz-Ztg.“ heute so schweres Geschick auffahren. Sie schreibt:

„Endlich wird es klar zwischen den Konservativen und der Partei Wassermann, die man kaum noch nationalliberal nennen kann. Der konservativen Parteileitung, die für ihr friedfertiges und nachsichtiges Verhalten gegenüber den fortwährenden Provokationen von jener Seite nur Hohn und Annäherung erntete, ist nun endlich der Geduldssaden gerissen. Das ist durch eine jener spitzigen und spitzfindigen Reden bewirkt worden, wie sie im Abgeordnetenhaus Herr Schiffer, das alter ego des Herrn Dr. Friedberg zu halten pflegt. Vorher hatte der konservative Abgeordnete v. Bieberstein mit gerechter und anerkannter Schärfe demagogische Angriffe zurückgewiesen, die der Nationalliberale Lohmann gegen die Landräte gerichtet hatte. Schiffer glaubte seinem bedrängten Praktikongenosser zu Hilfe eilen zu müssen. Er wird die Stunde nicht segnen, in der er sein Schicksal mit dem Lohmannschen verknüpfte. Denn der Abgeordnete v. Heidebrand kam über beide und gab ihnen so wichtige Schläge zu kosten, wie sie noch selten zwischen bürgerlichen Parteien angeleitet worden sind. Diese kräftige Abrechnung aber tat bitter not. Wer nicht hören will, muß fühlen. Und die Abfuhr durch den konservativen Führer wird den von Wassermann mißleiteten Nationalliberalen noch lange sichtbar bleiben.“

Man kann diesem Gerause zwischen den uneins gewordenen Volksfeinden nur mit ungetrübter Heiterkeit zuschlagen. Die Nationalliberalen dürfen sich wahrlich nicht belägen. Die Konservativen wissen zwar, daß die Nationalliberalen, wenn sie sich nur getrauten, ihnen sehr gefährlich werden und ihnen namentlich im Osten schweren Abbruch tun könnten; sie wissen aber ebenso genau, daß die Nationalliberalen sich eben nicht getrauen werden, weil sie selbst politisch und sozialpolitisch so reaktionär sind, daß niemand mehr als sie das Verschwinden der Konservativen fürchtet. So wird die Uingeduld der Konservativen solchen Geldern gegenüber begreiflich. Die Nationalliberalen stellen immer wieder Ansprüche, an den Hinterfrag herangelassen zu werden, sind aber viel zu feig, sich solche zu erkämpfen. Und mit solchen Leuten machen die Junker eben nicht viel Geschichten. Sie sind nun mal für die Prügelstrafe und lange Erfahrung hat sie gelehrt, daß sie mit Nationalliberalen dabei in der Tat stets die besten Erfahrungen gemacht haben.

### „Nur“ 97 Millionen Anleihe!

Um in der Presse aufgetretenen „Unklarheiten“, wie sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ausdrückt, entgegenzutreten, gibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Ueberblick über den Anleihebedarf des Reiches. Derselbe betrug:

im Jahre 1906 . . . . .	277,2 Millionen Mark
„ „ 1907 . . . . .	253,9 „
„ „ 1908 . . . . .	260,9 „
„ „ 1909 . . . . .	723,7 „
„ „ 1910 . . . . .	171,8 „
„ „ 1911 . . . . .	97,7 „

Das offiziöse Organ betont weiter ausdrücklich, daß der Anleihebedarf für die Jahre 1910 und 1911 auf jeden Fall nur 171,8 und 97,7 Millionen Mark betragen werde, einerlei, ob die für die „Schuldentilgung“ angelegten Beiträge wirklich für den Ankauf von Schuldverschreibungen oder aber zu einer Abschreibung von Anleiheposten verwendet werden.

Derartige Unklarheiten sind im „Vorwärts“ niemals vorhanden gewesen. Der „Vorwärts“ hat ja niemals behauptet, daß die wirkliche Schuldenvermehrung für das Jahr 1911 sich auf einen höheren Betrag als 97,7 Millionen Mark belaufen werde. Er hat nur darauf hingewiesen, daß die Aufstellung des Etats den Anschein erwecken müsse, als ob eine Schuldentilgung von 80,8 Millionen Mark durch Ankauf älterer Schuldverschreibungen erfolgen könne, ohne daß sich dann der Anleihebedarf entsprechend erhöht. Mit anderen Worten, er hat festgestellt, daß jeder Pfennig, der für eine wirkliche Schuldentilgung verwendet werde, dann auf der anderen Seite wieder neu eingepumpt werden müsse. Daß dadurch eine Schuldenvermehrung nicht eintritt, liegt ja auf der Hand, denn das Loch, das auf der einen Seite aufgerissen wird, wird ja auf der anderen Seite zugestopft. Die Feststellung des „Vorwärts“ bestand in nichts anderem, als in der Aufdeckung des ganzen Schuldentilgungsschwindsels, in der wiederholten Konstatierung der Tatsache, daß in Wirklichkeit trotz des Gesetzes vom 15. Juli 1909 auch nicht ein Pfennig der Schulden wirklich getilgt werde, daß auf der anderen Seite aber ein Defizit von 97,7 Millionen Mark vorhanden sei, das durch eine Anleihe zu decken ist.

Wenn also die „Nordd. Allg. Ztg.“ von „Unklarheiten“ spricht, die in der Presse hervorgerufen seien, so kann sie nur jene Unklarheiten meinen, die in der bürgerlichen Presse durch die seltsame Aufstellung des Etats, durch die Verpiegelung einer Schuldentilgung, durch die doppelte Buchung eines Einnahmepostens von 80,8 Millionen Mark hervorgerufen worden sind. Diese Unklarheiten sind aber gerade durch den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ zerstört worden. Hätte die bürgerliche Presse von den Darlegungen der beiden sozialdemokratischen Blätter Notiz genommen, so hätte es der Aufklärung des offiziellen Organs nicht bedurft. Immerhin ist es erfreulich, daß jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ selbst diese Unklarheiten zugestehet!

Auf die famose Methode der Schuldentilgung, die ja schon durch die Bestimmungen der Schuldentilgung in dem Gesetz vom 15. Juli 1909 charakterisiert sind, werden wir demnächst eingehender zurückkommen.

### Eine neue vermehrte Auflage des Professorenstreites.

Der Berliner Professorenstreit nimmt immer beständigere und zugleich kühnere Formen an. Schon glaubte man, die rivalisierenden Professoren hätten, des Kleinlichen Panks müde, nach Indischer Brauch das Kriegsgeißel begraben, und nun kommt der Rivalitätskampf von neuem auf. Den Anlaß dazu hat eine ganz überflüssige Erklärung gegeben, die Professor Sering vor einigen Tagen in der Sitzung des Landesökonomikollegiums vortragen zu müssen glaubte. Darüber geriet Professor Vernhard in Erregung und richtete an verschiedene bürgerliche Blätter folgende heftige Gegenerklärung:

„Herr Professor Sering ist in den letzten Wochen wiederholt mit irreführenden Äußerungen an die Öffentlichkeit getreten, insbesondere mit einer irreführenden Erklärung, die er am Sonnabend, dem 11. Februar 1911, vor dem Landesökonomikollegium abgegeben hat.“

Ich glaube im Interesse der Unwissenheit, der angehörend ich die Ehre habe, zu handeln, wenn ich es zurzeit noch ablehne, in eine öffentliche Diskussion der ganzen Vorgänge einzutreten. In dieser Haltung bestärkt mich die mir soeben bekannt gewordene, unglücklich klingende Tatsache, daß meine Herren Kollegen hinter meinem Rücken an eine Reihe auswärtiger akademischer Lehrer ein Rundschreiben mit vertraulichen Doku-

menten gesandt haben, welches durch Entstellung und Unterdrückung wahrer Tatsachen und durch Hinzufügung falscher Behauptungen geeignet ist, in weiten Kreisen falsche Vorstellungen über die tatsächlichen Vorgänge im sogenannten „Professorenstreit“ zu verbreiten. Der gütigen Vermittlung der Herren Geheimrat Lujo Brentano und Professor Edgar Jaffe in München verdanke ich es, daß ich heute in den Besitz dieser Schriftstücke gekommen bin.

Schon einmal im Verlaufe des Streites haben meine Herren Fachgenossen zu solchen Waffen gegriffen, indem sie am 31. Juli 1910 hinter meinem Rücken an etwa 60 Ordinarien der Berliner Universität ein geheimes Rundschreiben richteten, welches unter Verschweigung wichtiger Tatsachen eine irreführende Richterstattung enthielt.

Da jetzt meine Herren Fachgenossen wiederum versuchen, mich hinter meinem Rücken durch falsche Angaben zu verdächtigen, eine Handlungsweise, zu deren Charakterisierung es keines Wortes bedarf, bin ich zu neuen Schritten gezwungen.

Der Öffentlichkeit gegenüber aber begnüge ich mich vorläufig damit, folgendes festzustellen:

Der Herr Unterrichtsminister hat das gesamte Material des Professorenstreites eingehend untersucht und ausdrücklich festgestellt, daß er keinen Anlaß gefunden habe, gegen mich in irgendeiner Weise einzuschreiten.

Berlin, 14. Februar 1911. Professor Ludwig Vernhard.

Diese schöne Anklage hat sofort wieder die Herren Professoren Wagner, Schmoller und Herting auf den Kampfplatz gerufen. Auch sie haben eine Erklärung verfaßt und an die Presse verhandelt. In diesem Schriftstück heißt es:

Herr Vernhard versucht die Schwäche seiner Position durch neue öffentliche Angriffe zu verdecken. Er beschwert sich über ein Rundschreiben, mit dem wir an eine Anzahl akademischer Lehrer auf vielfachen Wunsch, im wörtlichen Abdruck, das Urteil der akademischen Kommission und die Erklärungen der Parteien vom 24. Dezember v. J. kürzlich übersandt haben. Dies geschah, als festgestellt, daß Herr Vernhard es unterlassen werde, einem Appell an sein Ehrgefühl zu entsprechen und selbst die falschen oder irreführenden Berichte zu korrigieren, welche nach Abschluß des äußeren Friedens in der ihm bis dahin Befolgung leistenden Presse erschienen waren. Darnach ist bereits angekündigt worden, daß wir andernfalls uns die Klarstellung der Vorgänge vorbehalten müßten.

Herr Vernhard wundert sich, daß wir ihm das Rundschreiben ebensowenig wie ein früheres vom 31. Juli 1910 zugefandt haben. Dies war durch den Abbruch der außeramtlichen Verkehrsbeziehungen ausgeschlossen. Auf Antrage eines der Empfänger, des Herrn Professor Jaffe in München, ist diesem aber logisch telegraphisch anheimgestellt worden, das Rundschreiben Herrn Vernhard zu übermitteln. Die verhandelten Dokumente sind keineswegs als sekret anzusehen; das Urteil der akademischen Kommission ist zum mindesten den akademischen Kreisen ohne weiteres zugänglich. Das wir uns bisher mit einer sehr beschränkten Öffentlichkeit begnügten, geschah lediglich aus Schonung für Herrn Vernhard. Den Vorwurf, wir hätten ihn durch falsche Angaben hinter seinem Rücken zu verdächtigen gesucht, haben wir nicht nötig, zurückzuweisen.

Jetzt kommt wieder Herr Vernhard mit einer Erklärung an die Reihe.

### Sind Heilstättenpatienten in die Reichstagswählerlisten aufzunehmen?

Mit dieser Frage beschäftigte sich am Dienstag in stundenlanger Beratung die Wahlprüfungskommission des Reichstages. Es handelte sich um die Wahl des Abg. Kötze im 13. hannoverschen Wahlkreis. Dort befinden sich mehrere Heilstätten, in denen sich zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten 650 Wahlberechtigte aufhielten, die auf Grund einer an die Landräte ergangenen Weisung des Regierungspräsidenten nicht in die Wählerlisten eingetragen wurden. Die Angelegenheit hat am 13. Juli 1909 bereits das Plenum des Reichstages beschäftigt. In der erneuten Kommissionsberatung vertrat ein Vertreter des Reichsamts des Innern die Ansicht der Regierung. Er plädierte für Nichtzulassung, weil der Aufenthalt in einer Heilstätte kein „Wohnsitz“ im Sinne des Gesetzes sei.

Nach langer Debatte wurde der Antrag des Referenten, Lehmann-Wiesbaden, die Verfügung des Hildesheimer Regierungspräsidenten für gesegwidrig zu erklären, gegen die vier Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen.

In der nächsten Sitzung soll darüber debattiert werden, ob nur die Beschwerdeführer oder ob alle Pflanzlinge der Heilanstalten wahlberechtigt gewesen wären.

### Die Einberufung eines Zentrumsparteitages

wird von einem heftigen Zentrumsmann in der „Alln. Volksztg.“ und der „Angsbürger Volksztg.“ gefordert. Zur Begründung dieser Forderung wird ausgeführt, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen nicht nur die Entscheidung bringen würden über die zukünftige Wirtschaftspolitik Deutschlands, sondern auch über grundsätzliche Fragen der Weltanschauung. Deshalb sei es nötig, daß die ganze Zentrumspartei zu einer mächtvollen Kundgebung zusammenetrete. Das werde die Stöckkraft der Agitation fördern und ein einheitliches Vorgehen der Partei in allen Teilen des Reiches sichern. Es handle sich nicht nur um die Erhaltung der parlamentarischen Vertretung des katholischen Volksteils, sondern auch um die Wahrung der bedrohten religiösen Interessen. Während alle übrigen politischen Parteien auf Parteitag, die für das ganze Reich einberufen würden, eine einheitliche Parole für das ganze Reich geben und nach einheitlichen Zeitlägen die Wahlen vorbereiten, hat die Zentrumspartei bis jetzt von der Einberufung eines deutschen Parteitages Abstand genommen und sich mit provinziellen oder Landesparteitagen für die einzelnen Bundesstaaten begnügt. Dies möge für gewöhnliche Jahre ausreichen, aber nicht in diesem außergewöhnlichen Kampfs- und Wahljahre.

### Verzögerung der Handwerkerkonferenz.

Die für den 3. März angelegte Handwerkerkonferenz soll infolge der Anordnungen des Reichstags auf den 7. April verschoben werden. Es ist wahrscheinlich, daß in den ersten Tagen des März der Etat des Reichsamts des Innern im Reichstag auf der Tagesordnung steht. Da sich der Staatssekretär des Innern Deibredt persönlich an der Handwerkerkonferenz zu beteiligen wünscht, soll Sorge getragen werden, daß er nicht durch die Verhandlungen des Reichstags anderweitig in Anspruch genommen ist.

### Zentrums-Wahlschwindel.

Wie die „Wfälzische Post“ mitteilt, ist gegen den katholischen Pfarrer Adolf Graf, früher in Ormesheim, jetzt in Weckenheim, ein Ermittlungsverfahren wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet. Es handelt sich um eine Flugblattgeschichte, die dem Mittlereidler und Zentrumspolitiker Jakob Feig vom Schwurgericht Zweibrücken wegen Meineids acht Monate Gefängnis eingetragen hat.

Als in Ormesheim, einem Dorf des Wahlkreises Wirmosens, im vorigen Jahre bei der Gemeinderatswahl eine Anzahl liberaler Bürger kandidierten, erschien ein angeblich von den Liberalen herührendes Flugblatt, in welchem die Arbeiter schwer bekämpft wurden. Die Folge war, daß die Mehrzahl der liberalen Kandidaten nicht gewählt wurde. Diese bezeichneten das Flugblatt sofort als eine von politischen Gegnern ausgehende Fälschung und setzten alle Hebel in Bewegung, die Later zu ermitteln. In einer Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Ullerslaster bewährte nur der Führer der Ormesheimer Zentrumspartei, ein Verwandter des dortigen katholischen Pfarrers, Jakob Feig, daß er das gefälschte Flugblatt weder verfaßt, noch in Druck gegeben habe, noch daß er wisse, wer der Verfasser und Verfasser des Flugblattes sei. Zu jener Zeit war bereits bekannt geworden, daß das gefälschte Flugblatt in der Offizin der ultramontanen „Wespfälz. Ztg.“ gedruckt worden war, eine Tatsache, welche diese Zeitung in einer

Prokolemik mit dem liberalen „St. Ingberter Anzeiger“ zuerst entlarvt in Abrede gestellt hatte. Der Faktor der „Wespfälz. Ztg.“, der in jener Verhandlung als Zeuge vernommen wurde, wollte zuerst das Zeugnis verweigern, machte aber, mit Zeugniszwangsbefehl bedroht, die Aussage, daß jener Feig das Flugblatt verfaßt habe. Wenige Tage darauf wurde Feig verhaftet. Am 8. Februar fand vor dem Zweibrückener Schwurgericht die Verhandlung gegen ihn wegen Meineids statt. Feig gab zu, das Flugblatt im Auftrage eines Mannes, den er nicht nennen wolle, bei der Druckerei der „Wespfälz. Ztg.“ bestellt zu haben. Dagegen bestreitet er, das Flugblatt verfaßt zu haben oder zu wissen, wer es verfaßt habe. Der Zeuge Faktor sahner der „Wespfälz. Ztg.“ behauptete, daß das Flugblatt schriftlich durch einen mit dem Namen Feig unterzeichneten Zettel bestellt worden sei. Er glaube die Schrift des Feig erkannt zu haben, da dieser ständiger Korrespondent der „Wespfälz. Ztg.“ sei. Den katholischen Pfarrer Graf beantragte der Staatsanwalt unbeeidigt zu vernehmen, da gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung zum Meineid schwebte. Der Zeuge, unbeeidigt vernommen, gab an, daß er den Verfasser des Flugblattes kenne, ihn aber nicht nenne, weil er ihn in Ausübung seiner Seelsorge kennen gelernt habe. Feig wurde wegen Meineids unter Jubilation des § 54 zu der oben mitgeteilten Strafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde zur Bemessung des Strafmaßes ausgeführt, daß Feig wahrscheinlich das Opfer eines Dritten geworden sei.

### Frankreich.

#### Das Attentat auf Briand.

Paris, 14. Februar. Die irrenärztlichen Sachverständigen sprachen sich für die Unzurechnungsfähigkeit Sigolme aus, der am 17. Januar in der Deputiertenkammer zwei Revolverkugeln auf Briand abgegeben hatte. Das gerichtliche Verfahren gegen Sigolme wird demgemäß eingestellt und Sigolme einer Irrenanstalt überwiesen werden.

### England.

#### Verziehung der Octobill.

London, 15. Februar. Unterhaus. Premierminister Asquith kündigte an, daß die Einbringung der Octobill auf den 21. d. M. verschoben sei, da Balfour wegen des Todes seines Bruders am Montag der Sitzung nicht beizuhören könne.

### Türkei.

#### Die Stellung der Regierung.

Konstantinopel, 14. Februar. Die jungtürkische Kammerpartei hat dem Großwesir sowie den Ministern der Marine, der Finanzen und des Ackerbaues mit großer Mehrheit, dem Kriegsminister und dem Scheich ul Islam einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen. Dem Außenminister wurde mit 70 gegen 18 und dem Unterrichtsminister mit 66 gegen 88 Stimmen ein Mißtrauensvotum erteilt. Der Außenminister und der Unterrichtsminister sollen aufgefordert werden, ihre Entlassung zu nehmen, da sie sonst durch Interpellationen oder während der Budgetdebatte gestürzt werden würden.

### Amerika.

#### Ausnahme des kanadischen Handelsvertrages.

Washington, 14. Februar. Das Repräsentantenhaus hat den Reziprozitätsvertrag mit Canada mit 181 gegen 92 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag, den Vertrag an den Ausschuss zurückzuberufen, um noch mehrere Artikel auf die Freiliste zu setzen, mit 191 gegen 114 Stimmen abgelehnt worden war.

### Die Kämpfe in Mexiko.

El Paso, 15. Februar. General Navarro ist mit 1000 Mann Regierungstruppen in Juarez eingezogen, was das Ende des Feldzuges um Juarez bedeutet. Es stehen keine Insurgenten mehr in der unmittelbaren Nähe dieser Stadt.

## Parlamentarisches.

#### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Bei der Weiterberatung des Militäretats wurde bekannt gegeben, daß die Gesamtausgaben für das Reichswehr im nächsten Jahre einschließlich der Reauforderungen 791320823 M. betragen werden. Lebhaftest kritisierte die Gesplogeneit vieler Beamten, die Reserveoffiziere sind, sich jedes Jahr freiwillig zu einer militärischen Übung zu melden, um, wie der Zentrumskoordinierte Sped erklärte, sich vom Dienst als Beamte drücken zu können. Die Übungslosigkeiten für Reserveoffiziere steigen durch diese offenbar von der Militärverwaltung begünstigten freiwilligen Übungen recht beträchtlich. Bei einer Forderung von neuen Unteroffiziersstellen für die Bezirkskommandos wies Genosse Schöpflin darauf hin, daß in den Bezirkskommandos Zeit und Mannschaften dazu verwendet würden, politische Schnüffeleien zu betreiben. Der Kriegsminister erklärte, „nur“ wenn es sich um Beförderungen handle, würden Erhebungen über die politische Haltung der in Frage kommenden Mannschaften veranlaßt. Genosse Koffe stellte fest, daß der Kriegsminister die politische Schnüffelei in den Bezirkskommandos zugegeben habe. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der Verjüngung der Militärämter erörtert. Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert animierte die bürgerlichen Parteien und die Regierung, die Reichswehrverfassung so zu gestalten, daß die Militärämter in sehr großer Zahl in den Klassen der einzelnen Berufsstände unterkommen fänden, um dort als staatsbehaltende Elemente wirken zu können. Genosse Schöpflin nagelte diesen Versuch des Abg. v. Liebert fest und wies darauf hin, daß seine Befolgung nur dazu führen würde, die Klassen durch gewalttätige Zuführung ungeeigneter Elemente schwer zu schädigen und die Politik in diese Institute hineinzutragen. Der Kriegsminister sprach seine Freude über die Anregung Lieberts unter, gegen die nur noch die Freisinnigen einen allerdings etwas schwachen Protest erhoben. Angenommen wurde eine Resolution Erzberger, die den Reichstagsler ersucht, eine Veränderung der Zivilversorgung der Militärämter vorzubereiten und ihre Anstellung auf dem Lande zu erwägen. Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag verlagert. Am Freitag wird die Debatte über das Tempelhofsefeld beginnen, zu der bereits eine Zentrumsresolution vorliegt.

#### Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung vom Mittwoch, den 15. Februar. Die Kommission vollendete die zweite Lesung des sechsten Buches, indem sie meistens die Kompromißanträge unverändert annahm.

#### Öffentlichkeit des Spracherfahrens.

Vor dem Spracherfahren des Versicherungsamtes soll nach der Vorlage mündlich und öffentlich verhandelt werden. Der Zentrumskoordinierte Ziel beantragte, daß die Verhandlung nicht öffentlich sei, weil die Beschaffung geeigneter Räume zu teuer sein würde. Die Sozialdemokraten erklärten sich entschieden gegen eine solche Verschlechterung. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt.

#### Zulassung der Arbeitersekretäre als Vertreter der Versicherten.

Das Versicherungsamt kann nach dem Entwurf Bevollmächtigte und Bevollmächtigte zulassen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Dies gilt jedoch nicht für Rechtsanwälte und solche Personen, denen das Verhandeln vor Gericht gestattet ist. Infolge einer Anregung der Sozialdemokraten nahm die Kommission in der ersten Lesung besondere Bestimmungen für die

Arbeitersekretäre an, die aber weit hinter den Anträgen der Sozialdemokraten zurückblieben. Hiernach müssen die Arbeitersekretäre die Zulassung als Vertreter der Versicherten beantragen. Ueber den Antrag entscheidet das Oberversicherungsamt und, wenn gegen die Entscheidung Beschwerde erhoben wird, die oberste Verwaltungsbehörde, d. h. das Ministerium des Innern. Die Zulassung darf nicht aus Gründen verweigert werden, die sich auf die religiöse oder politische Betätigung des Antragstellers stützen.

In der zweiten Lesung beantragten die Sozialdemokraten, daß das letzte Wort in dieser Sache nicht das Ministerium, sondern das Reichsversicherungsamt haben soll. Die Kommission lehnte aber den Antrag der Sozialdemokraten mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Volkes ab. Dagegen nahm sie einen Antrag des Zentrums an, nach dem die Zulassung nur verweigert werden darf, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

#### Das Gutachten des Versicherungsamtes soll doch mitgeteilt werden.

In der vorigen Sitzung lehnten die Kompromißparteien den Antrag der Sozialdemokraten bezüglich Mitteilung des vom Versicherungsamt abgegebenen Gutachtens ab. Als aber heute die Bestimmungen über das Verfahren vor dem Oberversicherungsamt beraten wurden, legte der Zentrumskoordinierte Weder (Arnsherg) den Antrag vor, daß dann, wenn sich die Berufung gegen den Unbefehd eines Trägers der Unfallversicherung richtet, dem Berechtigten auf Antrag vom Oberversicherungsamt die Unterlagen und das Gutachten des Versicherungsamtes abzurufen ist — also in anderer Form dasselbe, was der sozialdemokratische Antrag gefordert hatte. Jetzt nahm die Kommission den Antrag an.

#### Einschränkung der Rekurse in Unfallversicherungssachen.

Die Kompromißparteien beantragten, daß für Feststellung der vorläufigen Renten und für Reufeststellungen der Entschädigungen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt nicht mehr zulässig sein soll. Die Sozialdemokraten wendeten sich dagegen und beantragten für den Fall, daß der Kompromißantrag angenommen werden soll, die Zulässigkeit der Rekurse wegen Mängel des Verfahrens, unrichtige Auslegung des Gesetzes usw. Beide Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt.

Jetzt bleibt für die zweite Lesung nur noch das 5. Buch. Dazu hat aber das Reichsamt des Innern die aus den früheren Entscheidungen sich ergebenden Veränderungen noch nicht zusammengestellt. Die nächste Sitzung kann daher erst dann stattfinden, wenn diese Änderungsanträge vorliegen.

## Aus der Partei.

#### Eine Ehrung für Paul Singer.

Unserem Genossen Paul Singer ist nach seinem Abscheiden die größte Ehre widerfahren, die einem vaterlandslosen Gesellen geschehen kann: Die Militärbehörde hat ihn boykottiert! Sie hat in Halle a. S. den Kriegern für die Zeit, wo Singers Beerdigung im Wilde vorgeführt wird, den Besuch der Kinematographentheater verboten! Ein Boykott in aller Form zu vaterländischen Zwecken. So geschehen in Halle im Jahre des Heils 1911!

Das neue Freiburger Parteiblatt soll, einem Beschluß der Wahlkreisversammlung in Wolfach vom Sonntag zufolge, auch sofort im 6. Wahlkreise (Zahr-Wolfsch) zur Einführung kommen.

Personalien. Genosse Konrad Hänisch ist am Montag aus der Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund ausgeschieden und nach Berlin übergesiedelt, um hier die Leitung der Zentrale für Flugblätter und Flugchriften zu übernehmen.

Die Redaktionskommission der „Essener Arbeiterzeitung“ wählte zum leitenden politischen Redakteur den Genossen Otto Kiebuhr, zurzeit Lokalredakteur am „Halleischen Volksblatt“. Genosse Kiebuhr scheidet mit dem 1. April aus der Redaktion des „Vollblatts“ aus.

## Aus Industrie und Handel.

#### Interessenpolitik.

Die deutschen Kolonien sind, wenn man unsere Ueberpatrioten reden hört, lediglich im allgemeinen Interesse des Vaterlandes erworben worden. Einer ihrer wichtigsten Vorzüge soll der sein, daß vaterländische Gewerbe beim Bezuge seiner Rohstoffe vom Ausland unabhängig zu machen. Dazu würde natürlich auch gehören, daß die Warensendungen aus den Kolonien nach Deutschland zollfrei eingehen, denn die Kolonien sollen doch eben als Erweiterung des deutschen Landes und nicht als Ausland gelten. Der Zollschuß soll ihnen so gut wie dem Heimatlande zugute kommen, er soll ja dazu dienen, die Produktion der Rohstoffe zu fördern. So will es das „allgemeine vaterländische“ Interesse. Wie sehr sich jedoch hinter diesem Berede das private Interesse einzelner Profitjäger verbirgt, zeigt eine Auslassung der Hamburger Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht.

Im Jahre 1908 betrug die gesamte deutsche Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln 7 984 021 000 M., davon lieferten die Kolonien nur für 22 778 000 M.; die gesamte deutsche Ausfuhr an Erzeugnissen der Industrie betrug 4 218 900 000 M., davon gingen nach den deutschen Kolonien nur für 35 498 000 M. Wenn nun der Absatz deutscher Fabrikate nach den Kolonien im Zoll günstiger gestellt wird als die Fabrikate anderer Länder, so würde das allerdings für einzelne deutsche Fabrikanten ein großer Vorteil sein (nämlich für die wenigen, die laut obiger Zahl nach den Kolonien liefern). Aber diese Vergünstigung würde von den Kolonien dadurch bezahlt werden, daß ihnen die Freiheit genommen wäre, sich auf dem billigsten Markt zu verkaufen, und ihr Bedarf würde dementsprechend verteuert. Wenn umgekehrt die Produkte deutscher Kolonien bei ihrer Einfuhr nach Deutschland im Zoll günstiger gestellt werden, als die Produkte anderer Kolonialländer — es würden dabei nach der bisherigen Entwicklung der Kolonien in erster Linie Kaffee, Kakao und Reis in Betracht kommen — so würde das wieder nur ein Vorteil für einzelne Kapitalisten sein. Die Hamburger Handelskammer schreibt darüber:

„Würden diese Artikel in Deutschland zollfrei oder zu Vorzugszöllen eingelassen werden, so erhielten die Produzenten in den Kolonien höhere Preise, und es ist unübersehbar, daß damit ein bedeutender Anreiz zur Vermehrung der Produktion geschaffen würde... Die damit erlangten Vorteile würden aber doch im wesentlichen nur einzelnen zugute kommen, und sie wären nichts anderes als eine Subvention, die durch Verminderung der Reichssteuereinnahmen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler in die Taschen der Kolonialinteressen geleitet würde. Insbesondere ist nicht daran zu denken, daß die Zollfreiheit oder Zollermäßigung den deutschen Konsumumenten die Artikel verbilligen würde. Gegenüber den gewaltigen Mengen der Weltproduktion haben die geringen Mengen unserer Kolonialproduktion auf die Preisbildung einzuwirken noch keinen Einfluß.“

Für den sozialdemokratischen Beobachter dieser Dinge ist besonders interessant, wie diese Großkapitalisten, sobald es sich um einen wirklichen, praktischen Fall handelt, sofort mit aller Klarheit und Schärfe den Gegenstand der wirtschaftlichen Interessen sehen, den ihre Vertreter in der Wissenschaft wie in der Politik so beharrlich ableugnen.

#### Neue Aufträge für die Waggonfabriken.

Es für das preussische Eisenbahngesamtkomitee beinahe eine Selbstverständlichkeit, unbestimmt um die Konjunktur seine Bestellungen so zu machen, daß sie in das Betriebe des stärksten industriellen Hochdrucks hineingerieten und dann natürlich mit entsprechenden Preisen berechnet wurden. Dazu kam dann noch, daß die Waggonfabriken in solchen Zeiten viele Arbeiter einstellen, die dann natürlich bei der ersten Gelegenheit wieder hinausjagen. Wie jetzt bekannt wird, will die Regierung für diesmal „versuchsweise“ mit ihrer althergebrachten Manier brechen und den Waggonfabriken schon jetzt die Aufträge für den Lieferungszeitraum 1911/12 erteilen.

# Gewerkschaftliches.

## Das Scharfmachertum kennt keine Grenzen!

Wenn den Unternehmern das Feuer anfängt auf die Nägel zu brennen, wenn ihnen die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen immer gefährlicher zu werden droht, dann steigen sie in ihre Klistammer hinab und holen bisher noch unerprobte Kampfmittel hervor. Wenn diese Mittel auch nicht immer mit der „böhsischen“ Eigenart zu vereinbaren sind, so sollen sie doch den wahrhaft „nationalen“ Zweck erfüllen, den so verhassten organisierten Arbeitern den Aufstieg zu einer höheren Lebenshaltung schier unüberwindliche Schwierigkeit in den Weg zu legen. So hat der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe es für erforderlich erachtet, die ihm so gefährliche Störfkraft des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu brechen. Da er sich aber dazu für zu schwach hält, wandte er sich hilfesuchend an den — „Erbsinde“. Die Bauunternehmer Frankreichs sollen dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe helfen, dem Deutschen Bauarbeiterverband in den nächsten Lohnkämpfen ein Paroli bieten. Freilich, für diesmal ist es noch vorbei gelungen; die „Erbsinde“ haben es vorläufig noch abgelehnt, an der Knebelung der deutschen Bauarbeiter mitzuwirken. Ueber eine dahingehende Vereinbarung, die der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe durch seinen Vorsitzenden, Herrn Feliß, dem französischen Bauunternehmerverband zur Annahme unterbreitet hat, veröffentlicht der „Grundstein“ (Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes), folgendes:

Zwischen der Föderation der französischen Bauunternehmer und dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die vertragsstehenden Parteien verpflichten sich, keinen Arbeiter des kartellierten Landes einzustellen.
2. Wenn in einer der vertragsstehenden Organisationen ein Streik oder eine Aussperrung voranzugehen ist, so verpflichtet sich die betreffende Organisation, die Leitung der anderen davon zu unterrichten, unter Angabe der Orte, die von dem Streik oder der Aussperrung betroffen werden können.

Falls ein allgemeiner Streik oder eine Generalausperrung in einem der vertragsstehenden Länder ausbricht, so werden alle Arbeiter des betreffenden Landes, die im Fremde (1) arbeiten, sofort entlassen.

Sobald ein Streik oder eine Aussperrung ausgebrochen ist, muß die Leitung der betroffenen Organisation sofort der anderen Organisation Mitteilung machen und gleichzeitig alphabetisch geordnete Listen mit den Namen der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter, ihren Geburtsort und Geburtsort einsenden. Diese Listen müssen in genügender Anzahl aufgestellt werden, damit sie alle Mitglieder erhalten können. Die Beendigung eines Streiks oder einer Aussperrung ist ebenfalls mitzuteilen.

3. Die Leitungen der vertragsstehenden Organisationen verpflichten sich, alle Maßnahmen zu treffen, damit ihre Mitglieder so schnell wie möglich diese Listen erhalten, um zu verhindern, daß streikende Arbeiter Beschäftigung finden. Sie müssen ebenfalls darüber wachen, daß Arbeiter, die etwa schon Stellung gefunden haben, sofort wieder entlassen werden.

4. Die vertragsstehenden Parteien verpflichten sich, sich gegenseitig nach Möglichkeit zu unterstützen und die Einstellung von nichtstreikenden Arbeitern zu erleichtern. Die Maßnahmen der Arbeitssuchenden der bekundeten Organisationen sind zu respektieren und nach Möglichkeit zu unterstützen.

Dieser Vertrag ist zwischen den Zentralleitungen der vertragsstehenden Parteien abgeschlossen unter Vorbehalt etwaiger Änderungen durch ihre Generalversammlungen.

Wie wir oben bereits anführten, haben die „Erbsinde“ diese Vereinbarung abgelehnt. Ihre „böhsische“ Eigenart läßt dies zurzeit noch nicht zu, und wir geben daher dem konföderierten Herrn Feliß den guten Rat, später noch einmal anzuklopfen. Vielleicht gelingt es ihm dann, die „nationale“ Arbeit mit mehr Erfolg zu schlingen. Diese Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zeigen aber, wohin die Reise führt! Wenn es gilt, die Arbeiterschaft zu knebeln, dann verdammt man selbst die Hilfe des sonst so verhassten „Erbsindes“ nicht hierzu. Und ganz treffend bemerkt der „Grundstein“: Wenn bei den kommenden Reichstagswahlen wieder ein Soldknecht des Unternehmertums den „nationalen“ Popanz gegen die Sozialdemokratie auszuspielen versucht, dann mögen ihm unsere Genossen mit dieser Vereinbarung recht kräftig um die Ohren schlagen. — Herr Feliß soll sich aber gesagt sein lassen: Der Deutsche Bauarbeiterverband wird auch den kommenden Kämpfen gegenüberstehen, und er wird es sich trotz aller Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe nicht nehmen lassen, für eine ständige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder in nachdrücklichster Weise einzutreten.

### Berlin und Umgegend.

#### Tarifbewegung der Bauanschläger.

Die Bauanschläger Groß-Berlins nahmen am Dienstag Stellung zu der kommenden Tarifbewegung. Der zurzeit bestehende Tarif war auf drei Jahre abgeschlossen und läuft am 1. April 1912 ab, und im Oktober d. J. beginnen die Verhandlungen mit den Unternehmern. Eingangs seiner Ausführungen teilte der Vorsitzende noch mit, daß einzelne Kollegen den Kämpfmänner-Arbeitsnachweis in der Wasserhauser Straße besucht haben sollen. Sollte sich dies bestätigen, so läme dies Streikbruch gleich. Die Lohnbewegung wird damit motiviert, daß während der letzten Jahre die Affordlöhere der Bauanschläger dieselben geblieben seien, während die Lebensmittel usw. ganz enorm gestiegen sind. Der Redner wies auch nach, daß die Unternehmer um genau so viel in ihren Angeboten herabgegangen sind, als sie die Arbeiter bei Tarifabschlüssen gedrückt haben. Die Abzüge dienen demnach dazu, die Schmutzkonturen zu verstärken. Ein Redner war der Meinung, daß gerade die häufiger vorkommenden Arbeiten aufgebessert werden müßten und zwar um 15—20 Proz. Die Arbeiten werden sehr sauber verlangt, dabei sei das gelieferte Material das denkbarste schlechteste. Allgemein kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die Unternehmer darauf hinarbeiten, in den nächsten Tarif ungünstige Positionen hineinzubringen, statt Verbesserungen zu schaffen, wie die Arbeiter sie wünschen. Die Agitationskommission arbeitet zurzeit den neuen Entwurf aus.

#### In der Musterkonfektion.

Der vornehmsten Gruppe der Damenkonfektion, ist eine Tarifbewegung in der Entwicklung begriffen. Es bezieht sich die Gruppe seit fünf Jahren ein Tarifvertrag, der auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist, aber den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs mehr entspricht. Der Minimallohn für die männlichen Schneider ist in dem Tarif auf 30 M. festgelegt, der der Schneiderinnen auf 22 M. Diese Löhne sind in der Tat schon überholt. Es muß schon ein außergewöhnlich schwacher Arbeiter sein, der sich in der Musterkonfektion mit 30 M. abspinnen läßt. Allerdings besteht bei einzelnen Zwischenmeistern — um diese Art Arbeitgeber handelt es sich überhaupt — die übliche Gewohnheit, in der stillen Zeit die Löhne zu kürzen, was früher ziemlich allgemein der Brauch war. Jetzt gehört das zu den Ausnahmen, und es hat sich mehr und mehr die Erkenntnis geltend gemacht, daß ein solches Verfahren höchst ungehörig ist. In letzter Zeit scheint sich auch in anderer Hinsicht eine Wandlung in den Ansichten der Zwischenmeister zu vollziehen, wenigstens ließ ihre große öffentliche

Verammlung am 9. Januar sowie ihre Stellungnahme auf dem Heimarbeitkongress am 12. Februar erkennen, wie sich unter ihnen die Ueberzeugung Bahnbricht, daß sie ihre Interessen gegenüber dem Unternehmertum in derselben Weise wahrnehmen müssen, wie es die organisierte Arbeiterschaft aller Berufsstände tut, und daß sie dazu der Mithilfe der von ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bedürfen, weshalb sie selbst als Arbeitgeber dafür sorgen müssen, daß sie einigermassen anständige Löhne zahlen und zahlen können. Man dachte dabei selbstverständlich vor allem an die Stapelfonktion und die billigen Sachen, bei denen das Glend der Heimarbeit am krassen hervortritt. Eine starke Lohnbewegung wäre ja auch hier und in der ganzen Damenkonfektion vor allem notwendig, ist aber gegenwärtig leider noch nicht durchführbar, da die Organisation die dazu nötige Stärke noch nicht erreicht hat. Wohl aber kann die Bewegung in der Musterkonfektion den Anstoß dazu geben, daß man auch im allgemeinen einmal vorwärts kommt. In der Musterkonfektion, die nur tüchtige, gelehrte Arbeiter beschäftigt, ist die Organisation stark, so daß es keine große Schwierigkeiten bietet, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. In dem geltenden Tarifvertrag ist eine Kündigungsfrist nicht vorgesehen, die Schneider und Schneiderinnen der Musterkonfektion halten es aber für selbstverständlich, daß sie die Zwischenmeister nicht etwa durch plötzliche Arbeitseinstellung in Verlegenheit setzen, sondern versuchen, auf friedlichem Wege und durch gemeinsame Beratungen zum Ziele zu kommen.

Am Dienstag hatten sich die Musterkonfektionschneider und Schneiderinnen sehr zahlreich bei Grunze in der Schönhauser Allee versammelt, um zur Frage der Tarifbewegung Stellung zu nehmen. Die Versammlung, die hauptsächlich für das Schönhauser Stadtviertel bestimmt war, kam, nachdem der Branchenleiter An o p die Lage geschildert und man sich eingehend darüber ausgesprochen hatte, einstimmig zu dem Beschluß, daß zu gegebener Zeit in die Bewegung eingetreten werden soll. Es ist dort auch bereits eine Kommission gewählt, die, ergänzt durch Vertreter der anderen in Betracht kommenden Stadtteile, weiter in der Sache tätig sein und namentlich auch für die nötige Agitation sorgen wird.

### Deutsches Reich.

#### Die Scharfmacher in der Malzindustrie.

In letzter Zeit waren die im Brauerei- und Mälzearbeiterverband organisierten Mälzearbeiter öfter genötigt, die Arbeit einzustellen, um die Anerkennung ihrer Organisation durchzusetzen, und um die Unternehmer zur Unterhandlung über die eingereichten Forderungen zu bewegen. Meist mußte das in Betrieben geschehen, in denen die Organisation bisher nicht recht Fuß fassen konnte; aber auch einige Unternehmer, die schon im Tarifverhältnis mit der Organisation der Arbeiter standen, lebten auf einmal den „Herrn im Hause“ heraus. Die Arbeiter haben selbstverständlich alles darangesetzt, um ihr Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich nicht nehmen zu lassen bzw. es sich zu erkämpfen, und sie wurden darin kräftig unterstützt von den Arbeitern in den Brauereien, die das Malz dieser Malzfabriken zu verarbeiten haben. Anstatt daß diese Malzfabrikanten aber nun das einzig Vernünftige tun, d. h. eine Verständigung mit der Arbeiterorganisation suchen, blafen sie zum Kampf und versuchen, die übrigen Malzfabriken, die die Organisation der Arbeiter anerkennen, vor ihren Scharfmachern zu spannen. In der Hochpresse der Brauindustrie haben sie folgenden Aufruf erlassen:

#### Wohltätigkeitsverband für Mälzereien.

Zum Schutze gegen die außerordentlich starken, vom Jann gebrochenen Streikbewegungen der letzten Zeit, sowie gegen die in Aussicht gestellte Ausdehnung derselben auf alle Mälzereien Deutschlands laden wir zur Gründung eines ähnlichen Verbandes wie desjenigen der Brauereien ein.

Sämtliche Streiks, welche mit Erfolg durchgeführt wurden, sind fast ausnahmslos durch Druck der Arbeiterverbände auf die abnehmenden Brauereien erfolgt. Ein Wohltätigkeitsverband der Mälzereien zur Schaffung gesicherter Betriebsverhältnisse ist naturgemäß weit billiger und leichter durchzuführen als bei den Brauereien und liegt im Interesse aller Malzfabriken bzw. deren Vereinigungen. Wir bitten deshalb alle sich hierfür interessierenden Malzfabriken oder deren Vereinigungen um Ausgabe ihrer Adresse . . . an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Unfain ist die Behauptung, daß die Ausdehnung der Streikbewegung auf alle Malzfabriken Deutschlands in Aussicht gestellt ist, weil der Brauerei- und Mälzearbeiterverband mit einer großen Zahl Firmen im Tarifverhältnis steht. Aber zur Förderung des Planes der Scharfmacher ist so ein bißchen Wauwau notwendig. Ob die Malzfabrikanten auf den Leim hüpfen und jenen Organisationsfeinden, die niedrige Löhne zahlen und gewöhnlich aus Preisdrücker sind, die Kationen aus dem Feuer holen, wird abzuwarten sein. Der Brauerei- und Mälzearbeiterverband wird sich auch durch die Gründung eines Wohltätigkeitsverbandes für Mälzereien nicht im geringsten davon abhalten lassen, doch das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrag zu erkämpfen und zeitgemäße Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch bei den rückständigen Scharfmachern durchzusetzen.

#### Wie Terrorismandgeschichten entstehen.

Während des Streiks der Färber bei der Firma Dr. Nießche in Prael sind einige Arbeitswillige auf dem Wege zur Arbeit von drei streikenden Arbeitern angesprochen worden, um sie zu bestimmen, an dem Streik teilzunehmen. Die Angesprochenen sind in keiner Weise belästigt worden. Die „Neue Bogisländische Zeitung“ bringt nun einen Bericht darüber, in dem aus den 3 streikenden Arbeitern 13 (!) geworden sind und bei dem Liman-Papier, den „Leipziger Neuesten“ waren es schon 30 (!) Streikende, die den Arbeitswilligen aufgelauert hätten.

Auf eine solche niederträchtige Weise soll Stimmung gegen streikende Arbeiter gemacht werden, und dazutun, wie notwendig eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen streikende Arbeiter ist.

### Ausland.

#### Eine Sympathiekundgebung für die Eisenbahner.

Rom, den 12. Februar 1911. (Eig. Bericht.) In Parma hat eine Anzahl gewerkschaftlicher Organisationen, die teils außerhalb der Konföderation der Arbeit stehen, teils sich in Opposition zu deren Exekutivkommission befinden, eine Zusammenkunft abgehalten, um sich über das Verhalten des organisierten Proletariats bei der Eisenbahneragitation schlüssig zu werden. Angeblich waren auf dieser Zusammenkunft über 200 000 organisierte Arbeiter vertreten, welche Zahl aber in bezug auf ihre Höhe sehr zu zweifeln berechtigt. Die Zusammenkunft beschloß, im Entscheidungsfalle zur Unterstützung der Eisenbahnerforderungen den Generalstreik zu proklamieren. Es wurde ein Komitee ernannt, das für die Verwirklichung dieses Entschlusses wirken soll. Einer Kommission wurde es übertragen, bei der nächsten Ausschusssammlung der Konföderation der Arbeit die Auffassung der in Parma vereinigten dissidenten Organisationen zu vertreten. Es handelt sich für die teils von Syndikalisten, teils aber auch von intransigenten Sozialisten angeregte Zusammenkunft weniger darum, eine abseits von der Konföderation vorgehende Bewegung zu inszenieren und zu leiten, als vielmehr darum, eine Profession im Sinne revolutionären Vorgehens auf die Konföderation auszuüben.

### Soziales.

Für Geschäftsführer von Konsumgenossenschaften von Wichtigkeit ist eine am 12. d. Mts. gefällte Entscheidung des Kammergerichts. Die Konsumgenossenschaft für Halberstadt und Umgegend, welche ihren Sitz in Halberstadt hat, besitzt in Oschersleben eine Filiale (Verkaufsstelle). Nun erhebt Oschersleben eine Gemeinde-Gemeinde-

steuer nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes. Der Magistrat von Oschersleben richtete an den Konsumverein Fragebogen, welche die Gemeinde-Gemeindesteuer betrafen und beantwortet werden sollten. Die Bogen wurden nicht an den Geschäftsführer in Halberstadt geschickt, sondern in Oschersleben in der Verkaufsstelle an den dortigen Lagerhalter abgegeben. Dieser sandte sie gelegentlich nach Halberstadt. Herr Mikowski zu Halberstadt als Geschäftsführer des Konsumvereins für Halberstadt und Umgegend wurde nun mit einem Strafmandat auf Grund der Oscherslebener Steuerordnung bestraft, weil er das Auskunftsgesuch (die Fragebogen) nicht fristzeitig beantwortet habe.

M. bestritt, strafbar zu sein. Die Justizstelle hätte direkt an ihn erfolgen müssen. Die Strafbarkeit entfalle schon deshalb, weil das nicht geschehen.

Die Strafkammer in Halberstadt als Berufungsinstanz verurteilte aber den Angeklagten. Sie ging davon aus, daß die Abgabe der Fragebogen an den Lagerhalter in Oschersleben genügt habe. Der Angeklagte M. als Geschäftsführer hätte dafür sorgen müssen, daß derartige Schriftstücke ihm ordnungsmäßig übermittelt würden. Er sei gemäß dem Ortsstatut der Stadt Halberstadt zu bestrafen.

Das Kammergericht gab jedoch der Revision des Angeklagten statt und sprach ihn frei, indem es ausführte: Es handle sich bei dem Konsumverein um einen parteifähigen Personenverein, d. h. um einen Verein, der Klagen und verklagt werden könne. Nach den Ausführungsbestimmungen zum Kommunal-Abgabengesetz und den Vorschriften über die Zustellung genüge bei Behörden, Korporationen und bei Vereinen, die Klagen und verklagt werden können, die Zustellung an den Vorsteher. Danach müsse die Zustellung an die eines solchen Vereins erfolgen, denn nur dort sei der Vorsteher zu finden. Und zwar müsse im Hauptbetriebe gestellt werden und nicht in einer, nicht einmal am Orte des Sitzes befindlichen Filiale, wie hier. Es habe also nicht genügt, daß die Fragebogen dem Vertreter der Filiale in Oschersleben gegeben wurden. Da die Zustellung nicht richtig erfolgte, konnte sie auch keine Rechtsfolgen haben. Daraus folge die Freisprechung des Angeklagten.

## Gerichts-Zeitung.

### Im Wiederaufnahmeverfahren

wurde gestern ein Mann vom Schwurgericht des Landgerichts III freigesprochen, der im Jahre 1907 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und 1 Jahr 7 Monate abgedient hat.

Der Arbeiter Max Weich war am 4. Juni 1907 vom Schwurgericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er dabei ertappt worden war, als er auf dem Gelände des Tegeler Schießplatzes ein sechsjähriges Mädchen zwangsweise aufs schändlichste mißbraucht. Nach seiner Verurteilung wurde er der Strafanstalt Moabit zugewiesen. In der Strafvollstreckung erkrankte er geistig. Am 8. Februar 1909 wurde er, da sich sein Zustand arg verschlimmerte, aus der Strafanstalt weggewonnen und nach der Anstalt in Buch gebracht. Dort blieb er 6 Monate, dann wurde er in die Irrenanstalt Eberswalde übergeführt. Auf Grund der Nachforschungen, die nun die Irrenärzte nach dem ganzen Vorleben des Angeklagten anstellten, betrieb Rechtsanwalt Dr. Jaffe das Wiederaufnahmeverfahren, das dann auch beschloffen wurde. Im geistigen Termin begutachteten die Sachverständigen Dr. Leppmann von der Anstalt Moabit, Dr. Michaelis von der Anstalt Eberswalde übereinstimmend, daß der Angeklagte an angeborenem Schwachsinn leide und höchstwahrscheinlich schon bei Begehung der Tat sich in einem Zustande krankhafter Störung der Geisteskräfte im Sinne des § 51 St.-G.-B. befunden habe. Infolgedessen verneinten die Sachverständigen die Schuldfrage und es erfolgte die Freisprechung des Angeklagten.

## Versammlungen.

Im Wahlverein des zweiten Kreises hielt Dr. A. Conrady am Dienstagabend einen Vortrag über das Thema: „Das preussische Wahlrecht seit 1848“. Die Versammlung fand in „Nikles Festsaal“, Dennewitzstraße, statt und war leider nicht sehr stark besucht. Obgleich es sich um eine Mitgliederversammlung handelte und das Mitgliedsbuch als Legitimation verlangt wurde, hatte sich ein Kriminalbeamter eingefunden, der aber von den Genossen erkannt und aus dem Saal gewiesen wurde. — Der Redner, der ein historisches Bild der Kämpfe um eine Verfassung und ein freies Wahlrecht in Preußen seit 1848 aufrollte, fand große Aufmerksamkeit und reichen Beifall, als er hervorhob, daß die dringendste Aufgabe der Gegenwart für das Proletariat in Preußen der Wahlrechtskampf sei. — Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende, Genosse Schwente, wies in einem Schlußwort auf die kommende Frauenversammlung und auf die Broschüre von Eugen Ernst noch besonders hin.

## Letzte Nachrichten.

### Stadtverordnetennachwahl in Mühlhausen.

Mühlhausen i. Th., 15. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der letzten allgemeinen Stadtverordnetennachwahl wurden hier sechs sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Dem bürgerlichen Klüngel ging dies wider die Rechnung und die sechs sozialdemokratischen Mandate wurden für ungültig erklärt. Nach erbittertem Kampfe fand heute die Neuwahl statt. Für die sozialdemokratischen Kandidaten wurden 1220 Stimmen — das sind 300 Stimmen mehr wie bei der letzten Wahl — abgegeben. Der vereinigte bürgerliche Wahlkampf siegte jedoch mit 1363 Stimmen.

Abends fand eine imposante Demonstration gegen die Mandatsräuber statt.

### Die Adreßdebatte im Unterhaus.

London, 15. Februar. (B. T. B.) Bei Fortsetzung der Adreßdebatte beantragte die Opposition ein Amendement, in dem sie die Politik der Regierung in der Home-rulefrage kritisiert und auf einer bestimmten Erklärung seitens des Premierministers besteht. Asquith bestritt, daß seine Erklärungen über die Home-rulefrage unklar oder zweideutig gewesen seien und betonte, daß die Politik der Regierung unverändert geblieben sei. Man könne die irische Frage nur lösen durch die Schaffung eines irischen Parlamentes in Irland mit einer diesem Parlament verantwortlichen irischen Verwaltung der irischen Angelegenheiten, aber mit dem Vorbehalt, daß die Suprematie des Reichsparlamentes erhalten bleibe.

### Mordversuch und Selbstmord.

Duisburg, 15. Februar. (B. T. B.) Heute mittag drang der Hafnarbeiter Sauberg in die Wohnung des Hafnarbeiters Kraß ein und verlangte von dessen allein dort anwesender Frau zehn Mark. Als diese das Geld verweigerte, zog Sauberg einen Revolver, verletzte die Frau durch zwei Revolvergeschosse schwer und erschöß sich selbst.

### Die Pest in Charbin.

Charbin, 15. Februar. (B. T. B.) Gestern starben hier an der Pest 8 Chinesen. Es hat sich herausgestellt, daß ein im Pestkrankenhaus verstorbenen Russe nicht verstrahlt war. Auf Beschluß des zur Bekämpfung der Pest eingesetzten Ausschusses wurden 23 Häuser niedergebrannt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt.

Reichstag.

128. Sitzung. Mittwoch, den 15. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz.

Zweite Lesung des Marineetat.

(Dritter Tag.)

Die Verhandlung beginnt — nach einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte — mit der von den Sozialdemokraten beantragten namentlichen Abstimmung über ihren Antrag auf Wiedereinsetzung der Zulagen für die Heizer in vollem Umfang (720 000 M.) gegenüber den von der Kommission beantragten 400 000 M. Der sozialdemokratische Antrag wird mit 102 gegen 155 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt, der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Beim Titel „Mittlere Kanzleibeamte“ hat die Kommission drei Registratoren gestrichen und dafür drei Registraturassistenten eingesetzt.

Abg. v. Thünefeld (Z.) befürwortet einen von ihm und dem Abg. Dr. Baasche (natl.) gestellten Antrag, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und bei den Registratoren die Worte zuzufügen: „davon drei künftig wegfallend“.

Abg. Roske (Soz.):

Ich bitte, dem Antrag v. Thünefeld-Baasche nicht stattzugeben. Der Vermerk, die Stellen als künftig wegfallend zu bezeichnen, ist wertlos; sind die Stellen erst bewilligt, so wird man später immer sagen, die Stellen sind nicht zu entbehren. Man redet immer von Sparsamkeit und greift zu den bedenklichsten Mitteln, um zu sparen. Dann müssen wir verlangen, daß auch in den Kanzleien rationell gearbeitet wird. In einzelnen Reichsämtern kostet ein Vogen Schreibarbeit 5 Mark. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitszeit der Kanzlisten beträgt nur 7 Stunden, und dieselben Leute, welche diese geringe Arbeitszeit zugestanden haben, erklären es für Utopistikerei, wenn für die Arbeiter eine achtstündige Arbeitszeit verlangt wird. Ich gönne den Kanzlisten ihre geringe Arbeitszeit, aber dann muß in diesen sieben Stunden auch tüchtig gearbeitet werden. Daß so wenig geleistet wird, liegt daran, daß in den Kanzleien vornehmlich Militär-anwärter beschäftigt werden, die für diese Arbeiten wenig geeignet sind; junge Damen leisten ohne Ueberanstrengung das Doppelte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz bittet den Antrag v. Thünefeld-Baasche anzunehmen; die drei als Assistenten beschäftigten Leute hätten ein Anrecht darauf, Registratoren zu werden, das sei ihnen versprochen worden.

Der Antrag v. Thünefeld-Baasche wird abgelehnt. Eine von der Kommission vorgelegene Resolution, welche in verschiedenen Reichsämtern eine einheitliche Arbeitszeit und eine Verbilligung der Kanzleiarbeiten fordert, wird angenommen.

Zum Titel „Betriebs- und sonstige Materialien“ beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) die Annahme einer Resolution, in der verlangt wird, daß Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur an solche Firmen vergeben werden, die bezüglich der Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken, und daß die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Marinebetrieben nur unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse geschieht.

Abg. Hue (Soz.):

Eine ähnliche Resolution hat der Reichstag auf unseren Antrag am 3. Februar 1908 mit überwältigender Majorität angenommen. Um so verwunderlicher ist es, daß die Budgetkommission diesmal den von uns gestellten Antrag, die Arbeiterausschüsse bei der Festsetzung oder Neuordnung der Arbeitsbedingungen zur Mitwirkung heranzuziehen, abgelehnt hat, nachdem die Regierung erklärt hatte, es würde bereits so verfahren. Mein Kollege Severing hat aber nachgewiesen, daß die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei allen Verträgen des Arbeitsvertrages ausgeschlossen wird und daß Eingaben der Arbeiterausschüsse wochenlang, ja monatelang unerledigt liegen bleiben. Deshalb haben

wir die Resolution nochmals vorgelegt. Weiter verlangen wir, daß nur an solche Firmen Arbeiten und Lieferungen vergeben werden, welche die gesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Arbeitsbedingungen einhalten. Es kommt hier namentlich die Grobisenindustrie in Betracht. Die vielen Unglücksfälle in diesen Betrieben beweisen, daß keineswegs die gesetzlichen Vorschriften erfüllt sind. Während im ganzen Deutschland im Vergleich auf tausend Arbeiter 642 Unfälle kommen, kommen im rheinisch-westfälischen Bergwerks- und Hüttenbezirk auf 1000 Arbeiter 913 Unfälle

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), das allein beweist schon, daß dort die gesetzlichen Schutzvorschriften keineswegs erfüllt sind. Weiter verlangen wir, daß die Firmen, welche Arbeiten und Lieferungen erhalten, sich verpflichten sollen, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken. Eigentlich hätte ein solcher Antrag doch von bürgerlicher Seite eingebracht werden müssen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), denn Sie sehen ja die Tarifverträge als Friedensinstrumente an. Wir treten für Tarifverträge ein, weil sie gegen die andauernde Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wirken.

Gerade bei den Firmen, die für die Marineverwaltung liefern, sind die Löhne beständig herabgegangen — bei den für die Flottenverwaltung liefernden Firmen liegt es übrigens ebenso. Der Redner zeigt die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Grobisenindustrie an einer Fülle von Beispielen. Aber in den Lieferungspreisen für die Marine kommt das nicht zum Ausdruck, sonst müßten die im Etat angeforderten Summen erheblich niedriger sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß die Marineverwaltung sich um die Änderungen der Arbeitsbedingungen kümmert und die für den Etat günstigen Schlüsse daraus zieht. Sie soll darauf dringen, daß die Firmen ein tarifliches Verhältnis eingehen; dann bekommen wir auch im Reichstage eine Grundlage zur Beurteilung der von der Marineverwaltung geforderten Beträge. Wir können das um so mehr verlangen, als das Reichsamt des Innern auf die vorzügliche sozialpolitische Wirkung der Tarifverträge aufmerksam gemacht hat. Aber unter den mehr als 6000 Tarifverträgen, die das Reichsamt des Innern angeführt hat, ist auch nicht ein einziger zwischen Arbeitern und Firmen der Grobisenindustrie geschlossen. Hier hören wir stimmungsvolle Reden über die großartige Entwicklung unserer herrlichen Marine. Aber im Kontrast dazu steht die trübste Stimmung draußen; welches Echo die Politik der Mehrheit im Volke gefunden hat, beweisen die Reichswahlen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Unternehmer der Grobisenindustrie sind am wenigsten geneigt, Forderungen ihrer Arbeiter zu bewilligen oder auch nur entgegenzunehmen — das beweisen jetzt wieder die

Vorgänge im Ruhrrevier.

Die Riesensummen, die wir hier für Militär- und Marine bewilligen, kommen den Unternehmern der Grobisenindustrie zugute, alle großen Werke haben die Dividende erhöhen können, die Firma Krupp hat in den letzten Jahren einen

Gewinn von 30, 31 und dann 35 Millionen

erzielt. Für die sozial belasteten sozialen Lasten hat die Firma 18 1/2 Millionen Mark ausgegeben, aber die eine Familie Krupp hat im letzten Jahre 18 Millionen vom Gewinn erhalten, in den letzten drei Jahren 48,8 Millionen Mark. Der Arbeiterbedarf ist der ungeheueren Zuwachs an Nationalreichtum nicht zugute gekommen, der gegen die siebziger Jahre gestiegene Lohn steht in keinem Verhältnis zu der in weit höherem Maße gestiegenen Verteuerung des ganzen Lebens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben allen Anlaß, darauf hinzuwirken, daß die Ströme von Geld, die aus den Taschen der Steuerzahler geholt werden, bei ihrem Abfluß aus den Reichskassen nicht bloß wenigen zugute kommen, sondern sich auf die breiten Massen der Bevölkerung verteilen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch die Wohnungsverhältnisse — und sie nicht am wenigsten — geben einen Maßstab für den Wohlstand einer Nation. Und was sehen wir nun? In Essen sind geradezu kulturwidrige Wohnungsverhältnisse, ein Zusammenpressen zahlreicher Personen beiderlei Geschlechts und jeden Alters in engen, völlig unzureichenden Räumen entfällt worden. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Familienväter mit zahlreicher Familie haben oftmals von ihren zwei bewohn-

baren Räumen einen an mehrere Kstermieter oder Schlafburden abgemietet. (Hört! hört!) So stehen die Verhältnisse im Königreich Krupp! — Der Segen der Grobindustrie, von dem uns so oft erzählt wird, ist in die Taschen weniger Familien geflossen; die breite Masse hat nur den Unsegen davon. Es ist wirklich kein unbilliches Verlangen, wenn die, die an den Reichsausgaben die Hauptlast zu tragen haben, einigermaßen wenigstens das Interesse ihrer Klasse bei den Reichsbetrieben gewahrt wissen wollen. Darum bitten wir um Annahme unseres Antrages. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es ist mir selbstredend ganz unmöglich, auf alle die Einzelheiten einzugehen, die der Redner angeführt hat. Ich möchte aber doch hervorheben, daß gerade die Firma Krupp sich vor allen anderen Firmen durch ihre Arbeiterfürsorge auszeichnet. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) — Ueber die Arbeitsverhältnisse in der Grobindustrie zu machen, ist Sache der Gesetzgebung der Einzelregierungen und der Gewerbeinspektion, nicht des Reichsmarineamts. Ebenso kann die Frage der Tarifverträge und der Zuziehung der Arbeiterausschüsse nur allgemein, nicht durch ein einzelnes Resort geregelt werden.

Abg. Wiesberts (Z., schmer verständlich) scheint gegen die vorgelegene Resolution Bedenken zu haben, die auch nicht gerade an geeigneter Stelle beantragt sei, sich aber für Tarifverträge und Arbeiterausschüsse auszusprechen.

Während der Rede des Abg. Wiesberts ereignet sich ein Zwischenfall. Einer der amilichen Stenographen des Reichstages stürzt plötzlich, augenscheinlich von einem schweren Ohnmachtsanfall betroffen, um. Abg. Wiesberts unterbricht sofort seine Rede, Abgeordnete sämtlicher Parteien und Herren vom Bundesratsitz eilen zur Hilfeleistung herbei. Der Kranke wird fortgetragen; Vizepräsident Dr. Schulz spricht die Hoffnung aus, daß der Anfall ohne schwere Folgen bleiben werde.

Abg. Hue (Soz.): Wenn dem Abg. Wiesberts nur die Stelle mißfällt, an der wir unsere Resolution eingebracht haben, so können wir da ja leicht Abhilfe schaffen. — Auch an den Vorlaut der Resolution klammern wir uns nicht anständig; wir glauben allerdings, daß unsere Fassung den Vorzug verdient vor der Resolution, die 1909 vom Reichstag angenommen wurde. — Die Einwände, die der Staatssekretär gegen unsere Resolution anführt, kann ich nicht als stichhaltig ansehen. Wenn der Staatssekretär meint, daß man einer Firma darum, weil man ihr Waren abkauft, doch noch keine Vorschriften über ihre Arbeitsbedingungen machen kann, so möchte ich ihn daran erinnern, daß die Syndikate den ihnen angeschlossenen Firmen die allerengsten Vorschriften bis in die kleinsten Einzelheiten hinein machen. — Es kann doch nicht Aufgabe eines Reichsamtes sein, für ungemessene Kapitalgewinne einzeln zu sorgen. Selbst im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in Amerika, hat man, wie die letzten Wahlen zeigen, allmählich eingesehen, daß die Nüchternung von Millionären nicht das letzte Ziel der Entwicklung ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, daß er die Rede des Abg. Hue sorgfältig durchlesen und das in ihr enthaltene Material auf seine Verwendbarkeit prüfen werde.

Vizepräsident Schulz teilt mit, daß ein Antrag Rolkenbühr auf namentliche Abstimmung über die Resolution Albrecht eingegangen sei.

Die Abstimmung soll morgen stattfinden.

Abg. Severing (Soz.):

Man hat davon gesprochen, daß auf den Werken ja Arbeiterausschüsse bestehen, und der Geh. Admiralitätsrat Harms hat bei verschiedenen Gelegenheiten von der Mitwirkung dieser Ausschüsse ein großes Wesen gemacht. In Wirklichkeit sieht es aber mit dieser Mitwirkung sehr windig aus. Die Verwaltung wählt sich ihre „geeigneten“ Arbeiter sehr mit Vorzicht aus. Statt der Vertrauensmänner der Arbeiter sind es Vertrauensmänner der Verwaltung, die in den Ausschüssen sitzen. Sonst werden die Ausschüsse zur Dekoration, ja zur Karikatur! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Geh. Admiralitätsrat Harms: Die Arbeiterausschüsse sind durchaus keine leeren Schemen. Freilich darf man ihre Kompetenz nicht über alles berechnete Maß hinaus ausdehnen wollen.

Abg. Severing (Soz.):

Dem Geheimrat Harms gegenüber möchte ich bemerken, daß schon heute zahlreiche Privatbetriebe bei Neuregelungen die Arbeiter-

unmittelbaren realen Wirklichkeit, der uns aus dem Stücke antwehte.“ Und ganz besonders wird noch „der Reiz des Schillernden“, die Geschlossenheit in Inhalt, Fabel und Charakteristik, der Glanz, in dem hier alles vor unseren Augen funkt, wie das Prisma im Sonnenlicht“, gepriesen. Das klingt wie eine Parodie. So tief nach jenem kurzen Aufschwung, den die Namen des alten Ibsen und des jungen Hauptmann bezeichnen, die dramatische Produktion wieder gesunken ist, auch wenn ihr augenblickliches Durchschnittpunkt noch sehr bedeutend unterhalb der immerhin geistlich und mannaal wichtigen Einbanden Arbeit liegt, wenigstens der Sinn und Blick für Kunst hat sich so weit geschärft, daß solches Kalmb nicht mehr als Gold ausgegraben werden kann. Die spitzfindig kalkulierende, schamloslägerische Technik des Konversationsstückes hat, wenn nicht als Unterhaltungsmittel für ein dankbares Publikum, so jedenfalls in ihren Ansprüchen etwas wie Kunst, wie eine Widerspiegelung des Lebens zu geben, endgültig ausgespielt. Das Raffinement in der Herbeiführung spannender Szenen vereint sich meistens in der diesem Genre mit der naivsten Gleichgültigkeit in der Charakterzeichnung und Problembehandlung. Die Heldin Lindaus ist beispielsweise eine junge Dame, die, auf eine Verleumdung hin von ihrem reichen Vordenkapa verstoßen, eine Tragödin ersten Ranges wird, in acht Jahren die ihr einmal angetanene Schmach noch immer nicht beseitigen kann, und nach endlich erfolgter Wachsprache zuguterlegt einen richtigen Fürsten zum Manne bekommt! — Die Darstellung war flott. —

Notizen.

Theaterchronik. Im Charlottenburger Schiller-Theater findet noch eine Aufführung der ganzen Wallenstein-Trilogie statt, und zwar Freitag, den 24. Februar, und Freitag, den 10. März.

Neue Dramen. Sudermann hatte mit seinem letzten Drama, das historischer Art war, Unterkunft im Königl. Schauspielhaus und Aufnahme unter die Königl. besoldeten Autoren gefunden. In einem neuen Stücke ist er nun noch historisch geworden: „Der Bettler von Strauß“, ein Verdrama, das auch im Königl. Schauspielhaus aufgeführt werden soll, spielt im Mittelalter. Ob Sudermann, der nun glücklich hoffig geworden ist, auch noch bürgersfähig ist? —

Die Riesen-Hose. Eine Komödie „Die Hose“ von Karl Sternheim, die Mittwoch in den Sommertheater das Licht der Bühne erblickte, wurde unter Äußerung der Beifürsorge und des warmen Jagow frisch gebügelt und neu getauft. Sie heißt jetzt „Der Riese“ und erfreut sich nunmehr positiver Erlaubnis.

Hermann Gura übernahm am Mittwoch die Leitung der Komischen Oper. In Renaissancespielen sind vorgezogen: „Figaros Hochzeit“, „Der Widerspenstigen Zähmung“, „Die verkaufte Braut“, „Orpheus in der Unterwelt“, „Guns Heilung“, „Der Troubadour“. Verabsichtigt ist die Uraufführung einer komischen Oper „Liebeselemente“, Dichtung von Richard Wolf, Musik von Edmund Hüfn.

Ein Drama „Lassalles Ende“ von Jakob Rhenaus soll im Volks-Theater zu Erfurt aufgeführt werden.

Kleines feuilleton.

Strenge Kälte in Ostdeutschland. Während in den westlichen Landesteilen, namentlich an der Nordsee, nach wie vor Tauwetter herrscht, und nur nachts leichtere Fröste vorkommen, ist in Ostdeutschland strenge Kälte eingetreten. In Graudenz sank das Thermometer bis auf 24 Grad unter Null; Remel und Bromberg hatten Dienstag früh 19 Grad, Danzig und Breslau hatten 15 Grad Kälte. In Mitteldeutschland hielt sich ebenso wie diesmal im Süden des Landes der Frost nur in mäßigen Grenzen; Dresden hatte Dienstag 5, Aachen und München hatten 3 Grad unter Null als Morgentemperatur. Die Ursache dieser starken Abkühlung im Osten hängt mit der Verlagerung hohen Luftdrucks über Rußland zusammen. Dort hat sich seit dem Anfang des Monats ein Kältegebiet ausgebildet, das durch das Vordringen des sibirischen Maximums nach Westen entstand. Von Deutschlands Grenzen wurde dieses Kältegebiet aber bis zum Ende der vergangenen Woche durch Tiefdruckfurchen abgehalten, die vom hohen Norden nach dem Schwarzen Meere wanderten. Nachdem nun diese Druckunterschiede ausgeglichen sind und weitere barometrische Maxima von Westen nach Osteuropa gewandert sind, hat sich seit Beginn dieser Woche über Rußland ein sehr ausgedehntes, 785 Millimeter Höhe erreichendes Gebiet hohen Luftdrucks ausgebildet, das sich mit seinem Bereich bis an die westfranzösische Spitze erstreckt. Dagegen beherrscht den Nordwesten Europas und die skandinavische Halbinsel eine ausgedehnte Depression, die innerhalb ihres Bereiches, und zwar bis nach Westdeutschland hin Tauwetter verursacht. Das mittlere Deutschland lag in diesen Tagen an den Grenzen der beiden verschiedenen Witterungsphären, woraus sich der mehrmalige schnelle Wechsel zwischen Frost- und Tauwetter erklärt. Außerordentlich groß waren dabei die Temperaturunterschiede zwischen Maximum und Minimum. So meldete Montag früh Archangel am Weißen Meere die niedrigste Temperatur in ganz Europa, nämlich 31 Grad Kälte, wogegen Sibirien an der Ostküste des Pazifiks die höchste Morgentemperatur innerhalb des ganzen Erdteils mit nicht weniger als 13 Grad Wärme hatte. Die Temperaturdifferenz von 44 Grad wirkt um so krasser, wenn man berücksichtigt, daß beide Orte ungefähr auf dem 65. Breitengrade liegen. Allerdings stand am Weißen Meere das Barometer auf 780, auf Island unter 730 Millimeter. Man erkennt daran deutlich den krassen Gegenlag zwischen kontinentalem und maritimem Klima. Im Osten und Südosten, auch im Innern Rußlands, dürfte der Frost zunächst noch fortdauern, doch ist seine Verstärkung in den mittleren und westlichen Landesteilen nicht zu erwarten.

Vom Palast zum Warenhaus. Aus Florenz wird der „Wiener Fr. Presse“ geschrieben: Nicht nur Bücher haben bekanntlich ihre Schicksale, sondern auch Gebäude, und unter diesen die tragischsten vielleicht jene alten Paläste, Stütze stolzer Adelsgeschlechter, deren Glanz verfliegen, deren Größe dahin ist und die schließlich bis

auf den Namen verschwinden. Diesem Los ist nun auch der charakteristischste aller florentiner Paläste, der weltberühmte Palazzo Strozzi, verfallen, und die merkwürdige Umwandlung, der er jetzt unterzogen wird, bildet das Hauptgesprächsthema der Arnstadt, die mit berechtigtem Stolz an ihren Vaudenkmälern hängt, ja, sie dürfte sogar lebhaften Widerhall in der italienischen Kammer finden. Das jüngste Kapitel der Geschichte des Hauses Strozzi ist dieses: Im Jahre 1907 starb der letzte erdberechtigte Strozzi, Fürst Piero, und hinterließ seinen Palast, der alle Traditionen florentinischer Kunst und Geschichte verkörpert, seiner Vaterstadt oder dem Staat, mit dem Wunsch, das ehrwürdige Heim seiner Familie solle als nationales Denkmal erhalten werden. Aber seitdem sind vier Jahre vergangen und Stadt sowohl als Senat haben bisher eine Erbschaft nicht angetreten, die gewissermaßen ein Danaergeschenk ist. Denn der einstige Kunstbesitz und das historische Mobiliar waren längst an die verschiedensten Museen und Sammlungen verhandelt worden. So besitzt Berlin die Hüfte der „Marla Pala Strozzi“, eine der gelungensten Plastiken von Ben. da Settignano. Ja, bis auf den Hausflügel, der allerdings in seiner Art ein Unikum, das Werk des berühmten Kunstschmiedes Capasso war und der um hohen Preis nach Paris in die Rothschild'schen Sammlungen gelangt ist, war alles fortgenommen, was an dem mächtigen Gebäude nicht niet- und nagelfest war. Dafür war es mit Schulden belastet, über deren Höhe die Angaben geschwankt haben; man sprach immer von Millionen. Nun stellt sich heraus, daß die Summe wesentlich geringer ist, denn es handelt sich um 1 400 000 Lire. Noch bei seinen Lebzeiten war dem Fürsten das Doppelte angeboten worden: von Pierpont Morgan. Aber der Fürst wollte nie auf dieses Angebot eingehen, das ihn mit einem Schlag von all seinen finanziellen Nöten befreit hätte. So hat sich denn die Familie nach langen Unterhandlungen entschlossen, einen Teil des Palastes zu vermieten, und ein Konsortium von Kunsthändlern übernimmt das erste Stockwerk für eine Reihe von Jahren. In die Parterreräume zieht höchstwahrscheinlich die Banco Commerciale ein, und weder die Stadt, die sich mit einem letzten verzweifelten Appell an den Staat gewendet hat, noch dieser werden es hindern können, daß an den für die Ewigkeit gebauten Quadern zwei mächtige, häßliche Firmenschilder angebracht werden. Und das ist das lächliche Endschicksal jenes schönen Palastes, dessen Grundstein Philipp Strozzi, der Freund und Konjurant Lorenzos v. Medici, im Jahre 1489 mit vieler Feierslichkeit gelegt hat.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: „Maria und Magdalena“, Schauspiel von Paul Lindau. Das Drama ist etwa vier Decennien alt und wurde in den sechziger Jahren in der Zeit, da noch die Franzosen Augier, Sardou, Dumas als Meister des modernen Schauspiels und seltene naturalistische Neuerer galten, höchlichst bewundert. Die literarische Bornotiz des Theaterzettels bringt einige für die Bescheidenheit des damals herrschenden Geschmacks sehr charakteristische Auszüge aus einer Kritik Karl Frenzes. Es heißt da u. a.: „Das das Publikum in der ersten Vorstellung ergriff, es war der Hauch der Gegenwart, der

ausdrücke zu Male ziehen. — Im übrigen hoffe ich, daß der Staatssekretär auch meine Rede mit Nutzen lesen wird. (Geisterzeit.)

Der Titel wird bewilligt, bezüglichen debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim „Bekleidungswesen“ tadelt Abg. Strube (Sp.), daß ein Entschluß ergangen sei, der den Zahlmeister- und Ingenieurassistenten verbietet, die besseren Plätze im Theater einzunehmen; das sei ein nicht zu billiger Ausfluß des Kasinogeistes.

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Entschluß ist notwendig gewesen, weil die Herren sich in der Benutzung der teureren Plätze förmlich überboten haben. Der Abg. Strube trägt mit seinen Bemerkungen über Kasinogeist Unzufriedenheit in die Reihen der Marine.

Abg. Dr. Strube (Sp.): Damit bin ich in sehr guter Gesellschaft, nämlich in der des Staatssekretärs und Großadmirals v. Tirpitz, der für die Streichung der Heizergulagen eingetreten ist. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Bei der Streichung der Zulagen war ja Herr Strube der Kaiser im Streit.

Abg. Dr. Strube (Sp.): Kaiser im Streit war ich höchstens für die Heizergulagen.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Revision des Zulagewesens verlangte der Reichstag, und dabei war allerdings Herr Strube Kaiser im Streit.

Abg. Wommsen (Sp.): Der Reichstag hat nie verlangt, Ersparnisse bei den Zulagen dadurch zu machen, daß den Mannschaften ein Teil des Lohnes genommen wird, denn weiter sind die Heizergulagen nichts. (Sehr richtig! links.) Damit schließt die Debatte; das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Reise-, Rarität- und Frachtkosten“ betont Abg. Dr. Strube (Sp.): Das Kapitel der Reisekosten enthält verdeckte Zulagen, deshalb hat ich, die Reisekosten in der Deutscher über das Zulagewesen mit zu verarbeiten. Das ist leider nicht geschehen, statt dessen hat man die Heizergulagen gestrichen. Die Reisekosten müssen revidiert werden; statt dessen werden 117 000 M. mehr gefordert. Hier ist von der vielgerühmten Sparfamkeit nichts zu merken.

Vizeadmiral Capelle: Der Reisekostenfonds hat in den letzten fünf Jahren keine Aufbesserung erfahren und erforderte schon vor fünf Jahren mehr als jetzt gefordert ist. Wenn wir uns also mit dieser Forderung beschäftigen, so ist das doch ein Zeichen von Sparfamkeit.

Das Kapitel wird bewilligt. Bei den „Befolgungen des Technischen Personals“ führt Abg. Dr. Lenz (Sp.) darüber Beschwerde, daß eine Reihe von Beamten auf Grund ihrer Zeugenaussagen im vieler Wertprozess bestraft worden sind, weil sie es an der nötigen Aufsicht hätten fehlen lassen. Das war um so ungerechtfertigter, als das Gericht auf weitere Zeugenaussagen verzichtete, weil es bereits die Überzeugung gewonnen hatte, daß es auf dem Aktenhaufen nicht zu ausgegangen ist, wie es sollte. Warum sind also gerade die als Zeugen vernommenen Beamten herausgegriffen worden. Des weiteren verlangt der Redner die Schaffung von Beamtenauslässen. Bedauerlich sei, daß die Marineverwaltung die Petition des Deutschen Technikerverbandes um bessere Gehaltsverhältnisse der Marinetechniker scharf zurückgewiesen habe, weil sie von Verboten außerhalb des Betriebes ausging. Der Standpunkt des „Herr im Hause“ ist nicht mehr haltbar, jeder Betrieb muß sich mit dem Bestehen solcher Organisationen abfinden. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Abg. Severing (Soz.):

Der Staatssekretär sagte gestern, man solle ihm doch einen Offizier nennen, der nicht für seine Untergebenen sorgt. Ich nenne ihm den Torpedodirektor der West in Wilhelmshaven, Herrn Jendahl. Dieser gab Befehle, durch die das Leben der Arbeiter auf dem Torpedoboot unmittelbar gefährdet wurde. Deshalb gab der Hilfsverführer den Leuten den Rat, den Befehl nicht auszuführen. Während kürzeste Herr Jendahl von der Kommandobrücke herab und herrschte die Leute an, weshalb seinen Befehlen nicht nachgegeben sei. Als man ihm antwortete, es wären dann Menschenleben in Gefahr gewesen, antwortete er: „Ach was, was scheren mich Menschenleben, Sie haben meine Befehle auszuführen.“ Hierüber bemächtigte sich der Arbeiter eine große Erregung und sie wandten sich an den Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes. Das war ein Fehler, weil auf der West ein Arbeiterausschuß besteht; aber erklärlich ist dies Vorgehen, weil der Arbeiterausschuß durch das Verhalten der Verwaltung um jede Autorität gebracht ist — so ist er, als er sich am 15. April wegen einer Lohnkürzung von 70 Stimmen und Rietern an die Verwaltung wandte, bis Mitte Januar dieses Jahres überhaupt ohne Antwort geblieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter beriefen eine Versammlung ein, in der sie dagegen protestierten, daß in einem industriellen Betrieb die Disziplin höher stehe als Menschenleben, und dem Torpedodirektor Jendahl ihr Mißtrauen aussprachen. In der Budgetkommission sagte der Staatssekretär, die Arbeiter hätten daraufhin sofort entlassen werden können. Nun, nach § 124 der Gewerbeordnung konnten die Arbeiter auch sofort die Arbeit verlassen, weil Gefahr für ihr Leben vorhanden war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verwaltung leitete eine Untersuchung darüber ein, wer von den Arbeitern an der Versammlung und Resolution beteiligt war, und 325 Arbeiter wurden frassersetzt, 5 wurden gefoltert, der Hilfsverführer wurde nach Danzig versetzt. Den 5 Gefolterten wurde als Grund der Paragrafen der Gewerbeordnung angegeben, wonach die Arbeiter nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonst Personen sein dürfen, die den Frieden unter den Arbeitern stören. Der beste Agitator für die Sozialdemokratie und der einzige Friedensförderer in diesem Fall ist Herr Jendahl gewesen, er hätte entlassen werden müssen, das wäre auch das allein Richtige gewesen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man mit solchen Mitteln die Disziplin aufrecht erhalten will, so kann jeder Feind der Arbeiter oder Torpedodirektor sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiterausschuß bemächtigte sich dann bei der Oberverdirektion um die Rückgängigmachung der Maßnahmen. Die Oberverdirektion verlangte eine unbedingte Unterwerfung der Arbeiter und ein unbedingtes Vertrauensvotum der Arbeiter für Herrn Jendahl. Das lehnten die Arbeiter in einer von 4000 Arbeitern besuchten Versammlung mit allen gegen sieben Stimmen ab. Wie kann man auch einem Manne Vertrauen entgegenbringen, der die Disziplin über Menschenleben stellt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Unzufriedenheit, die auf solche Weise erzeugt wird, können Sie durch einen Befehl nicht bannen, Herr Staatssekretär! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie führen durch solche Dinge nur den Einfluß des Metallarbeiterverbandes und der Sozialdemokratie. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich habe stets den Amt gehabt, Schuld, wo sie vorhanden ist, anzuerkennen und Schuldscheine, die ich als solche erkannt habe, preisgegeben. Ich hätte auch in diesem Falle den Amt gehabt, wenn ich nicht zu einem entgegengesetzten Resultate gelangt wäre als der Abg. Severing. Der Torpedodirektor Jendahl steht unantastbar da. Ich habe auch den Einbruch, daß die Ausführungen des Abg. Severing eine Diskreditierung der Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse bedingten. Jendahl hat durchaus nicht die Worte „Ach was, was scheren mich Menschenleben“ gesprochen; die Worte, die er bei der erwähnten Gelegenheit gesprochen hat, hatten vielmehr gerade den entgegengesetzten Sinn. (Lebhaftes Hört! hört!) Vielleicht sind die Worte im Lärm falsch verstanden worden. — Wir haben die Leute, die der Resolution zustimmten, in der dem Torpedodirektor die Mißachtung ausgesprochen wurde, nur in andere Reserven versetzt. Das ist doch eine sehr milde Maßregel. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Lebhaftige Zustimmung rechts.) In der Versammlung, in der die Resolution beschlossen wurde, konnten die Arbeiterschauschußmitglieder nach ihrer eigenen Behauptung nicht zu Worte kommen, weil sie mit Bierseidel bedroht wurden. (Lebhaftes

Hört! Hört! rechts.) Des Pudels Kern ist, daß man die Verwirklichung zwingen wollte, vor der Nacht der Organisation zu weichen und den Torpedodirektor Jendahl zu opfern. Aber (mit erhobener Stimme) ich hoffe und bin überzeugt, daß die Staatsgewalt niemals so schwach sein wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Weber (natl.) tritt lebhaft für den Torpedodirektor Jendahl ein. Sollte er wirklich unangebrachte Wendungen gebraucht haben, so muß man sie der Situation und der Erregung des Augenblicks zugute halten. — In Kiel ist die Behauptung aufgetaucht, daß bei den Rettungsarbeiten beim Unfall des „U. 3“ die von zwei Privatversteigern angebotene Hilfe zurückgewiesen worden sei. (Bewegung.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich halte das für völlig ausgeschlossen. Wahrscheinlich handelt es sich um ein böses Gerücht. Ich werde aber recherchieren lassen.

Das Haus verlagert sich. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Severing (Soz.), daß er sich vorbehalte, die vielfach schiefe und unrichtige Darstellung des Staatssekretärs von den Wilhelmshavener Vorgängen zu widerlegen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 9/11 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom Mittwoch, den 15. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. Dr. Friedberg (natl.): Herr v. Heydebrand hat gestern gesagt, der Abg. Wassermann habe die Reichsfinanzreform einen „Raubzug auf die Taschen des Volkes“ genannt. Es ist bereits in öffentlicher Reichstagsitzung erklärt worden, daß Herr Wassermann von einem Betrug der landwirtschaftlichen Großrentner gesprochen, also die Keuchung lediglich in Bezug auf die Brandweinsteuer getan hat. (Lachen rechts.) Ich erwarte deshalb, daß Herr v. Heydebrand die nächste Gelegenheit wahrnehmen wird, um seine Beschuldigung zurückzunehmen. (Waboo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, Kapitel Landräte, fortgesetzt.

Abg. Weisker (L) befürwortet eine Erhöhung der Dienstleistungsschuldigkeiten für die Landräte.

Abg. Busch (Z.): Der Landrat des Kreises Wipperfurth, in dem mein Fraktionskollege Herr Schulinspektor ist, hat eine Annonce mit scharfen Angriffen gegen Herrn Heydebrand im Kreisblatt zugelassen. So lassen wir das Zusammenarbeiten von Landrat und Kreisinspektor nicht auf; wir erwarten, daß der Minister den Landrat rezipiert. Weiter sollte der Minister die Landräte des Westens anweisen, auch Zentrumsblätter amtliche Annoncen zu geben.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) tritt ebenfalls für eine Erhöhung der Dienstleistungsschuldigkeiten für Landräte ein und wünscht eine Vermehrung der Kreisassistentenstellen.

Minister v. Dallwitz sagt eine Prüfung der Frage der Dienstleistungsschuldigkeiten zu.

Abg. Richter (Z.) führt Beschwerde über die Haltung der Landräte gegenüber dem Zentrum in Obersachsen.

Abg. Träger (Sp.) bespricht den Fall der galizischen Dienstmagd Josefa Ciation, die in Schleswig rechtswidrig und grundlos acht Monate in Haft gehalten wurde. Der Fall ist ein Skandal, er hat uns in Desterreich nicht genügt. Eine Reform unseres Ausländer- und Ausweisungsgesetzes ist schon 1849 vom Minister v. Mantensel für nötig erachtet worden. Der Minister sollte dem vernachlässigten Ressort der Ausweisungspolizei Aufmerksamkeit schenken. (Beifall links.)

Abg. Wierocki (Pole) protestiert gegen die willkürliche Umänderung polnischer Namen durch Landräte.

Minister Dallwitz erwidert, daß die Beschwerden hierüber zum Teil veraltet, zum Teil unbegründet seien.

Abg. Leinert (Soz.):

Der Minister hat uns eine Statistik vorgelegt über die Zugehörigkeit der Landräte zum Adel. Dadurch ist festgestellt, daß die Mehrzahl der Landräte adlig sind und daß es im übrigen keinen Landrat gibt, der aus dem Handwerkerstande stammt, ganz abgesehen von dem Arbeiterstande. Im übrigen kann er nicht bestreiten, daß gesellschaftliche Beziehungen, Zugehörigkeit zu Corps, das Ritterverhältnis usw. bei der Besetzung der Landratsämter mitspielt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen auch die Verteilung der adligen Elemente auf die einzelnen Provinzen erst kennen lernen; sie würde zweifellos beweisen, daß es im Osten ausschließlich adlige Landräte gibt. — Die Klagen über die mangelnde Dienstleistungsschuldigkeiten für Landräte sind gewiß zum Teil berechtigt, sie sind aber mit darauf zurückzuführen, daß man durch

den von wahren Palästen für Landräte diesen übermäßige Repräsentationskosten auferlegt, die mit ihrem eigentlichen Amte nichts zu tun haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch Gendarmen werden zum Dienst bei luxuriösen Festlichkeiten der Landräte bestellt. Gegen eine Erhöhung der Dienstleistungsschuldigkeiten zur Bekämpfung ihres privaten Luxus müssen wir entschieden protestieren. Von altpreußischer Einfachheit ist heute bei den Landräten keine Rede mehr. Das hat auch den Nachteil, daß der Landrat den Leuten aus dem Volke immer mehr unantastbar wird. Wird doch vielfach schon jetzt Arbeitern der Auftrag zum Landratsamt nur über eine Hintertreppe gestattet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll da der Landrat Vertrauensmann der Bevölkerung sein? Dadurch wird nur die Klassencheidung und das Mißtrauen gegen die Staatsverwaltung gefördert. Der Minister meinte, in die Selbstverwaltung der Kreistage, welche die Landratswohnungen zu beschließen hätten, könne er nicht eingreifen.

Mit der Selbstverwaltung der Städte

nimmt er es bekanntlich nicht so genau. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In den Kreistagen und Kreisrätschüssen überwiegt ausschließlich der agrarische Einfluß. Der Handeltagsrat hat Verdrängung von Handel und Industrie in den Kreistagen und Kreisrätschüssen verlangt, wir müssen aber auch großen Wert auf eine Vertretung der Arbeiter in diesen Körperlichkeiten legen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihr Verdrängungsrecht der Schulvorsitzmitglieder unter die Landräte dazu aus, Sozialdemokraten von den Schulvorständen auszuschließen. (Hört! hört!) angeblich weil der Schulvorstand vaterländische und gottesfürchtige Gesinnung unter der Schuljugend zu pflegen habe. Auf die von mir neulich vorgebrachten

Uebergänge von Landräten

ist der Minister bisher nicht eingegangen. Ich hoffe, er wird das heute nachholen. Auch beim Vergarbeiterstreik in Mansfeld hat der Landrat seine Befugnisse überschritten. Er fragte die Leute, ob sie dem Bochumer Verband angehörten. Soldat gewesen seien, warum sie streikten usw. (Geisterzeit!) Die, welche Soldaten gewesen waren, ermahnte er, getreu ihrem Fahnenkreuz zu Kaiser und Reich zu stehen und sich nicht am Streik zu beteiligen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ungehörige Annäherung!) Sehr richtig, zu einer solchen Annäherung in Arbeitsstreitigkeiten hat der Landrat gar kein Recht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Sungenau ist ein organisierter Schloffer auf Befehl des Landrats gemacht worden. (Hört! hört! bei den

Sozialdemokraten.) Der betr. Meister, der Gemeindevorsteher war, erklärte dem Arbeiter, er sei gegen seinen Willen vom Landrat dazu gezwungen worden. Auf Anfrage des Schloffers auf dem Landratsamt nach den Gründen dieses Eingreifens des Landrats in gewerbliche Verhältnisse wurde ihm erwidert, daß sei Amtsgeheimnis. (Hört! hört!) Wir protestieren dagegen, daß die Landratsämter zu

Unterdrückungsämtern der freigewerkschaftlichen Arbeiter

mißbraucht werden. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer Landrat hat der Westenburg-pommerschen Schmalzpurfabrik den Zutritt zum Hanfabad verboten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch als eifrige Förderer des Kriegervereinswesens betätigen sich die Landräte. Soweit dies unter Benützung der amtlichen Postfreiheit und in ihrer amtlichen Eigenschaft als Landrat geschieht, liegt darin ein Betrug der Postverwaltung und ein Mißbrauch der Dienstgewalt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das parteiische Verhalten der Landräte wird noch gefördert durch den genauen Einblick in die wirtschaftlichen und privaten Verhältnisse der Kreisangehörigen, den sie als Vorsitzende der Steuereinschätzungskommissionen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Landräte speziell gegen die Sozialdemokratie Stellung nehmen, hielt der Minister für selbstverständlich. Als der Landrat Herr Gert-Winjen sich einmal in diesem Hause für die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie aussprach, hat ihm die „Deutsche Tageszeitung“ vorgeworfen, er habe damit den Dienst der Treue gegen den König gebrochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daher ist es auch kein Wunder, daß die Mehrzahl der Landräte

Mitglieder des Reichsländerverbandes

sind. Die Saalabtreiberei durch Landräte hat Herr v. Westmann Holtweg selbst als Keulisch und als Amtsmißbrauch bezeichnet, aber was kümmern sich die Landräte um solche Erklärungen vom Ministertisch. In einer Tagung des Bundes der Saal- und Konzertliebhaber in Breslau fand eine ganze Masse solcher Schikanen von Landräten gegen Gastwirte vorgebracht worden. Einer solchen Mißfall der Landräte sollte endlich auf gesetzlichem Wege ein Ende gemacht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus dem Kapitel der

Handhabung des Reichsvereinsgesetzes

durch die Landräte ist ein besonders krasser Fall in Witzingerode im Kreise Heiligenstadt vorgekommen. Es sollte dort eine Versammlung stattfinden mit dem Thema: „Was müssen die Wähler vor den Reichstagswahlen wissen?“ Unserem Genossen, der sich vom Amtsvorsteher die Anmeldebekanntmachung holen wollte, erwiderte dieser:

Sie sind wohl verrückt geworden,

so etwas gibt es nicht. Sie sind schon lange als sozialdemokratischer Agitator bekannt, ich werde Sie künftig genau auf Sie beobachten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Hinweis unseres Genossen, der Amtsvorsteher habe nichts zu genehmigen, sondern lediglich eine Bescheinigung zu erteilen, wurde er aus der Amtsstube geführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als unser Genosse Beschwerde beim Landrat erhob, wies ihn dieser ab mit den Worten: „Nehmen Sie sich in acht, Sie roter Bruder, es ist gut, daß ich Sie kenne.“

Bei der

Ausweisung ausländischer Arbeiter

wird ohne jede Menschlichkeit verfahren. So wurde ein Arbeiter, nur weil er zweimal eine sozialdemokratische Versammlung besucht hatte, ausgewiesen, trotzdem seine Frau hochschwanger war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem amtlichen Geheimbericht aus Hannover wird darüber geklagt, daß es nach dem Vereinsgesetz nicht mehr möglich sei, weibliche und sozialdemokratische Vereinsversammlungen zu überwachen, man müsse nun sehen, wie man auf andere Weise Mittelungen über die Tätigkeit dieser Parteien erhalte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Landrat v. Bohna hat an den Regierungspräsidenten berichtet nach seinen Informationen über die politische Gesinnung seiner Kreisangehörigen sei die Wiederwahl eines nationalliberalen Abgeordneten in Reustadt nicht zu erwarten. (Hört! hört!) Eine solche geheime politische Tätigkeit der Landräte ist eines großen Staates wie Preußen unwürdig. Gegen die andauernden Uebergänge der Landräte in Schleswig-Holstein in die Selbstverwaltung der Gemeinden haben die dortigen Gemeindevorsteher an den Minister protestiert. Was ist aus dieser Beschwerde geworden? Auch zum Falle des Landrats Schröder in Wittgenstein hat der Minister noch keine Stellung genommen, trotzdem das Urteil inzwischen rechtskräftig geworden ist. Zwei Beamte, die bei dem betreffenden Verfahren gegen die „Frankfurter Volksstimme“ über das Verhalten des Landrats pflichtgemäß unter ihrem Eide ausfragten, sind inzwischen im Interesse des Dienstes veretzt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch ein

entmündigter Landrat

ist noch immer im Amte; seine Tätigkeit als Landrat scheint also dadurch nicht beeinträchtigt zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Wahleinflüsse durch Landräte haben ja auch bürgerliche Parteien nach der letzten Wahl Klage geführt. Wären nun diese Parteien mit uns einen Initiativantrag zur Annahme bringen, wonach der Minister aufgefordert wird, vor der nächsten Wahl bestimmte Vorschriften über die Größe und Konstruktion der Wahlurnen zur Sicherung der geheimen Wahl zu erlassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt ist es noch Zeit, nicht mit Worten, sondern mit Taten für eine wirklich geheime Wahl zu sorgen. Freilich wird der Einfluß des Ministers auf die Landräte nur gering sein, hat er sie doch gegen alle Angriffe rückhaltlos gedeckt.

Das ist ja ganz erklärlich, denn alle Minister des Innern bei uns sind noch frühere Landräte gewesen und können natürlich jetzt die Landräte nicht desavouieren, die nichts anderes tun, als sie selbst früher getan haben. Die Landräte, Regierungspräsidenten bis hinauf zum Minister bilden eine große Familie, in der die Landräte der mächtigste und gefährlichste Faktor sind. Wir fordern den Schutz der Volksrechte gegen die Willkür der Landräte. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Woyne (H.): Unser Volk feuert nicht unter der Fuchel der Landräte, wohl aber unter der

Fuchel der sozialdemokratischen Zwangsorganisations.

(Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein sehr betrübendes Zeichen, daß bei den Verwaltungsbehörden in Hannover unter den mittleren und unteren Beamten sich offenbar Jutträger befinden, die unter größlicher Verletzung ihrer Amtspflicht der Sozialdemokratie amtliche Material ausliefern. Der Minister sollte dieser Sache auf den Grund gehen. Daß die Landräte konservativ sind, liegt einfach daran, daß sie sich mit der Verwaltung beschäftigen. Auch Miquel und Deming wurden auf diese Weise konservative Männer.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eine selbstverständliche Pflicht der Landräte.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gefegwidrig!) Parteipolitisch müssen die Landräte immer dann auftreten, wenn der Friede in ihrem Kreise in Gefahr ist, wie das z. B. durch die bedeutende Agitation des Dauernbundes in Hannover geschieht. (Waboo! rechts.)

Abg. Korsantj (Pole) bringt an Hand besonders krasser Fälle Beschwerden über die Mißachtung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Landräte und Amtsvorsteher in den polnischen Provinzen vor.

Abg. von Arnim-Bischdom (L): Die Angriffe des Herrn Leinert können sich die Landräte nur zur Ehre anrechnen. Herr Leinert sprach vom Reichsländerverband. Nach der Ent-

Geld um verschiedene Verichte würde er sich bei dem Gebrauch dieses Wortes außerhalb des Hauses strafbar machen. Ich würde ihm umsonst empfehlen, bei der Wahrheit zu bleiben, als der Abg. Hirsch bei der ersten Lesung des Etats der Wahrheit nicht entsprechend gesagt hat, daß ein Teil des Reichslagenverbandes von Regierungspräsidenten angekauft worden wäre. Es handelt sich um ein von dem Reaktor der „Nationalliberalen Korrespondenz“ Dr. Stephan Reumann herausgegebenes Werk, das dem Reichsverband seinerzeit als Manuskript angeboten war, dann aber anderswo erschienen ist.

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Kapitel wird bewilligt.

Abg. Hirsch (Soz., persönlich):

Die Notiz, daß das Buch von Stephan Reumann vom Reichsverband herausgegeben worden wäre, ist unwidersprochen seit Monaten durch die Presse gegangen. Sollte ich mich in diesem Punkte geirrt haben, so nehme ich das selbstverständlich zurück. Dagegen muß ich die Tatsache aufrechterhalten und das ist das Wesentliche, daß jene Schrift, die im übrigen ganz den Schriften des Reichsverbandes gleicht und ihm ja auch angeboten worden war, auf Kosten der preussischen Steuergelder von Regierungspräsidenten bezogen worden.

Abg. Reinert (Soz.):

Ich bin vollständig bei der Wahrheit geblieben, wenn ich den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie einen Reichslagenverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie genannt habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Das dürfen Sie gegenüber diesem Verein, dem auch Mitglieder dieses Hauses angehören, nicht sagen, ich rufe Sie zur Ordnung! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reinert (Soz.):

Ich bin sprachlos, daß der Reichslagenverband durch den Präsidenten dieses Hauses geküßt wird.

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie erneut zur Ordnung, weil Sie den gerügten Ausdruck wieder gebraucht haben.

Es folgt das Kapitel:

### Polizeiverwaltung von Berlin.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Gegenüber den schweren Vorwürfen meines Parteigenossen Hirsch gegen den Berliner Polizeipräsidenten mag der Herr Minister Gedacht haben: „Was soll ich Aemer dazu sagen.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß ihm deshalb schon etwas stärker beschuldigen. Auf den Fall Halbwachs hat der Minister auch nichts zu sagen gehabt. Es ist wenig würdig und großmütig, daß sich der oberste Beamte in Preußen für die Kritik eines armen Ausländers durch die Ausweisung rächt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jagow hat er reiflos in Schutz genommen. Sie erinnern sich an das gewaltige Schicksalswort, das Herr v. Jagow gebieterisch in die Welt sandte: Die Straße gehört dem Verkehr! Wie paßt dazu der Schuppenstreckstreich der sog. Friedrichstrassenverkehrs-Regelung! Jetzt soll Herr v. Jagow sogar die

### Generalzensur für ganz Preußen

übertragen werden. Den Befähigungsnachweis dafür hat er ja, wie mein Freund Hirsch nachgewiesen hat, erbracht. (Weiterkeit.) Der Zweck ist natürlich, die Berliner konzentrierte Reaktion auch in die Provinz hinauszutragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Ihnen ja das Heimsche Kapitel bekannt:

Die deutschen Genjore — — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

Arbeitervertreter zum Denunzianten gegenüber der soviel angegriffenen Jugendbewegung hergibt, beneide ich Herrn Gronowski ja nicht. Auch auf die Polizeitaten in Moabit ist der Minister nicht eingegangen. Wenn der Minister die erste Absicht hätte, den vorgebrachten Fällen ernstlich nachzugehen, könnten wir ihm genug Material vorlegen. Die Polizei ist doch im Interesse der Allgemeinheit da, in der Tat aber stellt sie sich in Berlin in schärfsten Gegensatz zum Volke. Bei jeder

### Demonstration des Volkes

nimmt die Polizei den Standpunkt ein: Der Löwe ist los, das Volk ist auf den Straßen, was kann da für Unheil geschehen. Ist das nicht lächerlich angesichts der bewundernswürdigen Disziplin die die Berliner Sozialdemokratie bei den Straßen-demonstrationen bewiesen hat und noch letzten Sonntag bei dem Massenauflauf zu Singers Begräbnis. Stundenlang haben da die Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Straßen ausgehalten, ohne daß das Geringste vorgekommen wäre. Trotz dieser glänzenden Soldatendisziplin wird die Arbeiterschaft von der Polizei als wilde Tiere behandelt. Der Ton in unseren Versammlungen ist immer noch viel besser als der in Zentrums-versammlungen übliche Ton, das möchte ich Herrn Gronowski bemerken. Bei diesem Titel kann ich darauf nicht näher eingehen, gestern hätten Ihnen die Ohren davon geklungen. Aber es bleibt Ihnen nicht erspart. Ich muß mich noch wenden gegen den Versuch, uns Herrn Brand an die Rockschöße zu hängen. (Präsident v. Kröcher: Das gehört nicht zu diesem Titel.) Die Revolutionsdemokratie des Volkes gegenüber, die ich in Berlin sehe, erinnert mich an meine Erfahrungen in Amerika. Dort und in England würde eine solche Engbrüstigkeit der Polizei nur Kopfschütteln erregen. In den verkehrsreichsten Gegenden finden dort ständig Versammlungen statt, Unzüge bedürfen selbstverständlich keiner Genehmigung. Allerdings hat dort das Volk auch Einfluß auf die Auswahl der Polizei, während sich in Berlin einfach einen Polizeipräsidenten aufstrotzen lassen muß, der von den Bedürfnissen Berlins keine Ahnung hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Vorgehen der Polizei in Moabit war vor allem gänzlich ungewöhnlich. Provokatorisch wurden die Arbeitswilligen von Polizei begleitet durch die Straßen geleitet, an jeder Ecke stand ein Schutzmännchen mit gezogenem Säbel, ständig wurden Attaden geritten usw. Das mußte natürlich die Bevölkerung erregen. Auch aus Charlottenburg wurde Polizei hinzugezogen, die mit der Berliner nicht organisch zusammenwirkte, und das schlimmste war, daß man auch noch die politische Polizei eingreifen ließ. Ueber den Umfang, in welchem diese Beamten von der siebenten Abteilung tätig waren, wußte die allein verantwortliche Polizei gar nicht Bescheid. Das hat Polizeimajor Klein bestätigt. (Hört! hört!) Wie ist da eine Kontrolle über die

### Loospijetei

möglich. Diese Art des Vorgehens ist ein Ausdruck des Uebermuts unierer politischen Polizei, die ja lieb sind bei dem Polizeipräsidenten ist. Man hat offenbar in überlegter Weise das unanbere Handwerk der Loospijetei der unverantwortlichen politischen Polizei überlassen. Ich behaupte, daß der Polizeipräsident ganz genau weiß, daß in Moabit Loospijetei von seinen Kreaturen ausgeübt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verbaugung des Ministers, wir hätten nur unkontrollierbare Anschuldigungen vorgebracht, war um so weniger berechtigt, als derselbe Herr sich lediglich auf — unkontrollierbare Polizeiaten berufen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister stützt sich auf Verichte derselben Polizei, in deren Schoße 1907 eine

### unverschämte Fälschung von Akten,

wie vor Gericht öffentlich festgestellt ist, begangen wurde, derselben Polizei, der noch heute ein Herr v. Schöne angehört, der einem russischen Untertan zum Baierlandsverrat verurteilt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Polizeitaten in Moabit, die „tadellose Mannesacht“ der Polizei werden wir immer wieder zurückkommen müssen. Die Entlastungszeugen der Polizei wurden zu Namagen für die Polizei, zu einer Stütze für die Verteidigung. Es war ja schon bezeichnend genug, daß der Polizeipräsident an die öffentliche Wildtätigkeit appellieren mußte, um überhaupt Zeugen aufzutreiben, die für die Polizei auszusagen sollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt läßt ja sogar schon Herr v. Redlich Kritik an der Berliner Polizeiverwaltung. (Weiterkeit.) Wie unter aller Kritik muß da schon das Berliner Polizeipräsidium sein! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Trotz all dieser Kritik deckt der Minister den Polizeipräsidenten. Und das läßt sich das Haus gefallen. Wenn Sie wollten, könnten Sie dem Minister schon einheizen. Aber wenn es sich um die Verteidigung von Volksrechten handelt, mag das „demokratische“ Zentrum nicht einen solchen Ton, wie ihn gestern Herr Gronowski im gegenüber anzuschlagen gewagt hat. Die Worte des Herrn v. Jagow bedeuten eine direkte

### Provokation an die Polizei zur Wiederholung ihrer Taten.

Und trotz alledem gelingt es nicht, den Minister zu seiner Pflicht zu rufen gegenüber dem pflichtwidrigen Polizeipräsidenten. (Unruhe rechts.)

Präsident v. Kröcher ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

### Abg. Dr. Liebknecht (fortfahrend):

Ein sonderbares Zusammentreffen ist es, daß zu derselben Zeit, als die Moabitler Unruhen begannen, im September vorigen Jahres ein Erlass des Polizeipräsidenten erging, wonach das Waffentragen ohne Waffenchein verboten wurde. Das macht den Eindruck, als habe man diesen Erlass zur Entwaffnung der Bevölkerung herausgegeben, weil man bereits wußte, daß es zu Zusammenstößen mit der Polizei kommen könnte! — Herr Redlich hat wahrheitswidrig behauptet, die Zeugen in Moabit seien durch die sozialdemokratische Presse beeinflusst worden. Erwiesene Tatsache aber ist,

daß die Polizeipresse unangekündigt gepöbelt worden ist mit böswärtigen, irreführenden Nachrichten durch Polizeiberichte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen anlässlich der Moabitler Vorgänge ein Gesetz, wonach bei solchen Anlässen unschuldige Verlechte entschädigt werden müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir erwarten, daß der Berliner Polizeipräsident bei dem bevorstehenden

### Prozeß gegen den „Vorwärts“

nicht etwa die Vorlegung der Geheimakten vertweigern oder seinen Beamten die Genehmigung zur Aussage nicht erteilen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre sonst ein sonderbarer Versuch der Rechtfertigung mit völlig untauglichen Mitteln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Minister weiter: Was wird gegen die schuldigen Polizeibeamten geschehen? Wir sind als Vertreter der größten Partei Preußens nicht gewillt es uns gefallen zu lassen, daß die Exzesse der Polizeibeamten in Moabit ebenso ungehört bleiben, wie die Tat des Handabhackers in Breslau. Welche Maßnahmen hat der Minister gegen Herrn v. Jagow ergriffen, um ihn künftig von ähnlichen Auslassungen abzuhalten, was hat er getan, um die an gerichtlich festgestellten Exzessen schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen und vor allem, um den

### Totschläger des Herrmann

festzustellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier gilt es Forde zu bekennen. Freilich, es war ja „nur“ ein Arbeiter! Aber aus dem hier vergossenen Blute wird immer neue Empörung herauswachsen, die Ihnen auf ewig zum Schaden und zur Schande gereichen wird. Wo ist in diesem Falle die Berliner Nordkommission geblieben, die sonst so schnell zu Stelle ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß die Untersuchung in diesem Falle selbstverständlich nicht von der

Polizei selbst, die ja die Beschuldigte ist, sondern von einer unparteiischen Behörde ausgeführt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

### Das Prinzip der preussischen Polizei ist das der Ungeheuerlichkeit.

Sie beweist ein robustes Gewissen und der Grundsatz ist vor allem: Nur keine Sentimentalitäten, keine Sentimentalität gegenüber den Befehlen, gegenüber gewöhnlichen Staatsbürgern, vor allem gegen Arbeiter. Es sollte den Herren der Rechten doch zu denken geben, daß selbst ein hoher preussischer Richter und Mitglied der Nationalliberalen, wie Herr Schiffer, Ihnen gestern den Vorwurf machen konnte, daß ihr Feingefühl für Recht und Gesetz viel zu wünschen übrig liege. Wir werden Ihre Ungeheuerlichkeit immer wieder vor aller Öffentlichkeit kennzeichnen. Nur auf diesem Wege ist Abhilfe zu erzielen. Nicht Sie haben schließlich zu entscheiden, sondern das Volk draußen. Dieses Volk steht auf unserer Seite und es wird auch den unbotmäßigen und ungeheuerlichen Berliner Polizeipräsidenten in seine Schranken zurückzurufen wissen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Dallwig: Da der Herr Polizeipräsident gegen die ungeheuerlichen Verdächtigungen in Artikel des „Vorwärts“ Klage erhoben hat, brauche ich kein Wort zu den heutigen Behauptungen des Herrn Liebknecht zu verlieren. Halbwachs ist auf Anweisung des Herrn Polizeipräsidenten ausgewiesen worden, weil er die Berliner Polizei mit dem Vorwurf des Loospijeteils schwer beleidigt hatte. Er hat keine Beweise erhoben, ich habe gegen die Maßnahme nichts zu erinnern. Was die Aufforderung des Polizeipräsidenten anbelangt, die Vorstellungen der freien Volkshilfen und der Neuen freien Volkshilfen als öffentliche anzunehmen, so hat dabei nicht irgendwie die Absicht vorgelegen, eine Störung ihrer Theateraufführungen herbeizuführen. Es handelt sich lediglich darum, den prinzipiellen Streit zum Austrag zu bringen, ob Vereine mit mehr als 35 000 Mitgliedern noch als Vereine im Sinne des Gesetzes anzuziehen sind. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Außerst wichtig!) Die Bildungsbestrebungen der freien Volkshilfen werden vollkommen anerkannt und haben zu irgend welchem Titel keinen Anlaß gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen sind durch Gerichtsurteil zu politischen Vereinen erklärt worden und solchen Vereinen dürfen Personen unter 18 Jahren nicht angehören. Außerdem verfolgen diese ungesetzlichen Vereine den Zweck, auch in die jugendlichen Arbeiter das Gift des Klassenhasses hineinzupflanzen. (Lebhafte Zustimmung rechts. Ruf bei den Sozialdemokraten: Sind die anderen Jugendvereine nicht politisch?) Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

### Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort

Abg. v. Seydewitz (L. (Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Aufstehen! — Große Heiterkeit.) Herr Friedberg hat das, was ich gestern gesagt habe, nicht widerlegt, sondern bestätigt. Wenn er sagte, daß das Wort von dem Auszug sich nicht direkt auf die Konserbativen, sondern auf die großagratischen Schnapsbrenner bezogen habe, so ist das nach liberalem Sprachgebrauch das beste, und im übrigen bildete die Branntweinsteuer den Brennpunkt der Finanzreform. (Widerpruch links.) Ich habe daher nichts zurückzunehmen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus aller Welt.

### Zur Eisenbahnkatastrophe bei Courville.

Das entsetzliche Eisenbahnunglück in der Nähe der französischen Station Courville hat nach den bisherigen Feststellungen 12 Tote und 15 Verwundete zum Opfer gefordert. Das Unglück entstand dadurch, daß der mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometern fahrende Epprehzug Paris-Rennes kurz vor dem Bahnhof Courville einem auf dem Hauptgleise rangierenden Güterzuge in die Flanke fuhr. Durch den weithin vernehmbarren Aufprall wurden die Lokomotive und mehrere Wagen des Epprehzuges getrimmert. Die Wagen, aus denen Schmerzenschreie ertönten, gerieten in Brand und setzten auch den angefahrenen Güterzug in Flammen. Durch den heftigen Wind angefacht, nahm das Feuer in kurzer Zeit eine solche Ausdehnung an, daß es erst nach vielen Stunden abgelöscht werden konnte.

Auf der Unglücksstelle spielten sich entsetzliche Szenen ab. Ein Passagier des Epprehzuges hat bei der Katastrophe fast sämtliche Mitglieder seiner Familie verloren. Bisher hat er die Leichen seiner Frau und seiner Schwiegertochter, die erst seit Sonnabend verheiratet war, und dreier anderer Personen seiner Begleitung feststellen können. Vier weitere Mitglieder seiner Familie befinden sich unter den Verwundeten und Toten, die noch nicht identifiziert werden konnten. Die Hilfeleistung gestaltete sich sehr schwierig, da die Rettungsmannschaften infolge der Hitze an die Verunglückten nicht herankommen. Mehrere der unter den Trümmern Begrabenen sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Ein Teil der Leichen ist bis zur Unkenntlichkeit entstellte aufgefunden worden. Ein Dr. Gordon, dessen Frau zwischen den Trümmerhaufen eingeklemmt verbrannte, beklagt auch den Verlust des größten Teiles seines Vermögens, das die Frau bei sich führte und das mit ihr verbrannt ist. Ein 13jähriger junger Mann, der bei dem Eisenbahnunglück verletzt worden war, ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Die Aufräumungsarbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen, da die eisernen Schwellen, die sich infolge der Hitze vollständig verbogen haben, und die losgerissenen und in kleine Stücke zerbrochenen Schienen mit den Ueberresten der Eisenbahnwagen einen wirren Trümmerhaufen bilden. Das Feuer glimmt noch in den Ueberresten der Holzverkleidung des Speisewagens. Bei den Aufräumungsarbeiten hat man noch einzelne Leichenteile gefunden, deren Feststellung sehr schwer sein wird. Durch die Aufmerksamkeit des Zugführers eines Zuges, der dem Epprehzug in einiger Entfernung folgte, konnte glücklicherweise ein weiteres Unglück verhindert werden. Der Zugführer war durch die an der Unglücksstelle aufleuchtenden Flammen aufmerksam geworden und brachte den Zug noch rechtzeitig zum Stehen.

Ueber die Schuldfrage scheint sich der Direktor der Bahn sehr schnell schlüssig geworden zu sein. Er schiebt die Verantwortung des Unglücks auf den Lokomotivführer des auffahrenden Zuges, der die Signale nicht wahrnahm, und auf den Stationsvorsteher von Courville, der den Güterzug zur Zeit der Durchfahrt des Schnellzuges rangieren ließ. Da auf den französischen Bahnen die Eisenbahnunfälle sich in schneller Folge wiederholen, wird die Ursache der verschiedenen Katastrophen viel eher in den unzulänglichen Betriebseinrichtungen zu suchen sein.

Fast gleichzeitig mit der Katastrophe in Courville trug sich in der Nähe der Stadt Béthune (Nord-Frankreich) ein zweites schweres Eisenbahnunglück zu. Dort stießen Dienstagabend infolge Nebels auf den Schienen einer Bergwerksgeleise zwei Arbeiterzüge zusammen. Zwei Wagen wurden getrimmert, zwei Arbeiter getötet und etwa zwanzig verletzt, darunter sechs schwer.

**Weitere Ausbreitung der Pest.**

Nach einem Telegramm aus Petersburg ist die Pest bis Wladivostok vorgedrungen. In den Straßen der Stadt wurden am Dienstag die Leichen von vier der Epidemie erlegenen Chinesen aufgefunden. Die sanitären Vorbeugungsmaßnahmen lassen viel zu wünschen übrig. In der Stadt treffen aus dem verseuchten Gebiete täglich chinesische Eisenarbeiter mit ihrem Gepäck ein, ohne daß eine Desinfektion erfolgt.

Der von der deutschen Regierung zu einer Sitzung einberufene Reichsgesundheitsrat hat sich mit der Frage beschäftigt, ob zurzeit eine Gefahr der Verschleppung der Seuche nach Europa bestehe. Nach längerer Aussprache gelangte die Konferenz zu der Ueberzeugung, daß für Europa und somit auch für Deutschland nach dem bisherigen Verlauf der Seuche augenblicklich keinerlei Ursache bestehe, Abwehrmaßnahmen vorzubereiten. Diese Ueberzeugung konnte auch durch die aus

Afrika an gemeldeten Erkrankungen nicht erschüttert werden, da die Pest dort endemisch ist. Nicht ausgeschlossen ist dabei, daß sie aus Odeffa eingeschleppt wurde, wo erst im vorigen Jahre die Seuche auftrat, ohne weitere Verbreitung zu gewinnen. Ueber die Frage, ob eine wissenschaftliche Expedition in das Pestgebiet entsandt werden sollte, wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Im Gegenfalle zu dieser optimistischen Anschauung wird aus London gemeldet, daß dort augenblicklich umfassende Maßnahmen gegen eine etwaige Einschleppung der Pest ergriffen werden. China wird als infiziertes Gebiet erklärt. Alle aus China kommenden Dampfer oder solche, die chinesische Häfen angelaufen haben, werden Gegenstand ernster Sicherheitsmaßnahmen. Alle an Bord befindlichen Personen werden einer eingehenden Untersuchung unterzogen, Name und Adressen der Passagiere werden aufgezeichnet und allen Beamten der Gesundheitsbehörde zugestellt. Der Londoner Gemeinderat hat umfassende Maßnahmen verfügt, um beim Vorkommen eines Pestfalles in London die Krankheit auf ihren Herd zu beschränken.

**Studentenratwalle in Toulouse.**

Schwere Ausschreitungen und Außerordnungen sind am Dienstagabend von Studenten der französischen Universität Toulouse begangen. Sie bewarfen einen Professor mit faulen Eiern und Gemäse und drangen dann in den Arbeitsaal für Zoologie, dessen Einrichtung sie zertrümmerten. Schließlich zogen sie im Gänsenmarsch durch die Stadt und brachten Vereatrufe auf den Professor Lecaillon aus.

**Kleine Notizen.**

Engländer bei der französischen Marine. Als der Panzer „Suffren“ gestern im Hafen von Toulon festmachen wollte, zog die Kette fest an und zerriß. Durch abspringende Glieder der Kette wurde ein Quartiermeister getötet, zwei Matrosen wurden schwer verletzt.  
Sehr rentabel! Der für Petroleumheizung eingerichtete französische Turbinentorpedojäger „Cavalier“ hat dem „Journal des Débats“ zufolge für die Fahrt Cherbourg-Dran-Toulon für etwa 30 000 Frank Petroleum verbraucht, während der Kohlenverbrauch nur ungefähr 8500 Frank erfordert haben würde.

**Todes-Anzeigen**

Am Montag, den 13. Februar, nach unerwartet mein lieber Mann und guter Vater, der Restaurateur 1465  
**Gustav Hahn**  
im Alter von 42 Jahren.  
Um stille Teilnahme bittet  
Marie Hahn nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Weddingstr. 8, aus auf dem Danies-Kirchhofe, Reinickendorf, Blankenfelde.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Albert Frenzel**  
am 12. Februar an Lungenleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pfälz-Kirchhofes in Dallwitz aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 18. Februar verstarb unser Genosse, der Restaurateur  
**Gustav Hahn**  
Weddingstr. 8.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Danies-Kirchhof in Reinickendorf, Blankenfelde, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
224/19 **Der Vorstand.**

Ferner starb der Dreher  
**Otto Zahn**  
am 12. Februar an Darmleiden.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Rieder-Schönhausen aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
112/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 11. Februar verstarb unser Genosse, der Händler  
**Franz Junker**  
Grenzstr. 20.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes in Reinickendorf, Blankenfelde, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
224/20 **Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftwagenfahrer  
**Hermann Sydow**  
Blümlersdorf, Brandenburgische Straße 109, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeindefriedhofe zu Blümlersdorf, Berliner Straße, statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stallmann  
**Hermann Irrenberg**  
am 12. d. Mts. im Alter von 50 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weissensee aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
66/7 **Die Bezirksverwaltung.**

Statt jeder besonderen Meldung.  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Vater, Groß- und Schwiegervater, der Former  
**Theodor Müller**  
im 62. Lebensjahre verstorben ist.  
Dies zeigt tiefbetraut an  
Familie **Max Rohrbeck**,  
Familie **Franz Thierfeldt**.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Kirchhofes, Röhrlstr. 44, aus statt. 1485

**Dankagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Hermann Hertrampf**  
sage ich allen, insbesondere dem Verbandsrat der Sattler und Portefeuliers sowie den Kollegen der Firma Koban meinen herzlichsten Dank. 1456  
**Wwe. Rosalie Hertrampf**  
nebst Sohn.

Am Dienstagabend verschied nach kurzem, schmerzlichem Leiden mein innigstgeliebter Mann, der Maschinenbauer  
**Bernhard Kieselbach**  
im 45. Lebensjahre. 1575  
Dies zeigt tiefbetraut an  
Anna Kieselbach geb. Bornschein.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem Alten Lützen-Kirchhof, Bergmannstraße statt.

Am 13. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Ernst Neumann**  
im 43. Lebensjahre. 1526  
Viele Jahre als Vertrauensmann hat er stets die Interessen seiner Kollegen vertreten und wachte deren Rechte zu wahren.  
Eine Beerdigung findet nicht statt, da nach dem Willen des Verstorbenen der Leichnam der Königl. Anatomie überwiesen wird.  
Eine Gedächtnisfeier für den Verstorbenen findet am Freitag, 17. Februar, abends 9 Uhr, bei Keller, Roppenstr. 29, statt.  
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm  
**Die Kollegen der Hof-Buchdruckerei Julius Sittenfeld.**

Die Verlobung meiner Tochter Ida mit dem Restaurateur Herrn Curt Käster in Reinickendorf-Ost beehre ich mich hierdurch ergebenst anzukündigen.  
Berlin, 9. Februar 1911.  
Frau Wwe. Dorothea Paetzold, 147b Seestr. 41.  
**Ida Paetzold**  
**Curt Käster**  
Verlobte.

**Karl Nissle's Festsäle**  
Dennewitzstr. 13.  
Heute Donnerstag:  
**Bockbier-Fest**  
(Baumblüte in Werder).  
Um 12 Uhr: Gr. Schrippen-Volonäse für Herren. (Eine Duenndel.)  
Entree 30 Pf.  
1415 **Karl Nissle.**

**Kino-Theater.**  
Vorzüglich zur Einrichtung eines solchen geeigneten Bacterielokal im Norden in nächster Nähe der Reinickendorfer Straße, wo in der ganzen Gegend noch keines vorhanden, zu günstigen Bedingungen zu vermieten. Anträgen erbeten unter L. 1 an die Expedition dieses Blattes.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Muster-Coupons-Resie.**  
wunderbare Frühjahrs-Neubauten für Anzüge, Ullster, Kostüme etc. Meter 3.-, 4.-, 5.-, Strichhaar-Loden, imprägniert für Wetter-Pelotinen, Meter 1.50, 2.-, Tuchlager Gertrudenstraße 20-21, Koch & Seeland, Gesellschaft m. B. v. a. v. a. d. Petrikirche.

**C. 54 Grenadierstr. 4a**  
find zum 1. April 1911 Wertpapiere sowie Wohnungen billig zu vermieten. 935\*

**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Riesen-Auswahl**  
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüllbettedecken etc. Einzelne Fenster spottbillig.  
**Inventur-Extralist und Katalog**  
enorm billiger Extraausgabe (600 Abbild.) gratis und franko.

Zum  
**Bockbier-Rummel**  
Mützen . . . pro Dtz. von 20 Pf. an  
Girlanden . . . . . von 10 Pf. an  
Bockbier-Lieder . . . Dtz. 25 Pf.  
Radau-Artikel. — Alle Sorten Gläser.  
**Gastwirtsartikel - Spezialgeschäft**  
**E. Katz & Co.**  
Spandauer Str. 45, a. Molkenmarkt  
Filialen:  
Rixdorf, Bergstr. 65, a. Bahnhof  
Brandenburg a. H., Hauptstr. 59/60.

**Zentralverband der Zimmerer** Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Sonnabend, den 18. Februar, in den festlich dekorierten Sälen der Brauerei Friedrichshain, am Königstor:  
**Großer Wiener Maskenball**  
3 Musikkapellen. — Die neuesten Vorführungen. 254/4\*  
Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde u. Bekannte sind hiermit freundl. eingeladen. Einlaßkarten a 50 Pf. (Kinder unter 14 Jahren sind frei) sind in den Bezirkslokalen sowie im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen. **Der Vorstand.**

**Masken-Garderobe**  
**Karl Ernst**  
(Inhaber Willi Ernst)  
leht: Köpenicker Str. 55b, I. Amt IV, 14089.  
Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
Vorgezeigt dieser Annonce enthält 10 Proz. Preisermäßigung.

**Für Ausflügler**  
empfehlen wir:  
**Wanderbuch für die Mark Brandenburg**  
3 Teile, mit 56 Karten.  
Erster Teil: Nördliche Umgebung Berlins . . . . . Preis 1,50 M.  
Zweiter Teil: Westliche Umgebung Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.  
Dritter Teil: Westliche Umgebung Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

**100 Ausflüge um Berlin**  
von Georg Siegerist.  
Mit 20 Karten. — 2.- M.  
**Märkische Wandertour.**  
Von Georg Siegerist.  
Mit 10 Karten. — 1,50 M.  
Nichtling Taschenatlas der Umgegend Berlins, mit 100 Umschlügen . . . . . 2.- M.  
Silber, Märkischer Wander-Atlas mit 16 Karten, kartoniert 1.- M. mit 22 Karten geb. 1,50 M.  
Pharus-Wandertour „Rund um Berlin“ . . . . . 1,50 M.  
Spezialkarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Pollmanns Bandagen.**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lehnstr. 60.  
Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

**Interessenverein der Produzentinnen und -Händlerinnen Berlins u. Umgegend.**  
Freitag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
aller Produzentinnen und -Händlerinnen Berlins und Umgegend in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Max Schütte. 2. Welchen Nutzen bietet uns eine Interessen-Organisation. 3. Diskussion. 257/20\*  
Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilsammlung statt. Der Vorstand.  
Für unsere Mitglieder! Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 18. März im Vereinslokal „Borussia-Salo“, Uckerstr. 6/7, statt. Biletts sind beim Kassierer Karl Rungheberg, am Eingang des Versammlungssaales, zu haben.

**20 Säle und Vereinszimmer**  
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.  
**Sophien-Säle** **Pracht-Säle Alt-Berlin**  
C. 54, Sophienstr. 17-18 **Blumenstr. 10**  
Tel. III 2783 **Tel. VII 3095**  
Inhaber: **Paul Baatz.**

**Opium für!** aufst. auf tiefes Glück  
**Kownoer**  
aus den Tabak-Fabriken  
**J. Goldfarb Press. Stargard**  
gegründet 1839.  
Tabac russe à priser, goût de Kowno.  
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

**Automobil-Fachschule.**  
Gebr. Windhoff, Motoren- und Fahrzeugfabrik, Rheino 1. W.  
Gründliche Ausbildung für Automobilführer. — Reichhaltiges Lehrmaterial. — Moderne Uebungs-Automobile. — Vertragliche Garantie für Anstellung. — Prospekt B. 26 gratis u. franko.

Wir empfehlen:  
**Arbeiter-Gesundheitsbibliothek**  
seit 11.  
**Frauenleiden u. deren Verhütung.**  
Nebst einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. Von Dr. J. Zadek.  
Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Partei-Angelegenheiten.

Rückgabe von Kranzschleifen.

Nachdem die Ausstellung der Kranzschleifen, welche dem verstorbenen Genossen Singer gewidmet waren, nunmehr beendet ist, stehen die Schleifen auf Verlangen den Spendern zur Verfügung...

Die Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg

findet am Sonntag, den 19. Februar, mittags 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Volkshauses, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, statt. Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse Fritz Zubeil. 3. Aufstellung des Kandidaten zur Reichstagswahl. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Preßkommission. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Die Delegierten der einzelnen Orte müssen mit Mandaten versehen sein. Als Gäste haben nur Mitglieder Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zentralvorstand:

J. A.: M. Groger, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Teget. Zu der am Sonntag, den 19. Februar, stattfindenden Kranz-Vorstellung sind noch Billets beim Gen. Bauer, Berliner Straße 92, zu haben. Die Bezirksleitung.

Waidmannslust. Freitag, den 17. Februar, im Lokal „Zum Bergschloß“: Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Gen. Stadthagen spricht über das Thema: „Nieder mit der Reaktion“.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeitgeberwahlen zum Kaufmannsgericht

wurden gestern vollzogen. Während vor zwei Jahren nur zwei Listen sich gegenüberstanden, kamen diesmal deren vier in Betracht. Die sogenannten Mittelständler hatten eine eigene Liste eingereicht, weil sie mit der zahlreiche jüdische Namen enthaltenden Liste I nicht zufrieden waren; auch die Detaillisten gingen selbständig vor.

Soweit die sozialdemokratische Liste in Frage kommt, sind für dieselbe 45 Stimmen mehr als vor zwei Jahren abgegeben worden, was einem Beisitzergewinn von drei Mandaten gleichkommt. Vor zwei Jahren erhielten wir vier Mandate, diesmal sieben.

Das Resultat ist im einzelnen das folgende:

Table with 2 columns: Liste (vereinigte Bürgerl., Sozialdemokratie, Mittelständler, Detaillisten) and Stimmen/Beisitzer.

Bei der Wahl 1908 wurden abgegeben: für die bürgerliche Liste 3926 Stimmen mit 176 Beisitzern, für die sozialdemokratische Liste 97 Stimmen mit 4 Beisitzern, insgesamt 4023 Stimmen.

Ziehen wir die bürgerlichen Stimmen zusammen, so ergibt sich eine Abnahme von 57 Stimmen, während die Stimmen für die sozialdemokratische Liste um 45 zugenommen haben.

Ueberall geht es vorwärts!

Die preussische Klassenlotterie.

Man schreibt uns: Wäre dies Weibschneider-Institut nicht vorhanden, stände es um ein paar hunderttausend Portemonnaies besser; das heißt, wer nicht spielt, gewinnt. So weit sind wir nun schon. Mit dem „Vertrauen“ auf die perficierte altpreussische Bureaokratie hapert's — wenn's nicht damit schon zu Ende ist. Wie alles in Preußen, hat auch die Verwaltungsbürokratie der Klassenlotterie zu „reformieren“ angefangen. Preussische Reform ist immer gleichbedeutend mit Gewinnerzielung oder Verschlechterung. Es wurde der Spielmodus „reformiert“. Zunächst wollte man das Unterbeamtenpersonal verringern — nicht die obersten Stellen. Den Aufsichtsräten war der Dienst zu schwer geworden. Es ist ja auch wahr: In anderen Ressorts sitzt „man“ seine paar Bureaufreuden ab und tröstet sich von dannen. Nach dem bisherigen Spielmodus gab es lange Sitzungen zu bewältigen. Wer sich eines gelegentlichen Appetits erweute, verzehrte da täglich im Dienste des Staates ungezählte Schinkenstücken. Hiermit ist es nun glücklich aus; denn sämtliche Lose marschieren in zwei getrennten Säulen auf. Derselbe Gewinn fällt — in beiden Säulen — auf ein und dieselbe Losnummer. Wenn sich der preussische Bureaokratismus genial gebildet, kommt regelmäßig was Stützendes und Moralwidriges heraus. Aber das „Verfahren“ ist „vereinfacht“ — und damit basta. Der Staat läßt sich 300 000 Lose bezahlen, die er aber bloß bis 190 000 besißt und in die mageren Gewinnchancen verurteilt. Von diesen 100 000 kommen für die Losebesitzer nur 174 000 in die Trommel. Sonach spielt der Staat, ohne Käufer zu sein, regelmäßig mit 16 000 Nummern. Es hat mit Recht böses Blut gemacht, daß bei Ziehung der ersten Klasse im Januar die beiden Hauptgewinne von je 60 000 Mark nicht auf Losnummern des Kaufpublikums, sondern auf ein „Freilos“ der Lotterieverwaltung entfielen — abgesehen von einer Klasse Kleinerer und kleinster Gewinne. Sollte bei einer Privatlotterie der Bankhalter nach dem gleichen Prinzip verfahren, das heißt: für sich die Hauptgewinne einstreichen, so ist — ganz davon abgesehen, daß sich der Staatsanwalt ins Mittel legen würde! — tausend gegen eins zu werten, daß die getäuschten Mitspieler jenem Unternehmer gründlich aufs Dach steigen würden! Die Direktion der preussischen Klassenlotterie denkt anders, nämlich ungefähr so: Das Lose laufende Publikum ist der „Zahlauser“ — die Gewinnchancen sind wir, die wir den Staat vorwärts vertreten. Der „Zahlauser“ soll's Maul halten. Wenn er's denn schon aufmacht, dann nur, um diese neupreussische Prozentkapitalismethode mit Pöbeln und Trompeten als eine gottgewollte Einrichtung zu verherrlichen. Das oder Ähnliches hat auch jener „königlich preussische Lotterieverwalter“ gemeint, der sich jüngst in einem hiesigen Blatte vernehmen ließ. Der gute Mann sagte: Die Beamtenchaft der Lotterie nebst ihren Einnehmern wüßte am besten, wie's zu machen sei; und ihrem Weisse sollte das Publikum geruhig vertrauen. O, wie weise! Es entspräche allerdings dem Korporalgeist der „Einnehmer“, die ja meist ehemals preussische Offiziere bis zu den höchsten Chargen hinauf gewesen sind, wenn das Publikum zahlt — und das Maul hält. So weit sind wir aber noch nicht; oder

besser gesagt: mit der ollen Beamtenherrlichkeit ist's vorbei. Eine Lotterie ist ein Geschäft. Kennt sie sich „königlich preussische“, so will doch damit ausgedrückt werden, daß es ein ehrliches, anständiges Unternehmen ist. Wenn früher, bei dem alten Modus, oft der Hauptgewinn oder die Prämie so auffällig unmittelbar vor einem Festtage herauszukommen Laune zeigte, konnte man noch glauben, „Gott“ spräche zuweilen aus der Maschine, um die lieben dummen Spieler extra zu erfreuen. Es ging also auch schon damals manches sehr rätselhaft zu. Jetzt glaubt man ebenfalls das Märchen von besonderen „Zufällen“ aufzudecken zu sollen, wenn große Gewinne statt wirklich gelauteten Losnummern zufallen, auf blinde Lose der Lotterieverwaltung verfallen sind. Wir wollen uns das Spätschöne erlauben, ziffernmäßig den Gewinn vorzuführen, dessen sich St. Bureaokratis bei der soeben beendeten Ziehung der zweiten Klasse zu erfreuen gehabt hat. Es sind: zwei Gewinne a 10 000, zwei a 5000, zwei a 500, vier a 400, zwölf a 300, sechzehn a 200 und 287 a 96 M. Das macht die „Reinigkeit“ von „nur“ 65 952 M.!! Es geschieht dem „Zahlauser“, deutscher Michel genannt, ganz recht, wenn er über den Köpfen barbiert wird.

Zum Scheunenviertelverkauf. Durch verschiedene Zeitungen ist die Mitteilung gegangen, daß die Ehefrau des Kaufmanns Ludner den Vertrag über den Verkauf des Scheunenviertels zwischen der Stadtgemeinde und den Herren Ludner u. Rippmann wegen geistiger Erkrankung ihres Mannes rückgängig machen wolle. Frau Ludner hatte eine dahingehende Erklärung dem Magistrat zugehen lassen. Sie hat aber gestern dem Magistrat mitgeteilt, daß ihre Befürchtungen, die sich an eine Erkrankung ihres Mannes geknüpft hätten, nicht begründet gewesen seien, daß der Gesundheitszustand ihres Mannes sich gebessert habe, und daß sie deshalb ihre frühere Erklärung widerrufen müsse.

Auch ein Nachklang des Roabiters Prozesses.

Ein Berliner Korrespondenz schreibt: Der Erste Staatsanwalt Dr. Steinbrecht, Roabit, hatte am 10. v. M. in seinem Kläoher in Sachen der Roabiters Streiktrawalle sich auch über die dortigen Wohnungsverhältnisse geäußert. Diese Äußerung war Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Verein- und zahlreichen Vereinen geworden. Dr. Steinbrecht hat Veranlassung genommen, dem Vorsitzenden des Grundbesitzervereins „Nordwest“ folgendes zu schreiben: „Auf Ihre im Namen des Vereins „Nordwest“ mündlich erfolgte Vorstellung habe ich zunächst zu erklären, daß der im „V. Z.“ und einigen anderen Zeitungen erstattete Bericht über meine Replik vom 10. v. M., soweit die Wohnungsverhältnisse in Roabit in Frage kommen, unrichtig wiedergegeben ist. Wie der in der Anlage beifolgende stenographische Bericht über meine Ausführungen vom 10. v. M. ergibt, habe ich keineswegs ein allgemein abiprechendes Urteil über die sittlichen Verhältnisse in Roabit abgegeben wollen, habe vielmehr ausdrücklich erklärt, daß meine Beobachtung sich nur auf eine beschränkte Zahl von Einzelfällen erstreckt, auf die ich durch meine dienstliche Tätigkeit hingeführt bin. Nachdem ich von den mir vorgelegten Versicherungen zahlreicher Hausbesitzer in dem Aufschwärtel Kenntnis genommen habe, bin ich gern zu der Erklärung bereit, daß, abgesehen von Einzelfällen, die sittlichen Verhältnisse im allgemeinen in den Häusern des Aufschwärtels zu Beanstandungen keinen Anlaß geben. Ich betone nochmals, daß es mir ferngelegen hat, ein allgemein ungünstiges Urteil über die Sittlichkeit in den Häusern Roabits abzugeben und ich bedauere lebhaft, daß durch die unrichtige Wiedergabe meiner Ausführungen Erregung in die Kreise der Hausbesitzer hineingetragen worden ist.“

Der Steinbrecht hat sich in seinen damaligen Ausführungen doch etwas allgemeiner geäußert, als er es jetzt gesagt haben will. Seine jetzige Erklärung ist tatsächlich ein Rückzug.

Zwei Personen beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Im Finowkanal ertrank der 12jährige Schüler Hermann Bendler. Als der Anabe im Eis einbrach, war kein Mensch in der Nähe, so daß er hilflos einen elenden Tod finden mußte. — Technisch erging es einem Kaufmann Teplaff, der auf die dünne Eisdede der Oberhavel in der Nähe von Oranienburg hinausgegangen war. Er brach gleichfalls ein und seine lauten Hilferufe verhallten ungehört. Erst einige Stunden später beobachteten andere Schlittschuhläufer den Leichnam und schafften ihn ans Land.

Eine unangenehme Ueberraschung wurde dem Vizeadmiral von Schudmann aus der Kaiserallee 171 durch Einbrecher bereitet. Eine Bande von „Plattlerjahren“ drang in die Bodenräume ein und nahm eine Reihe wertvoller Uniformen. So erbeuteten sie einen Admiralsmantel, einen Admiralsrod mit Rangabzeichen, mehrere Pelztragen usw. Als Täter kommen wahrscheinlich junge Burschen in Betracht, die einige Tage vorher sich in verdächtiger Weise in dem erwähnten Hause herumgetrieben haben.

In der Hoffmannschen Nordstraße stellt die Kriminalpolizei Nachforschungen über die Herkunft von zwei Aluminiumschlüsseln, die abgenommen von den anderen Schlüsseln in der Wohnung der Ermordeten gefunden wurden. Kein Bekannter oder Bekannter der Ermordeten will diese Schlüssel jemals gesehen haben. Zu dem Hause in der Blumenhofstr. 1 und zu der Wohnung, die Frau Hoffmann seit 18 Jahren inne hatte, passen die Schlüssel nicht. Die Kriminalpolizei hat nun Abgüsse machen lassen und läßt durch die Revier- und Vorortpolizei auf allen Grundstücken Groß-Berlins nachprüfen, wo die Aluminiumschlüssel passen. Bisher sind schon 400 Häuser ermittelt, zu deren Eingangstür der Haus Schlüssel paßt. Wahrscheinlich sind es aber noch viel mehr, die Versuche sind noch nicht abgeschlossen. Sobald die Häuser feststehen, beginnt die Untersuchung der Korridortüren zu den einzelnen Wohnungen. Die Kriminalpolizei will nichts unversucht lassen, um Licht in das Dunkel dieses Kapitalverbrechens zu bringen. Die Originalaluminiumschlüssel sind in dem Kasten des Polizeipräsidenten zur Befestigung für jedermann ausgehängt.

Ueber den Selbstmord einer Greisin wird aus der Schonenischen Straße berichtet. Die 80 Jahre alte Kaufmannswitwe Luise Lehmann, die dort mit einer unverheirateten Tochter zusammenwohnte und in auskömmlichen Verhältnissen lebte, erkrankte vor 14 Tagen an der Influenza. Das Leiden hatte sich schon erheblich wieder gebessert, die Greisin fürchtete jedoch immer, daß es wieder schlimmer werden könnte, und hatte davor große Angst. In diesem Zustande erhängte sie sich gestern, nachdem ihre Tochter zum Einholen weggegangen war.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers über den Betrieb der Wädereien und Konditoreien vom 4. März 1906 werden für die erste Hälfte des Jahres 1911 der 28. Februar, 11. und 25. März, 8., 13. und 15. April, 13. und 24. Mai, sowie der 2. und 3. Juni als solche Tage festgesetzt, an denen in Wädereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgezeichnete Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Das Großfeuer im Blücherhof.

Auf der Brandstätte im Blücherhof, Velle-Allianzstr. 3, war gestern die Feuerwehre noch in voller Tätigkeit. Die drei Löschzüge 8, 13 und 17 sind unter den Brandwehrrern Berg, Firsbach und Sandberg damit beschäftigt, die Trümmermassen aus den Räumen der dritten und vierten Etage des zweiten Obergebäudes auf den dritten Hof des Grundstückes hinauszufahren. Während der Aufräumarbeiten waren noch zwei Schlauchleitungen ausgelegt. Eine Befestigung der Brandstelle zeigt, daß die Brandmauern und feuerzerstörten Zwischenbeden vorzügliche Dienste geleistet haben, denn ohne dieselben hätte das Feuer sicher noch andere Fabriker-

triebe ergriffen. Der dritte und vierte Stoß und das Dachgebösch sind völlig ausgebrannt. Den größten Schaden erleidet die Scha-blomenfabrik von Lange u. Co., die die dritte Etage inne hatte. Die Inhaber dieser Firma beziffern den Verlust auf 50 000 bis 60 000 M., da alle Scha-blomen, Zeichnungen und Werke zerstört wurden. Die Firma unterhielt neben dem Geschäft eine Schule für Dekorationsmaler, in der junge Leute aus Rußland, Oesterreich, Ungarn, Schweden usw. unterrichtet wurden. Auch diese Schüler beklagen den Verlust ihrer Utensilien. Die Tischlerei von Teufel u. Co., die im vierten Stoß untergebracht war, erleidet nach Angabe der Besitzer auch annähernd 50 000 M. Schaden. Hier sind wertvolle Werkzeuge, Kuppelholz und Maschinen ein Raub der Flammen geworden. Entstanden ist das Feuer durch Umfallen einer Petroleumlampe bei der Firma Lange u. Co. Während des Brandes erkrankten die beiden Feuerwehrmänner Grape und Bierbach unter der Einwirkung des Rauches, so daß sie nach dem Urbanfrankenhaus geschafft werden mußten.

Ein größerer Dachstuhlbrand beschäftigte die Feuerwehre gestern früh in der Triftstraße 7. Drei Löschzüge hatten mehrere Stunden zu tun, um das Feuer auf den Dachstuhl zu beschränken, der größtenteils eingestürzt wurde.

Wer ist die Tote? Den Tod im Wasser suchte und fand ein junges Mädchen, das in der vergangenen Nacht kurz nach 1 Uhr an der unteren Schloosenbrücke vom Tiergartenufer in den Landwehrkanal sprang. Die Lebensmüde wurde zwar bald aus dem Wasser wieder herausgeholt, starb aber schon auf dem Wege nach dem Krankenhaus Moabit. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Die Tote ist etwa 16—20 Jahre alt, hat dunkelblondes, volles Haar und ein sehr schönes Gesicht und trug ein Plüschjackett, eine grau gefärbte Bluse und einen schwarzen Rock und Gürtel. Ihr linker Fuß ist etwas kürzer und wider als der rechte. Eine große Operationsnarbe und ein Brief an die Mutter deuten darauf hin, daß die Unbekannte von außerhalb nach Berlin gekommen und hier in einem Krankenhaus gewesen ist. Sie schrieb, daß sie nun bald wieder gesund sein werde, hat aber weder den Brief mit ihrem Vor- oder Zunamen unterzeichnet, noch die Adresse geschrieben.

Aus Furcht, ins Irrenhaus gebracht zu werden, sprang gestern die Frau des Eisenbahnbeamten Kerfin aus dem Fenster ihrer Simon-Dach-Strasse 16 gelegene Wohnung und blieb tot auf dem Pflaster liegen.

In der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 12. d. Mts., ist ein Damenportemonnaie mit Inhalt gefunden. Der Verlierer oder die Verliererin kann sich dasselbe im Bureau, Charitestr. 3, abholen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Ein Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sowie der Schaffung eines kommunalen Arbeitsnachweises ist von unseren Genossen an die Stadtverwaltung gestellt worden. Derselbe kommt in der heute nachmittags 6 Uhr stattfindenden Stadtverordnetenversammlung zur Beratung. Desgleichen steht u. a. ein von uns eingebrachter Antrag zur Verhandlung, welcher den Geschäftskreis der seit einigen Jahren lediglich ein Schattendasein führenden sozialen Kommission regeln soll. — Die Sitzung ist eine öffentliche.

Rixdorf.

Älternverein für Sport und Wandern. Der geplante Familienausflug findet nunmehr am Sonntag, den 19. Februar, nach dem Grunewald bzw. nach Nischelswerder statt. Treffpunkt 1/2 Uhr Bahnhof Rixdorf und Bahnhof Germaniastraße.

Wilmerdsdorf-Halensee.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Heute, Donnerstag, den 16. Februar, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr, findet im Lokal Kurfürstspark für den ersten Wahlbezirk Halensee eine Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung statt, in der ein Hausbesitzer zu wählen ist. Da unseren Parteigenossen kein solcher Kandidat zur Verfügung steht, haben sie beschlossen, ebenso wie bei den Hauptwahlen im November vorigen Jahres zu handeln und dem demokratischen Kandidaten Ludwig Engelmann, Fasanenstr. 65, ihre Stimme zu geben. Es muß auf alle Fälle die Wahl eines Nachsitzers verhindert werden, und daher empfiehlt es sich, bei der Arbeiterschaft des Bezirks nach Kräften für den demokratischen Kandidaten einzutreten.

Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Unsere Gemeinde ist von einem bösen Uebel heimgegriffen worden. Nach der Mitteilung des Gemeindevorstehers hat der Ritterschaftssekretär a. D. Karl Lehmann sein Amt als Gemeindevorsteher, nachdem er früher häufig und in den letzten fünf Monaten die Sitzungen überhaupt nicht mehr besucht, niedergelegt. Lehmann war Kandidat bezw. Vertreter eines sogenannten Rittersvereins, der von Grundbesitzern und dem konservativ-mittelständlichen Klängel gegründet worden ist mit der Absicht, ihn als Vorkamp für seine eigennützigen Interessen zu gebrauchen, ahnungslose Wähler, die von der feinen Gründung keine Ahnung hatten, einzuspeisen und die paar Räden, die das Grundbesitzerprivileg zugunsten der Nichtangesehenen noch übrig gelassen, mit gefügigen Puppen auszufüllen. Der Schmerz über den Verlust des Herrn Lehmann wird einigermaßen gemildert werden durch sein politisches Testament, welches er schließlich seiner Amtsniederlegung beifügte und das der Gemeindevorsteher mit gedämpfter Stimme zur Verlesung brachte. Es lautet: Er — Herr Lehmann — wünsche nicht, daß an seiner Stelle ein Sozialdemokrat gewählt werde. — Wir konnten leider noch nicht erfahren, wie die Hinterbliebenen des ausgeschiedenen Herrn Lehmann über seinen geistigen Nachlaß denken, ob sie die Erbschaft antreten oder wegen der überwiegenden geistigen Passiven ablehnen wollen. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft von Lichterfelde-West bei der bevorstehenden Erbschaft alles daransetzen, den Testamentvollstreckenden des Herrn Ritterschaftssekretärs einen Strich durch das Testament zu machen. Rechtswürdig ist der Umstand, daß Lehmann, obwohl seit fünf Monaten verstorben, in der Wählerliste aufgeführt war und erst jetzt infolge Einspruches durch Beschluß der Gemeindevertretung in derselben gelöscht wurde. — Ein zweiter Einspruch wurde ebenfalls als berechtigt anerkannt und die Aufnahme des Beschwerdeführers in die Wählerliste beschlossen. Zur Erhöhung der Feuerwehreinheit am Ort soll bei der hiesigen Fernsprecheinrichtung vollen Nachdienst eingerichtet werden. In den Kosten partizipieren die beiden Gemeinden Groß-Lichterfelde und Rantow; der anteilige Betrag von 1740 M. für ein Betriebsjahr wurde genehmigt. — Einer Automaten-gesellschaft aus Frankfurt soll für die Errichtung von drei Fernsprecheinrichtungen im Ort das nötige Terrain kostenlos überlassen werden. Die Auswahl der Plätze wird Sache späterer Entscheidung sein. — Eine längere Debatte entwickelte sich über den vorgeschlagenen neuen Bebauungsplan östlich der Anhalter Bahn. Ganz gegen die sonstige Gepflogenheit belamen die Vertreter der Presse diesmal vom Schöffen Dr. Reugner die farbige angefertigten Pläne zur Orientierung vorgelegt. Es sind dies Entwürfe unter Inauguration eines ausgearbeiteten Planes des Städtebau-Architekten Professors Köhlering von zweifelloser Großzügigkeit, dabei die künftige bauliche

und sonstige Entwicklung des Ortes und seines Verkehrs ins Auge fassend. Die Feststellung des Planes soll mit möglicher Beschleunigung erfolgen, da gleichzeitig mit dem Eisenbahnstufwerk wegen der Weiterführung des Vorortverkehrs nach Lichterfeld-Süd in Verhandlung getreten und die Angelegenheit energisch gefördert werden soll. — Der letzte und wichtigste Punkt betraf die Stellungnahme der Gemeindevertretung zum Zweverband Groß-Berlin. Bei der hierorts beliebigen Heimlichkeitsräumerei war sie der geheimen Sitzung vorbehalten. Bernünftigerweise wurde die Verhandlung in öffentlicher Sitzung beschlossen. Schöffe Lengner begründete die an den preussischen Landtag abzugehende Resolution, die eine Aenderung des Gesetzentwurfs dahingehend verlangt, daß Groß-Lichterfeld und die anderen mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildenden, dem Kreis Teltow angehörenden Vorortgemeinden als selbständige Mitglieder des Zweverbandes aufgenommen werden und daß diese Gemeinden einzeln, bezw. die kleinen gruppenweise, eine Vertretung im Verbandsausschusse erhalten. Die Diskussion ergab, daß die Majorität dem Gesetze an und für sich ablehnend gegenüberstand. In einem Punkte waren sich alle Vertreter der bürgerlichen Klasse einig: in der Abneigung gegen die Uebernahme der Schullasten auf den Verband. Diese Forderung würde eine Entlastung der ärmeren Orte bedeuten und dagegen stemmen sich die Geldadventuren der reichen westlichen Vororte mit aller Gewalt. Dem Schöffen Lengner erschöpfte das interessante Geständnis, daß nicht die Volksschulen, sondern die hohen Schulen, die Lehranstalten für die Sprosslinge der besitzenden Klasse die Gemeinde — speziell Lichterfeld — ungeheuer belasten und meinte dann, daß bei Uebernahme der Schullasten auf den Verband auch jene der höheren Schulen mit übernommen werden müßten, so daß die ärmeren Orte auch diese mit zu tragen hätten, sie also noch höher belastet wären wie vorher. Diese Idee ist nicht unheil; ein Zwangsverband mit erhöhter Belastung der armen Gemeinden zugunsten der reichen — diese in würden die Lichterfelder sowohl wie die übrigen westlichen Vororte einmütig mit Begeisterung zustimmen. Für diesen „Kommunismus“ dürfte selbst der Herr Gemeindevorsteher Schulz zu haben sein. Die Arbeiterklasse möge sich aber diese Ausführungen über die Kosten der hohen Schulen merken für den Fall, daß ihr wieder einmal von einem bürgerlichen Schreiber die „Aufwendungen“ für die Volksschule vorgerechnet werden sollten.

### Zehlendorf (Bannseebahn).

Dem Bewähren der Gemeindevertretung, den Fehlbeitrag von 300 000 M. an dem Etat durch Abstriche herauszuwirtschaften, kann nur insofern etwas gesteuert werden, als wir dieselbe auf mögliche Abstriche aufmerksam machen wollen. Es sind eingestellt beim Gymnasium 1420 M. als Beitrag zur Aulvereinigung des Bestens. Zu dem gleichen Zweck sind bei der Realschule noch einmal 1000 M. eingestellt, so daß also Zehlendorf für das Vergnügen, das etwa 40 höhere Schüler beim Rudern haben sollen, in diesem Jahre schon 2400 M. gegen 1400 M. im Vorjahre aufwenden will. Wir brauchen nicht erst zu erwähnen, daß man bei den Volksschulern für solche Vergünstigungen kein Geld aufwendet, abgesehen von den 400 M., die für den Schwimmunterricht der höheren Klassen aufgewendet werden sollen. Weiter müßte es eigenartig an, daß für die Zeitung der Jugendspiele beim Gymnasium, der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule zusammen 1670 M. ausgegeben werden sollen, während die drei Volksschulen schon mit 1000 M. auskommen. Für die Reinigung der Turnhalle nach dem Turnen der Lehrlingsabteilung sind 75 M. eingestellt. Der Betrag ist zwar gering, aber er erregt bei der Arbeiterklasse Befremden, weil dem Arbeiterverein unsere Gemeindegeldkassette nicht zur Verfügung steht. Weiter läßt der Etat jeden Fortschritt vermissen, soweit es sich um die ärztliche Ueberwachung der Schulkinder handelt. Die bisherige nebenamtliche Tätigkeit eines Arztes ist für diesen Zweck völlig ungenügend. Öffentlich nehmen die Vertreter bei ihrer Weiterberatung auf diese Anregungen, die den Wünschen der Arbeiterklasse Zehlendorfs entsprechen, etwas Rücksicht.

### Wannsee.

Mit den kommunalen Angelegenheiten des Ortes beschäftigte sich unter anderen die letzte Wahlvereinsversammlung. Da unsere Partei im Ortsparlament nicht vertreten ist, so nimmt ein Genosse immer als Zuhörer die Sitzung wahr, um von Zeit zu Zeit mitteilen zu können, was im Räte der „Auserlesenen“ gespielt wird. In der letzten Sitzung bekam unser Genosse zu hören, daß die Gemeinde jährlich an die Eisenbahn dafür 12 000 M. zahlt, daß täglich einige Schnellzüge — hier Dankerzüge genannt — halten. Für eine billige Fahrgelegenheit vom unteren Ortsteil, in dem nur Arbeiter wohnen, welche jeden Morgen reichlich eine halbe Stunde nach dem Bahnhof laufen müssen, ist kein Geld vorhanden. Weiter von Interesse war, daß die Gemeinde beim Bau des Teltowkanals ihren reichlichen Zuschuß zahlte, ohne sich in den Besitz einer schriftlichen Abmachung zu bringen, daß die Durchfahrt auf dem Kanal den hiesigen Einwohnern gestattet sei. Herr Landrat v. Stubenrauch hatte hierzu sein Wort gegeben. Da er inzwischen verstorben ist, hat man nichts in Händen, und so muß jetzt viel Linte fließen. Abhilfe der hier dargelegten Zustände kann nur durch die Wahl von Sozialdemokraten in das Gemeindeparlament erfolgen. Für die Agitation zu den kommenden Reichstagswahlen wurde ein Wahlkomitee eingesetzt.

### Ober-Schöneweide.

Die Berliner Elektrizitätswerke haben nach einem mit der Grundrentengesellschaft (der Begründerin des Ortes) geschlossenen Vertrage das Recht erwirbt, in den Straßen des Ortes ohne Entschädigung an die Gemeinde Kabel zu verlegen. Für die Gemeinde bedeutet dies eine große Last, da die Gesellschaft nicht einmal an eine Bestimmung gebunden ist, wann und wo die Arbeit vorgenommen werden muß. So kann es kommen, daß erst eben hergestellte Straßenbefestigungen durch solche Arbeiten wieder aufgerissen und dadurch verelendert werden. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Vergünstigung bereits auf andere Straßen ausgedehnt ist, als wie sie der Geltungsbereich des Vertrages vorsieht; derselbe nimmt nur auf die Straßen und Plätze Bezug, welche bei Abschluß des Vertrages vorhanden waren. Aus diesem Grunde wird die Gemeindevertretung in nächster Zeit eine Vorlage beschließen, welche die Entschädigungspflicht der Berliner Elektrizitätswerke regelt.

Feuer im Kabelwerk Oberspree. Auf dem Gelände des Kabelwerkes Oberspree der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft brach gestern nachmittag bald nach 4 Uhr ein größerer Schuppenbrand aus. Das Feuer griff rapide um sich und entwickelte ungewöhnlich starke Rauchwolken, so daß der Rauch weitlich sichtbar war. Aus diesem Grunde eilten auch die freiwilligen Feuerwehren von Ober-Schöneweide und Johannisthal herbei. Sie brauchten aber nicht sonderlich in Tätigkeit zu treten, da die Fabrikfeuerwehr schon einen wirksamen Lösungsangriff unternommen hatte. Durch unausgesehtes Wassergeben konnten die Flammen auf den Schuppen beschränkt bleiben. Die eigentlichen Fabrikgebäude waren nicht gefährdet. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht genau festgestellt werden, doch wird Selbstentzündung vermutet.

### Lankwitz.

Zu der Gemeindevertreterversammlung ging die Forderung der Gemeindevertreter, den Etat mit den dazu gehörigen Steuerentwürfen in einem Abend zu erledigen, nicht in Erfüllung. Ein Antrag, den Punkt „Etatberatung“ in einer neu einzuberufenden Sitzung zu erledigen, wurde angenommen, da den Gemeindevertretern die von der Finanzkommission geänderten Einzelentwürfe so spät zugegangen waren, daß dieselben nicht genügend Kenntnis davon nehmen konnten.

Dem Ausbau der Straße 6 am Rathaus, sowie der Pflasterung des Rathausplatzes wurde zugestimmt; gleichzeitig soll von dieser Seite ein Durchgang zum Bahnhof geschaffen werden. Die Grundsteuerordnung führte zu einer lebhaften Debatte. Bisher wurden

für unbebaute Grundstücke 3 vom Tausend erhoben; in Zukunft sollen die unbebauten Grundstücke höher besteuert werden wie die bebauten. Für dieses Jahr gelangen für bebauten Grundstücke 2,80 M. und für unbebaute 4 M. vom Tausend zur Erhebung. Die Grundbesitzer stellten den Antrag, in der Steuerordnung folgenden Passus aufzunehmen: „Die Ackergrundstücke, welche sich noch im alten bäuerlichen Besitz befinden und landwirtschaftlich benutzt werden, sind nicht höher zu besteuern als die bebauten Grundstücke.“ Der Antrag wurde jedoch gegen vier Stimmen abgelehnt und die Steuerordnung angenommen. Zu einem bebauten Grundstück rechnet außer den Gebäuden noch das fünfzehnfache der Grundfläche der Gebäude, jedoch nicht über 25 Ar hinaus. Die Höhe der Grundsteuer soll jedes Jahr festgesetzt werden.

Eine Ergänzungssteuer zur Gewerbesteuer wurde ebenfalls angenommen. Betroffen werden von derselben die Betriebe, welche zur Klasse I und II veranlagt sind, oder deren Anlage- und Betriebskapital mindestens 150 000 M. beträgt, mit 1/2 vom Tausend; Betriebe, welche mehr als 75 Personen beschäftigen, mit 10 M. für jede beschäftigte Person.

Die Einführung einer Schankkonzessionssteuer wurde nach langer Debatte abgelehnt, trotzdem der Finanzausschuß dieselbe schon bedeutend herabgesetzt hatte.

Auch die Erhöhung der Hundsteuer sollte die Finanzlage etwas aufbessern helfen; es wurde jedoch ein Antrag angenommen, wonach der erste Hund 15 M. (wie bisher), jeder weitere 30 M. (bisher 25 M.) kosten soll.

### Diensdorf (Kreis Beeskow).

„Kriegervereine, Veteranenbeihilfe und Sozialdemokratie“ lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung, die am Sonntag, den 12. Februar, hier selbst im Lokale des Herrn Ludwig stattfand. Der Referent, Genosse Fritz Jubeil, beleuchtete in 1 1/2 stündiger wirksamer Rede die Praktiken der angeblich unpolitischen Kriegervereine sowie die arbeiterfeindliche Tendenz ihrer Zeitungen. — Er wies nachdrücklich auf den unerhörten Terrorismus hin, der fortgesetzt von der Leitung der Kriegervereine mit Hilfe der reaktionären preussischen Beamtenchaft gegen Arbeiter und Gastwirte geübt wird, und kennzeichnete eingehend das Verhalten der Regierung bezüglich der Veteranenbeihilfe. Die Versammelten lobten den Redner durch reichen Beifall und stimmten mit großer Mehrheit einer Resolution zu, in der sie sich mit den Ausführungen einverstanden erklärten und in ihrem Sinne zu handeln versprachen. — Bei der Abstimmung zeigte sich recht kräftig die Einschüchterung der hiesigen Bevölkerung dadurch, daß die Minderheit nicht gegen die Resolution stimmte, aber auch nicht wagte, für dieselbe zu stimmen. — Der Rittergutsbesitzer Osteroth, der kürzlich mit dazu beitrug, daß eine vor einigen Wochen abgehaltene Versammlung der Auflösung verfiel, hatte es dieses Mal vorgezogen, einer weiteren Diskussion aus dem Wege zu gehen und nicht zu erscheinen.

### Bernau.

Der Stadtverordnetenversammlung wurde durch eine Magistratsvorlage die Beseitigung der Baumängel am Liepziger-Restaurant unterbreitet. Genosse Helbig erkundigte sich nach dem Resultat des wissenschaftlichen Gutachtens über die Unterföschung des schadhaften Holzes. Worauf vom Bürgermeister die Erklärung abgegeben wurde, daß mit Rücksicht auf die Kosten — soll wohl heißen mit Rücksicht auf den bauausführenden Stadtverordneten Vach — von der Unterföschung Abstand genommen worden sei. Daraufhin beantragte Genosse Helbig die unbedingte Unterföschung, welche mit 17 gegen 3 Stimmen angenommen wurde. Die Bewilligung einer Subvention in Höhe von 3000 M. für die höhere Anabenschule rief eine lebhafte Diskussion hervor. Vom Bürgermeister wurde ein langes Schreiben des Professor Pfeffer, dem Besitzer dieser Schule, verlesen, worin derselbe den Lehrplan der Schule bekanntgab und die Griften der Schule von einer Bewilligung von 4000 M. abhängig machte. Ferner berichtete der Bürgermeister von den Verhandlungen der Kommission, welche sich mit der Uebernahme der Schule in städtische Regie befaßt habe. Danach fordert der Professor den von ihm für die Schule gezahlten Betrag von 10 000 M. und eine Entschädigung für die Konzeption, welche ihm als Schulleiter von der Regierung genehmigt ist. Die Kommission habe dieser Forderung nicht zugestimmt. Da aber der Bestand der Schule gefährdet und nach Meinung des Bürgermeisters eine solche Schule am Orte für diejenigen Eltern, welche ihre Kinder in dieselbe schicken wollen, unbedingt nötig ist, empfahl derselbe der Versammlung die Annahme einer Magistratsvorlage, wonach eine Subvention von 3000 Mark bewilligt werden sollte. Genosse Krüger, als Mitglied der Kommission, empfahl die Ablehnung der Vorlage. Genosse Helbig erklärte gleichfalls, daß die dritte Abteilung nicht für einen Pfennig Subvention zu haben wäre, wohl aber geneigt sei, in Verhandlungen betreffs Uebernahme in städtische Regie einzutreten, da nur dadurch der Stadtverordnetenversammlung ein Mitbestimmungsrecht gesichert sei. Er verlangte die Anschließung der höheren Schule ohne Vorschussfrage an die Gemeindefschule, damit es nicht allein den Kindern der Besitzenden ermöglicht werde, höhere Bildung zu erlangen, sondern die tatsächlich begabten Kinder dieser Schule zugeführt werden. Der Bürgermeister bezeugte es als einen Irrtum unseres Genossen, daß nach Uebernahme der Schule in städtische Regie die Stadtverordnetenversammlung ein Wort mitzureden hätte, worauf ihm Genosse Helbig entgegnete, daß sich die Stadtverordneten das Recht des Mitredens niemals werden nehmen lassen. Sonderbare Anwandlungen überkam den Bürgermeister, als Genosse Krüger den Wunsch aussprach, daß, wie in der höheren Schule auch in der Volksschule wöchentlich nur zwei Religionsstunden abgehalten werden müßten. In nichtöffentlicher Sitzung wurde über die Bewilligung der Subvention weiter verhandelt. Die Bürgerlichen hatten es während der Pause durch Handel bis auf 2000 M. Subventionsbewilligung gebracht. Diesem Sach wurde mit 12 gegen die 8 Stimmen unserer Genossen und eines Bürgerlichen zugestimmt.

### Spandau.

Raum ist ein neuer Straßenbahntarif eingeführt worden, der im wesentlichen eine Verteuerung der Arbeiterfahrarten, dagegen eine Verbilligung der Fahrten für die wohlhabenden Kreise durch Vündelfahrweise und Abonnementfahrarten mit sich brachte und schon trägt man sich in städtischen Verwaltungskreisen mit der Absicht, wieder eine Veränderung des Straßenbahntarifs vorzunehmen, weil die Einnahmen der Straßenbahn zurückgegangen oder nicht in dem Maße gestiegen sind, wie es die Einstellung von Schaffnern erfordert. Der neue Tarif soll auf derselben Basis geändert werden, wie der zu Anfang dieses Jahres eingeführt. Es ist nämlich beabsichtigt, die Vündelfahrweise, die sich als unbenutzt erwiesen, abzuschaffen und die Abonnementfahrarten erheblich zu verbilligen, dagegen aber die Arbeiterwachenarten, die jetzt 60 Pf. pro Woche kosten auf 80 Pf. resp. 1 M. zu erhöhen. Schon die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben und man darf gespannt sein, was die Stadtväter beschließen werden. Das Schmerzkind bei der Straßenbahnfrage ist zweifellos die Rommendammstraße, die jährlich einen nicht unerheblichen Zuschuß erfordert. Es rächt sich jetzt, daß man die Bahn nicht ganz seitens der Stadt übernommen hat. Die Firma Siemens u. Schuckert ist nämlich auch an dieser Bahn beteiligt und zwar hat man ihr den eintägigen Teil, nämlich den Gütertransport, überlassen. Außerdem ist die Bahn viel zu teuer bezahlt worden. Es liegt im Wesen der bürgerlichen Kommunalpolitik, daß erst verchiedene Privatgesellschaften das Fett abschöpfen. Die Arbeiter Spandaus werden sich eine Verteuerung der Fahrgelegenheit nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

### Potsdam.

Der Tod im Theater. Im Potsdamer Schauspielhaus ereignete sich vorgestern ein tragischer Vorfall. Eine in der Mittelstraße wohnhafte 83 jährige Dame hatte mit ihrer Tochter eineloge im zweiten Rang besetzt und lauschte dem Vorspiel des Orchesters, als sie von einem Unwohlsein befallen wurde. Man holte sofort die

antwefenden Samariter vom roten Kreuz herbei und requirierte einen Krankenwagen. Noch bevor dieser eintraf, konnte ein antwefender Arzt zu Rate gezogen werden und ihm war nur mehr die Feststellung des eingetretenen Todes möglich.

## Aus der Frauenbewegung.

### Forderungen der Arbeiterfrauen zur Wittwen- und Waisenversicherung.

Beim öffentlichen Veranlassungen für Frauen fanden am Dienstag im sechsten Berliner Reichstagswahlkreise statt. Sie beschäftigten sich alle mit dem gleichen Thema. Die Wittwen- und Waisenversicherung war es, die einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. In großer Zahl waren die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse dem Rufe unserer Genossinnen gefolgt. Die Veranlassungen waren alle gut besucht, und zwar fast nur von weiblichen Zuhörerinnen. Ein erfreuliches Zeichen für das wachsende Interesse der Arbeiterinnen an öffentlichen Angelegenheiten und der Sympathie für die Sozialdemokratie. — Als Referentinnen sprachen die Genossinnen Ottilie Vaader, Regina Friedländer Marie Greifenberg, Gertrud Hanna, Luise Köhler, Anna Matsche, Marija Tisch, Kathilde Sturm, Clara Wehl, Luise Tisch.

Eingehend beleuchteten die Rednerinnen die Regierungsvorlage. Seit Jahren wurde die Wittwen- und Waisenunterstützung als die Krönung des sozialen Gebäudes gepriesen und nun sehen wir das Werk vor uns, welches ein Höhepunkt auf den Gedanken einer Rentengewährung an Arbeiterwitwen und -waisen. Was den Wittwen und Waisen der Arbeiter als „Krönung des sozialen Gebäudes“ geboten wird, das weisen sie mit Protest zurück und verlangen ausreichende Unterstützung.

Was die Referentinnen vortrugen, fand den lebhaften Beifall und die ungeteilte Zustimmung der nach Tausenden zählenden Zuhörerinnen. Tausende von Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse gaben ihrer Stellung zur Wittwen- und Waisenversicherung Ausdruck, indem sie in allen Veranlassungen einstimmig diese Resolution annahmen:

„Die Veranlassungen erblicken in der Reichsversicherungsordnung ein reaktionäres, arbeiterfeindliches, minderiges Bureaukratenstückwerk, das nicht im entferntesten den Anforderungen einer einheitlichen, großzügigen Sozialgesetzgebung entspricht. Vor allem bleiben die Bestimmungen des Entwurfes der Hinterbliebenenversicherung weit hinter den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zurück. Als Minimum einer wirksamen Hinterbliebenenversicherung fordern die Veranlassungen:

1. Die Versicherungspflicht ist auszudehnen auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten und diesen sozial und wirtschaftlich gleichgestellten Personen, deren Jahresarbeitsverdienst 5000 M. nicht übersteigt.
2. Jede Beitragsklasse hat den vollen Jahresarbeitsverdienst des Versicherten zu erfassen. Die Zahl der Beitragsklassen ist entsprechend zu erhöhen.
3. Wittwenrente ist allen Wittwen der Versicherten zu gewähren in der Höhe von mindestens 30 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Inwieweit Wittwen ist die Rente auf 33 1/2 Proz. zu erhöhen.
4. Für jedes hinterbliebene, unter 16 Jahre alte Kind ist eine Waisenrente ebenfalls in der Höhe von mindestens 30 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen zu gewähren.
5. Bei mehreren Kindern findet die Gesamrente ihre Grenze, sobald sie die Höhe von 100 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen erreicht hat.
6. Uneheliche Kinder sind den ehelichen gleichzustellen. Den ehelichen Müttern sind die Mütter unehelicher Kinder gleichzustellen, wenn deren Unterhalt größtenteils von dem Verstorbenen bestritten worden ist.
7. Den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit seines Todes im Inland nicht ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben, steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente zu.“

### Leseabend.

Wilmersdorf-Palast. Freitag, 17. Februar, im Lokal von Schilling, Lauenburger Straße 20. Frau Dr. Paula Rosenkhal spricht über „Frauenkrankheiten“. Gäste, nur Frauen, haben Zutritt.  
Steglit. Freitag, den 17. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Seigmann

### Veranstaltungen — Veranlassungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Rüdich, Steglitzer Straße 35. Vortrag von Fr. Ida Baar: „Dein Haus sei Deine Welt!“

### Briefkasten der Expedition.

Deutscher Arbeiter- stenographenbund, Nowawes. Vereinsinsulare können wir nur aufnehmen, wenn sie mit dem Vereinskomitee versehen sind. Auch wollen Sie die Adresse des Kassierers angeben.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise in lebendem Geflügel ansehend, sonst unverändert. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ruhig, Preise weiter nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr genügend, Geschäft sehr ruhig, Preise wenig befriedigend.

### Witterungsüberblick vom 15. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. man.	Wind- richtung.	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. d.	Stationen	Barometer humb. man.	Wind- richtung.	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. d.
Schwetznitz	771	S	4	bedeckt	-4	Radaranda	753	SSW	4	bedeckt	-5
Damburg	770	SSW	4	bedeckt	1	Petersburg	763	SSW	3	Schnee	-7
Berlin	772	SSW	1	bedeckt	-3	Stettin	775	SSW	4	bedeckt	2
Kranitz	775	SSW	3	bedeckt	-2	Merseburg	768	SSW	5	molten	2
Rahden	778	SSW	5	bedeckt	-6	Carls	777	SSW	1	bedeckt	-2
Wien	780	SSW	0	bedeckt	-11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 16. Februar 1911. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und sehr lebhaften westlichen Winden; später langsam aufklarend und neue Abkühlung.

### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand			
am 14. 2.	13. 2.	am 14. 2.	13. 2.		
am	am	am	am		
Remel, Mühl	218 <sup>1)</sup>	-2	Saale, Großh.	92	-12
Regel, Jüterburg	14 <sup>2)</sup>	0	Saale, Spandau <sup>3)</sup>	108	0
Reichel, Thorn	146 <sup>3)</sup>	-8	Rathenow <sup>3)</sup>	134	+1
Oder, Rathor	146 <sup>3)</sup>	-6	Spree, Spremberg <sup>3)</sup>	112	-4
„Kroffen	178 <sup>3)</sup>	-17	Beeskow	193	-1
„Frankfurt	199 <sup>3)</sup>	-13	Beier, Röhben	-41	+1
„Bardie, Schrimm	100 <sup>3)</sup>	+70	Beier, Röhben	32	+6
„Landsberg	10 <sup>3)</sup>	-2	Reiu, Ragnitzkanal	298	-1
„Rege, Vordamm	11 <sup>3)</sup>	-9	„Raub	137	-3
„Eibe, Zeimberg	17	+11	„Röh	133	-4
„Dresden	-14	+4	„Redar, Heilbrunn	75	-4
„Bardo	169 <sup>3)</sup>	-5	„Rain, Wertheim	158	-2
„Magdeburg	141 <sup>3)</sup>	-5	„Kotel, Eritz	70	+1

<sup>1)</sup> + bedeutet Sturz, - Fall. — <sup>2)</sup> Unterpegel. — <sup>3)</sup> Hochstand. — <sup>4)</sup> Niedrigung. — <sup>5)</sup> Eisbreiten.

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 16. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Salome.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der  
 Störenfried.  
**Deutsches. Diphelo.**  
**Kammerspiele.** Der Neffe.  
 (Anf. 8 Uhr.)  
 Anfang 8 Uhr.

**Neues königl. Opern-Theater.**  
 Geschlossen.  
**Neues Schauspielhaus.** Faust.  
 I Teil. (Anf. 7 1/2 Uhr.)  
**Leffing.** Die Ratten.  
**Königliche Oper.** Die Bohème.  
 Kleines. Die verfluchten Frauen-  
 gimmer. I. Akt. Baricid.  
**Neues Opern-Theater.** Die schöne  
 Rhetta.

**Berliner. Sammelstudien.**  
 Welten. Das Puppenmädchen.  
**Neues. Rein erleuchteter Ahnherr.**  
 Trianon. Hippolytes Abenteuer.  
 Neff. 13. Barifer Mann.  
**Edeltheater.** Goldene Hochzeit.  
**Schiller O. (Königl. Theater.)**

**Der Kaiser.**  
 Schiller-Charlottenburg. Nathan  
 der Weise.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
 Wilhelm Tell.  
**Volkoper.** Der Troubadour.  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Lichtspielhaus.** Das Objekt.  
**Aufführungstheater.** Meyers.  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Suffen.** Das große Licht.  
**Woburn.** Der Feldwebel.  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Wole.** Der Herrgottshüter von  
 Ammergan.

**Herrnfeld.** Eine verlorene Nacht.  
 Er, Sie und Er.  
**Folies Caprice.** Der Feldwebel.  
 Hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metrovot.** Hurra — Wir leben  
 noch!

**Kafino.** Nalle Wippen.  
**Apollo.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Wolke.** Das Buchstabe oder: Die  
 Mütter und ihr Kind.  
**Reichshallen.** Steiner Sängers.  
**Canouet.** Spezialitäten. (Anfang  
 8 1/2 Uhr.)

**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Walhalla.** Franz Dacapo! (An-  
 fang 8 1/2 Uhr.)  
**Wedding.** Lichtspiele.  
**Urania.** Tautenstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr: Was uns der Mond  
 erzählt.

**Verfall.** Abends 8 Uhr: Professor  
 Dr. F. Rathgen: Die Luft.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57—62

**Lessing-Theater.**  
 8 Uhr: Die Ratten.  
 Freitag 8 Uhr: Die Ratten.  
 Sonnabend 7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
 Die Kinder.

**Berliner Theater.**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Bummelstudien.**

**Neues Theater.**  
 Täglich:  
**Mein erleuchteter Ahnherr.**  
 Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: Das Puppenmädchen.  
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die ge-  
 schiedene Frau.

**Modernes Theater**  
 (früher Hebbeltheater).  
 Abends 8 Uhr:  
**Doppelmeasch.**

**Berliner Volkoper**  
 Belle-Alliancestraße 7/8. — 7/8 Uhr:  
**Der Troubadour.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
 Donnerstag, 16. Febr., abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**

Freitag zum erstenmal: Einbeirat.  
 Sonnabend Opern-Aufführung:  
 Pignos Hochzeit.  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Streit im Frieden.  
 8 Uhr: Einbeirat.

**Residenz-Theater,**  
 Direktion: Richard Alexander.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Parifer Mann.**

Drei Gänge von Georges Feydeau  
 und Weber-Abic.  
 1. Gang: „30 Meter über Paris“,  
 1 Akt von Weber-Abic.  
 2. Gang: „Eine Nachtschicht“, 1 Akt  
 von Georges Feydeau.  
 3. Gang: „Nach dem Wundersch-  
 ball“, 1 Akt von Georges Feydeau.  
 Sonntag, den 19. Februar, nachm.  
 3 Uhr: Kammerspiel zum Jubiläum.  
**Lustspielhaus.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das Objekt.**

**Luisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das große Licht.**  
 Schauspiel in 4 Akten u. 3 Bildern.  
 Sonnabend 4 Uhr große Kinder-  
 vorstellung: **Max und Moritz.**  
 Sonntag nachm.: Der Millionen-  
 junge. Abends neu einstudiert: Der  
 jüngste Leutnant.  
 Montag: Das große Licht.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Taubenstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Was uns der Mond erzählt.**  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Professor Dr. F. Rathgen:  
**Die Luft.**

**Kaiser-Panorama.**  
 3. 1. Mal: IV. Wanderung in  
 Venedig. 2. Woche: III. Tour  
 im höchsten Schwarzwald.  
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.  
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Bei aufgehobenem Abonnement  
 zum erstenmal:  
**Der Herrgottshüter**  
 von Ammergan.  
 Volksstück in 5 Akten von Gang-  
 hofer und Neuert.  
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
 Freitag: Vorberbaum u. Verel-  
 jab. Sonnabend, Sonntag: Der  
 Herrgottshüter von Ammergan.  
 Sonnabend nachm.: Frau Holle.  
 Sonntag nachm.: Don Carlos.

**Apollo**  
 Theater  
 Abends 7 Uhr:  
**Nur noch kurze Zeit!**  
 Das kolossal-Programm  
 10 große Attraktionen.  
 9 1/2 Uhr:  
**Ganz Berlin lacht Tränen**  
 über  
**Otto**

**Reutter.**  
**Metropol-Theater.**  
**Hurra!**  
**Wir leben noch!**

Große Aufführungstheater in 7 Bildern  
 u. 8. Freund. Musik u. B. Holländer.  
 In Szene gesetzt von Dr. A. Schult.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**  
 Die berühmte chines. Tragödie  
**Md. Chung**  
 m. ihrem chines. Schauspiel-Ensemble:  
 „Im Reiche des Drachens“  
 Chines. Schauspiel (nach einer  
 alten Legende) in 2 Akten.  
 MIS Orford, Elefantendressurakt.  
 La belle Leonora, span. Tänzerin.  
 The Kellins, ein Fest in Venedig.  
 The 6 Geishas, jap. Geig-Tanz-Tr.  
 Fred Marlon, Instrument-Imitator.  
 Fioreuse and Lillian, Musikal-Akt.  
 Les Pissittis, Gladiatoren u. Pferde.  
 Morris Cronin Truppe, mod. Jongl.  
 „Durga“, das fliegende Pianino.  
 Les Marquards, in ihrer Szene „Im  
 Walsenwahn“. Biograph, n. Aufn.

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr.  
**Sgr. Ordone**  
 der spanische Caruso.  
 Schneider-Duncker  
 Les Vignacs  
 u. d. kolossale Fabr.-Prog  
 14 neue Varieté-Attraktion.

**Herrnfeld**  
 Theater  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
**Zwei Schlager:**  
**Eine verlorene Nacht.**  
**Er, Sie und Er**  
 mit Anton und Donat Herrnfeld in  
 den Hauptrollen.

**Casino-Theater**  
 Ledeburger Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
 Monatslang total ausverkauft!  
**Julie Wippen!**  
 Ein echtes Berliner Volksstück.  
**Julie Wippen!**  
 Man lacht Tränen über  
**Julie Wippen!**  
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutstulch.

**Passage-Panoptikum.**  
**Lapland in Berlin.**  
**Eine Kolonie**  
 Frauen, Männer,  
 Kinder,  
 in ihr. Leben, Sitten u. Gebräuch.  
 Zum 1. Male in Berlin!  
 in ein. eigens erbauten Polardorf.  
**Ohne Extra-Entree!**

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Kaiser.**  
 Eine Tragödie in 5 Akten von Hans  
 v. Rahlberg u. D. Elden. G. 11 Uhr.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Egmont.**

**Bunter Abend.**  
 Sonntag, den 19. Februar, 7 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.  
 Mitwirkende:  
 Dr. Sibel (Violine), königl. Kammermusiker Manke (Cello),  
 Fr. Schumann (Sopran), Berthold Pusch (Bariton), Margarete  
 Walkotte, Erwin Feustel (Pianist), Emil Heß (Schauspieler).  
 50 Pfennig im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15.  
 Abendkasse 60 Pfennig.

**„CLOU“**  
**BERLINER KONZERTHAUS**  
 Mauernstr. 82. Zimmerstr. 90-91  
 Eintritt 50 Pf.  
**Gastspiel v. Johann Strauß**  
 aus Wien mit seiner vollständigen Kapelle  
 und seinen Walzern. — Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: **Johann Strauß mit seinen Walzern.**  
 Sonnabend, den 18. Februar, abends 9 Uhr: **Mimosenfest,**  
**Riviera-Frühling in Berlin.** Eintritt 3 Mark.  
 Karten im Invalidendank u. Verkehrsbureau Potsdamerplatz (Café Josty).

**Brauerei Friedrichshain.**  
 Am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
 Morgen, Freitag: **Ellertag.**  
**Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.**  
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
 Der berühmteste Zeitweil

**Schorsch Schrenguber**  
 mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Vorkarten haben volle Gültigkeit.

**Sport-Palast**  
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.  
**Größter Eispalast der Welt.**  
**Feerie „Karneval am Nordpol“.**  
 200 Eiskunstläufer. X. Prachtvolle Ausstattung.  
 Unerreichbare Lichteffekte. X. 3 Musikkapellen.  
 Raum für 10.000 Personen. X. Unterricht im Eislauf.  
**Vormittags-Konzerte.**  
 Sonntags 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

**Excelsior-Lichtspielhaus**  
**Rixdorf, Bergstr. 151/152** (Passage Richardstraße)  
 Anfang: wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 8 Uhr nachm.  
**Monaldeschi. Historischer Schlager.**  
**Das Duell aus Eifersucht. Drama a. d. wilden Westen.**  
**Moritz und der Sonnenschirm. Sehr ulkig.**  
**Der mutige Bräutigam. Herrn Haases Erlebnisse etc.**

**Arnold Scholz** **Neue Welt** **Rosenfelde**  
 109—114  
**Heute, Donnerstag, den 16. Februar:**  
**Gr. Bockbierfest**  
**in den bayerischen Alpen.**  
**Prämiierung**  
**der größten Dame,**  
 in Groß-Berlin geb., nicht über 30 Jahre.  
 Legitimation ist mitzubringen. — Anmeldungen bis 10 Uhr  
 abends an der Kasse.  
 Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

**Theater Sanssouci**  
 Hochbahnstation Rothbuser Tor.  
 8 1/2 Uhr: Gastspiel  
**National-Sporting-Troupe**  
 Training für die großen  
**Boxkämpfe.**  
**Grete Gallus**  
**Paul Förster.**  
**Die von da drüben.**  
**Trianon-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Hippolyte's Abenteuer.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Nathan der Weise.**  
 Ein dramatisches Gedicht in fünf  
 Akten v. G. E. Lessing. Ende 11 Uhr.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Marla und Magdalena.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Fee Caprice.**

**Freie Volksbühne**  
 Neues Schauspielhaus  
**Monna Vanna.**  
**Genoveva.**  
 Leffing-Theater  
 Extravorstellung  
**Vor Sonnenaufgang.**  
 Thalia-Theater  
 Operette  
**Die schöne Helena.**  
 Residenz-Theater  
**Die 300 Tage.**  
 Herrnfeld-Theater  
**An d. Reiches Pforten.**

Sonntag, den 19. Februar:  
**WINTERFEST**  
 in den Festsälen der NEUEN PHILHARMONIE,  
 Köpenicker Straße.  
**Kammermusikabend**  
 unter Leitung des königl. Konzertmeisters Prof. Bern-  
 hard Dessau, der Konzert- und Opernsängerin Frau  
**Sophie Heyman-Engel** und des Konzertängers  
 Herrn Anton Sistrernans.  
**Ball- und Gesellschaftsabend.**  
 Anfang 6 1/2 Uhr.  
 Festmarken à 60 Pf. in allen Zahlstellen.  
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Zirkus A. Schumann.**  
 Berlins größtes  
 Vergnügungs-Etablissement.  
 Donnerstag, den 16. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Real! Original Parezoff-Truppe**  
 2 Damen, 5 Herren in ihrer  
 eigene ein Souper bei Maxim.  
**Heros**  
 außerordentlicher Kraftjongleur.  
**Anton u. Grock**  
 mit ihren ganz neuen musik. Akt.  
**Hilb. Schumann**  
 mit seinen neuesten Reaktionen  
 sowie die  
 übrigen neuen Spezialitäten.  
**Der große Coup**  
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
**Schmuggler.**

**Zirkus Busch.**  
 Donnerst., 16. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:  
**Debit! Die Bradnas,**  
 Jongleure m. Koulou u. Hüten!  
 Gastsp. **Mil Serene Nord!**  
 Tauch- und Schwimmkünstlerin.  
 Herr Direktor Pierre Althoff u.  
 Frau Direktor Adele Althoff mit  
 ihren exzellentesten Freiheits-  
 dressuren. Madame Sandwina.  
 Fri. Marika Mohrke, Schulreit.  
**Lady Herkules!**  
 3 Gebr. Fratellinis urk. Clowns.  
 Um 9 Uhr ca. zum 56. Male:  
**„Armin.“**

**Voigt-Theater**  
 Gesundbrunnen, Sadstraße 58.  
 Donnerstag, den 16. Februar 1911:  
**Gastsp. in Trappes Festsälen. Tegel.**  
**Das Buchstabe!**  
 ober: Die Müllerin u. ihr Kind.  
 Original-Volkstück mit Gesang in  
 4 Akten von J. Blühdorf.  
 Stoffeinstellung 7. Anfang 8 Uhr.

**Königsstadt-Kasino.**  
 Polymarktstr. 72.  
 Täglich: Spezialitäten und Theater.  
**Franz Sobanski.**  
 Leop. Rosser, Elsa de la Santa, Ge-  
 schwister Bernhardt, The Dumbars,  
 atomballische Tänzer.  
**Immer fidel.**  
 Schwan in Gelb. in 1111 u. D. Richter.  
 Anf. 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Burgtheater-**  
 Festsäle und Kinematograph  
 beim Grotzerjan, Inhab. Rud. Herz,  
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.  
**Lebende Photographien.**  
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
 Anf. 7 Uhr. Sonnt. 4 Uhr. Vorzugskarten,  
 nur moquent gültig, 25 Pf. auf allen  
 Plätzen. Stets wechsl. Programm.

**Walhalla-Theater.**  
 (Königl. Tor.) Behrenstraße 20  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Bravo! Da Capo!**  
 Eine Welterbte - Neuz.  
 Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:  
**Unsere Don Juans.**  
 Kleine Preise.

**Reichshallen-Theater.**  
 Steffiner Sängers.  
 Zum Schluß, neu!  
**Kuhlickes**  
**Varieté-Theater.**  
 Dürstete von Weffel.  
 Anfang  
 wochentags  
 8 Uhr  
 Sonntag  
 7 Uhr.

**Mila-Säle**  
 Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.  
 Jeden Dienstag,  
 Donnerstag und Sonntag:  
**Kavaller-Ball**  
 bei großem Streicherorchester.  
 Tanz und Entree:  
 Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.  
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr,  
 Sonntags 5 Uhr.  
**Carl Eisner.**

**Freie Volksbühne**

Neues Schauspielhaus  
**Monna Vanna.**  
**Genoveva.**  
 Leffing-Theater  
 Extravorstellung  
**Vor Sonnenaufgang.**  
 Thalia-Theater  
 Operette  
**Die schöne Helena.**  
 Residenz-Theater  
**Die 300 Tage.**  
 Herrnfeld-Theater  
**An d. Reiches Pforten.**

Sonntag, den 19. Februar:  
**WINTERFEST**  
 in den Festsälen der NEUEN PHILHARMONIE,  
 Köpenicker Straße.  
**Kammermusikabend**  
 unter Leitung des königl. Konzertmeisters Prof. Bern-  
 hard Dessau, der Konzert- und Opernsängerin Frau  
**Sophie Heyman-Engel** und des Konzertängers  
 Herrn Anton Sistrernans.  
**Ball- und Gesellschaftsabend.**  
 Anfang 6 1/2 Uhr.  
 Festmarken à 60 Pf. in allen Zahlstellen.  
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Zirkus A. Schumann.**  
 Berlins größtes  
 Vergnügungs-Etablissement.  
 Donnerstag, den 16. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Real! Original Parezoff-Truppe**  
 2 Damen, 5 Herren in ihrer  
 eigene ein Souper bei Maxim.  
**Heros**  
 außerordentlicher Kraftjongleur.  
**Anton u. Grock**  
 mit ihren ganz neuen musik. Akt.  
**Hilb. Schumann**  
 mit seinen neuesten Reaktionen  
 sowie die  
 übrigen neuen Spezialitäten.  
**Der große Coup**  
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
**Schmuggler.**

**Zirkus Busch.**  
 Donnerst., 16. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:  
**Debit! Die Bradnas,**  
 Jongleure m. Koulou u. Hüten!  
 Gastsp. **Mil Serene Nord!**  
 Tauch- und Schwimmkünstlerin.  
 Herr Direktor Pierre Althoff u.  
 Frau Direktor Adele Althoff mit  
 ihren exzellentesten Freiheits-  
 dressuren. Madame Sandwina.  
 Fri. Marika Mohrke, Schulreit.  
**Lady Herkules!**  
 3 Gebr. Fratellinis urk. Clowns.  
 Um 9 Uhr ca. zum 56. Male:  
**„Armin.“**

**Voigt-Theater**  
 Gesundbrunnen, Sadstraße 58.  
 Donnerstag, den 16. Februar 1911:  
**Gastsp. in Trappes Festsälen. Tegel.**  
**Das Buchstabe!**  
 ober: Die Müllerin u. ihr Kind.  
 Original-Volkstück mit Gesang in  
 4 Akten von J. Blühdorf.  
 Stoffeinstellung 7. Anfang 8 Uhr.

**Königsstadt-Kasino.**  
 Polymarktstr. 72.  
 Täglich: Spezialitäten und Theater.  
**Franz Sobanski.**  
 Leop. Rosser, Elsa de la Santa, Ge-  
 schwister Bernhardt, The Dumbars,  
 atomballische Tänzer.  
**Immer fidel.**  
 Schwan in Gelb. in 1111 u. D. Richter.  
 Anf. 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Burgtheater-**  
 Festsäle und Kinematograph  
 beim Grotzerjan, Inhab. Rud. Herz,  
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.  
**Lebende Photographien.**  
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
 Anf. 7 Uhr. Sonnt. 4 Uhr. Vorzugskarten,  
 nur moquent gültig, 25 Pf. auf allen  
 Plätzen. Stets wechsl. Programm.

**Walhalla-Theater.**  
 (Königl. Tor.) Behrenstraße 20  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Bravo! Da Capo!**  
 Eine Welterbte - Neuz.  
 Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:  
**Unsere Don Juans.**  
 Kleine Preise.

**Reichshallen-Theater.**  
 Steffiner Sängers.  
 Zum Schluß, neu!  
**Kuhlickes**  
**Varieté-Theater.**  
 Dürstete von Weffel.  
 Anfang  
 wochentags  
 8 Uhr  
 Sonntag  
 7 Uhr.

**Mila-Säle**  
 Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.  
 Jeden Dienstag,  
 Donnerstag und Sonntag:  
**Kavaller-Ball**  
 bei großem Streicherorchester.  
 Tanz und Entree:  
 Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.  
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr,  
 Sonntags 5 Uhr.  
**Carl Eisner.**

**U.T.**  
**Alexanderplatz**  
**Heute**  
 und morgen von 5 bis 7 Uhr  
**halbe**  
**Kassenpreise**

Das volle ungekürzte Elie-Programm.

**LICHTSPIELE.**  
**MOZART-SAAL.**  
 Nollendorf-Platz.  
 Beginn 6 Uhr.

**Folies Caprice.**  
 Täglich 9 1/2 Uhr:  
**Die abgetretene Frau.**  
 Neuer bunter Teil.  
**Feldweibelhügel.**

**Theater**  
**Wedding**  
**Neuer**  
**Spielplan!**  
 Nachmittags von 5—8 Uhr  
 wird jedem Besucher  
**Blookers Kakao**  
**gratis**  
 verabreicht.

**Mila-Säle**  
 Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.  
 Jeden Dienstag,  
 Donnerstag und Sonntag:  
**Kavaller-Ball**  
 bei großem Streicherorchester.  
 Tanz und Entree:  
 Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.  
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr,  
 Sonntags 5 Uhr.  
**Carl Eisner.**

**Reichshallen-Theater.**  
 Steffiner Sängers.  
 Zum Schluß, neu!  
**Kuhlickes**  
**Varieté-Theater.**  
 Dürstete von Weffel.  
 Anfang  
 wochentags  
 8 Uhr  
 Sonntag  
 7 Uhr.

**Mila-Säle**  
 Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.  
 Jeden Dienstag,  
 Donnerstag und Sonntag:  
**Kavaller-Ball**  
 bei großem Streicherorchester.  
 Tanz und Entree:  
 Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.  
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr,  
 Sonntags 5 Uhr.  
**Carl Eisner.**

# Zur Einsegnung

## Blaue Anzüge

Marke A.	Biau Cheviot, Haltbar. In Brustweite 72 cm	10 M.
	Jede weitere Größe je 50 Pfg. mehr.	
Marke B.	Dunkelblauer, solider Cheviot. In Brustw. 72 cm	12 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke C.	Feingerippter Kammg.-Chev. In Brustw. 72 cm	15 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke D.	Guter, fein diagonalisiert Chev. In Brustw. 72 cm	18 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke E.	Kräftiger Melton-Cheviot. In Brustweite 76 cm	20 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke F.	Dunkelblau. Diagonal-Cheviot. In Brustw. 76 cm	23 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke G.	Glatte Melton-Cheviot. In Brustweite 76 cm	27 M.
	Jede weitere Größe je 2 M. mehr.	
Marke H.	Feiner Foulé-Cheviot. In Brustweite 76 cm	29 M.
	Jede weitere Größe je 2 M. mehr.	
Marke J.	Eleganter Kammgarn-Cheviot. In Brustw. 76 cm	31 M.
	Jede weitere Größe je 2 M. mehr.	
Marke K.	1a Melton-Cheviot. In Brustweite 76 cm	33 M.
	Jede weitere Größe je 2 M. mehr.	
Marke L.	Vornehmst. Kammgarn-Chev. In Brustw. 76 cm	45 M.
	Jede weitere Größe je 3 M. mehr.	

## Schwarze Anzüge

Marke M.	Satin-Kammgarn. Haltbar. Brustweite 72 cm	11 M.
	Jede weitere Größe je 50 Pfg. mehr.	
Marke N.	Diagonal-Kammgarn. Brustweite 72 cm	17 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke O.	Feiner Kammgarn-Cheviot. Brustweite 76 cm	20 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke P.	Aachener Corkscrew-Kammgarn. Brustw. 76 cm	25 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke Q.	Prima Tuch-Kammgarn. Brustweite 76 cm	35 M.
	Jede weitere Größe je 2 M. mehr.	

## Prüfungs-Anzüge

Marke R.	Grau mellerier Cheviot. Brustweite 72 cm	10 M.
	Jede weitere Größe je 50 Pfg. mehr.	
Marke S.	Modern gemust. Buckskin. Brustweite 76 cm	15 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke T.	Gestreift. Kammgarn-Cheviot. Brustweite 76 cm	20 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke U.	Modernste bräunliche Muster. Brustweite 76 cm	25 M.
	Jede weitere Größe je 1 M. mehr.	
Marke V.	1a gestreifte u. karierte Meltons. Brustw. 76 cm	31 M.
	Jede weitere Größe je 2 M. mehr.	



Sehr preiswert { Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Metallknöpfe, Handschuhe usw. } Sehr preiswert

# BaerSohn

Kleider-Werke .. Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30  
Gr. Frankfurter Straße 20



11 Brückenstraße 11  
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der HAUPT-KATALOG Nr. 41 und der PELZ-KATALOG Nr. 40 kostenfrei

33 eigene Fischdampfer.

Unsere Dampferflotte brachte

große Fänge  
Seefische

daher billige Preise!

Donnerstag, Freitag, Sonnabend  
verkaufen wir:

ff. blutfrischer Seelachs	im Anschnittp. Pfd.	25 Pf.
ff. blutfrischer Kabeljau	im Anschnittp. Pfd.	25 Pf.
ff. blutfrischer Schellfisch	im Anschnitt	35 Pf.
	per Pfund	
ff. Jütländer Schellfisch	per Pfund	35 Pf.
ff. kleiner Schellfisch	zum Braten, per Pfd.	20 Pf.
ff. Rotzungen, mittelgroß	per Pfund	40 Pf.
ff. Rotzungen 1a, große, helle	per Pfund	70 Pf.
ff. Bratschollen	per Pfund	25 und 30 Pf.
ff. Knurrhahn	per Pfund	25 Pf.
ff. blutfrischer Goldbarsch	per Pfund	25 Pf.
ff. lebendfrischer Seeaal	delik., per Pfund	50 Pf.
ff. Rotfleisch-Flußblachs	i. Anschn. per Pfund	80 Pf.

Außerdem empfehlen: ff. Steinbutten, Seezungen, Zander sehr preiswert.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft "Nordsee".

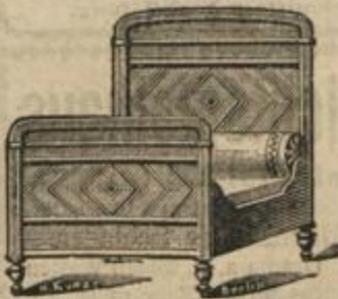
Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel.: III, 8804. Tel.: III, 2784.

Eigene Filialen: Invalidenstraße 131, Prinzenstraße 94, Große Frankfurter Str. 85, Madaistr., Bog. 8-9, Fruchtstraße gegenüber, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 111.

Niederlagen: Berlin S., Oranienstraße 3, Spandau, Breite Straße 54, Schöneberg, Akazienstraße 31, Stglitz, Schloßstraße 121, Rixdorf, Berliner Straße 14, Charlottenburg, Augsburger Straße 18, Weißensee, Langhansstraße 144, Zehlendorf bei Carl Schön, Grunowalldalee.

Eigener Fischereihafen.

Eigene Fabrikation  
im Hause!



# Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof  
Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht  
bis zu den elegantesten

zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Zum Gedächtnis des verstorbenen Genossen

Paul Singer

empfehlen wir eine 245/5\*

Original - Kupfer - Radierung

Bildgröße 22 x 30 cm. Kartongröße 40 x 53 cm.

Preis 1,50 Mark.

## 10 000 Mark

ist der Hauptgewinn der Berliner Lotterie  
(Ziehung am 4. und 5. April)

von welcher heute jeder 15. Galt ein Los als Präsent erhält  
beim einzigen Orig. Münchener

Bockbier- u. Oberhayerischen Kirchweih-Fest

Unions-Brauerei, Hasenheide 22-31.

Morgen, Freitag, 17. Februar:

1. Großer Boxkampf zwischen Schwarz und Weiß

in Europa noch nie dagewesen.

## Die Verzweiflung des Kranken.

Von allen Krankheiten sind am meisten verbreitet, die tödlichsten und folgenschwersten, die Erkrankungen der Atmungsorgane.

Mit „ein bißchen Husten“ fängt es an, wer achtet auf ein „bißchen Husten“! Dann wird der Schlaf schlechter: man wirft Schleim aus, der Kopf ist benommen, der Appetit schlecht, die Gesichtsfarbe fahl, das Auge krankhaft glänzend, man fühlt sich unfähig zur Arbeit, hat Atembeschwerden, ist betrübt bis zur Verzweiflung — und erfährt dann schließlich, daß man an einer schon weit vorgeschrittenen Erkrankung der Atmungsorgane leidet, die den ganzen Körper in Mitleidenschaft gezogen hat.

Nun wird alles mögliche getan, um der Krankheit Einhalt zu gebieten, Geld spielt keine Rolle mehr, und es wird alles probiert. Wer sich's leisten kann, geht nach Davos, um dort dünne, sehr sauerstoffreiche Luft zu atmen!

Da — leider — nicht jeder in Davos leben kann, haben die Ärzte zu Sauerstoff-Inhalationen gegriffen und aus eisernen Flaschen dem in eine Saug-Röhre gesteckten Patienten Sauerstoff zugeführt. Das Verfahren ist umständlich, teuer und eine Qualerei für den Kranken, aber man hat zuweilen Erfolge gehabt.

Festaber ist es gelungen, aktive Sauerstoff-Inhalationen zu bewerkstelligen ohne Stahlflasche, ohne Maske, überhaupt ohne

jeden Apparat, auf billigste Weise durch die ganz neuen Dr. Schleimer's aromatischen Katal-Sauerstoff-Inhalationen (patentamtlich geschützt), bei denen der Sauerstoff aktiv in statu nascendi eingeatmet wird.

Die Versuche haben ergeben, daß die Inhalation von aktivem Sauerstoff auf Asthma, Katarrhe der Luftwege, Lungenleiden, Influenza und Keuchhusten eine wunderbar wohltuende Wirkung ausübt. Auffallend und unverkennbar ist schon nach der ersten Inhalation die Erleichterung der Atmung: dieses Gefühl der Befreiung wächst mit jeder neuen Inhalation.

Es ist somit allen Leidenden jetzt die Möglichkeit geboten, durch Inhalation aktiven Sauerstoffs ohne Apparat ihr Leiden zu lindern und wieder gesund zu werden. Unbedingt sollte jeder Leidende einen Versuch machen, zumal dieser Versuch nichts kostet. Man schreibe nur eine Postkarte an die Berliner Chemische Fabrik, Charlottenburg 5/A. 419, auf der man seine genaue Adresse deutlich angibt, und man erhält umgehend gratis und franko eine Probe-Inhalation zugesandt, so daß man sich ohne Kosten von der Wirkung dieses hilfreichen Mittels überzeugen kann.

Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genaue Gebrauchsanweisung und ärztliche Gutachten usw. liegen der kostenfreien Probefendung bei!

## Kolonie Nonnendamm.

Wohnungsuchende finden in diesem aufblühenden Stadtteil günstige Wohngelegenheit.

Billige Mietpreise!

Geräumige luftige Zimmer, Schule, Kirche, Arzt, Apotheke, Geschäfte aller Branchen vorhanden.

Auskunft bei den Verwaltern und der Märkischen Bodengesellschaft, Berlin W., Leipziger Straße 123a.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin, Für den

Inseratenteil verantwortl.: Th. Glode, Berlin, Druck-Verlag: Vorwärts

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Gnade für Recht.

In Verleumdungsklagen treten Polizisten gewöhnlich als Beleidiger auf, gestern aber stand mal einer als Beleidigter vor den Schranken des Gerichts.

Beitritten hatte Stagge das schon unter seinem Zeugeneid vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte in einer Straffache gegen Wehrend, der bei jenem Vorfall die Aufforderung weiterzugeben, nicht befolgt und durch den Ruf: „Wenn der das Auspuffen nennt, der ist wohl —!“ groben Unfug verübt haben sollte.

Zur Sprache kam auch, daß gegen Schuhmann Stagge wegen jener Affäre ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist. Er erzählte von einem „großen Artikel“, den der „Vorwärts“ gebracht habe. Die Sache sei ja „bereits bis ins Ministerium gegangen“.

Dem Angeklagten Stagge wurde die Sache nach den Befundungen des Zeugen Weber keineswegs günstig stehen. Aber Rechtsanwalt Wittermann, der Rechtsbeistand des Klägers, nicht etwa des Angeklagten, redete ihm,

dem Angeklagten, so eifrig zu, daß Stagge sich, wenn man so sagen darf, erweichen ließ. Sorge machte ihm nur, daß durch eine Einigung in dieser Verleumdungsklage nicht auch das Disziplinarverfahren aus der Welt geschafft wird.

Schließlich verstand Stagge sich zu folgender Erklärung: „Wenn ich, wie der Zeuge Weber bekundet hat, bei dem fraglichen Vorfall eine den Kläger beleidigende Äußerung getan haben soll, so ist dies nur in Erregung geschehen, und nehme ich keinen Anstand, dem Kläger hierüber mein Verhalten auszusprechen.“

Wohlgemerkt: nicht um eine Geldstrafe, sondern um ein Disziplinarverfahren soll es sich handeln. In einem solchen wird ja wohl nicht danach gefragt, ob ein Beleidigter einem Beleidigten, wie Wehrend es in dieser privaten Verleumdungsklage getan hat, Gnade für Recht zuteil werden lassen will.

Mehrfache Brandstiftungen

sollte der Dreher Paul Schindler begangen haben, der sich gestern wegen 4 Fälle der vollendeten und 2 Fälle der versuchten Brandstiftung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel zu verantworten hatte.

Natürlich verfehte dieser sich so oft wiederholende nützliche Spul die Hausbewohner in große Aufregung. Nach dem letzten Brande hatte sich die Hauswirtin, Frau Nadau, eine elektrische Klingel von ihrer Wohnung nach der ihres Portiers legen lassen und wachte etwa ein Vierteljahr lang allnächtlich, um den Täter auf frischer Tat zu ertappen.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag Freitag und Sonnabend

Lebensmittel

Sowelt Vorrat

Wurstwaren

- Landleberwurst . . . . . Pfund 80 Pf.
Feine Leberwurst . . . . . Pfund 95 Pf.
Rotwurst . . . . . Pfund 70 Pf.
Blut- und Zwiebelwurst Pfund 50 Pf.
Mettwurst Braunsch. Art Pfund 90 Pf.
Fetter und magerer Speck Pfund 80 Pf.

- Stangenspargel . . . . . 1 15 63 Pf.
Junge Schoten III . . . . . 42, 26 Pf.
Gemüse-Schoten . . . . . 34, 22 Pf.
Karotten in Streifen . . . . . 28, 19 Pf.
Schnittbohnen 3-Pfund Dose . . . . . 42, 28, — Pf.
Wirsingkohl . . . . . 28, — Pf.

- Kohlrabi in Schelben m. Grün 28, — Pf.
Junger Spinat . . . . . 38, 24 Pf.
Pfefferlinge . . . . . 48, 29 Pf.
Perl- oder Wachsbohnen 38, 24 Pf.
Jg. Schoten u. Karotten I 70, 40 Pf.
Jg. Schoten u. Karotten II 55, 33 Pf.

Obst

- Blutorangen . . . . . Dtz. 30, 40, 50 Pf.
Span. Orangen . . . . . Dtz. 20, 25, 30 Pf.
Zitronen . . . . . Dtz. 25, 35 Pf.
Mandarinen . . . . . Pfd. 28 Pf.
Kallforn. Kistenäpfel Pfd. 30, 40 Pf.
Amerik. Tafeläpfel . . . . . Pfd. 25, 30 Pf.

Nur Leipziger Strasse:

Fische

Nur Leipziger Strasse:

- Lebende Plötzen . . . . . Pfund 40 Pf.
Leb. Karpfen bis 1 Pfd. schw. Pfd. 65, über 1 Pfd. schw. Pfd. 75 Pf.
Lebende starke Aale . . . . . Pfund 1 15
Dorsch . . . . . Pfund 8 Pf.
Schollen . . . . . Pfund 10 bis 20 Pf.

- Schellfisch . . . . . Pfund 11 bis 24 Pf.
Rotzungen . . . . . Pfund 20 Pf.
Seelachs im ganzen Fisch . . . . . Pfund 13 Pf.
Goldbarsch . . . . . Pfund 16 Pf.
Grosse grüne Heringe Mandel 20 Pf.

- Kabeljau im ganzen Fisch . . . . . Pfund 12 Pf.
Heilbutt . . . . . Pfund 70 Pf.
Tafelzander . . . . . Pfund 65, 75 Pf.
Tafelflusiachs . In ganz. Fisch. 38 u. 60 Pf.
Seemuschein . . . . . 100 Stück 40 Pf.

Nur Leipziger Strasse und Alexanderplatz:

Frisches Fleisch

Berliner Schlachtung

- Rindfleisch
Schmorfleisch . . . . . Pfund 90 Pf.
Fehirippe . . . . . Pfund 80 Pf.
Kamm . . . . . Pfund 70 Pf.
Gehacktes . . . . . Pfund 60 Pf.
Gulasch . . . . . Pfund 60 Pf.

- Schweinefleisch
Kotelett . . . . . Pfund 85 Pf.
Pökelkamm im Ganzen Pfund 70 Pf.
Eisbein vom Schinken Pfund 50 Pf.
Lieser . . . . . Pfund 65 Pf.
Rückenfett . . . . . Pfund 55 Pf.

- Hammelfleisch
Hammelkeule Pfd. 85-95 Pf.
Dicke Rippe . . . . . Pfund 80 Pf.
Rücken im Ganzen . . . . . Pfund 90 Pf.
Dünnung . . . . . Pfund 65 Pf.
Kotelett . . . . . Stück 15 Pf.

- Rindfleisch
Schierbraten . . . . . Pfund 90 Pf.
Schaufelbraten . . . . . Pfund 90 Pf.
Filet-Oberschale Pfd. 90 Pf.
Schabefleisch . . . . . Pfund 95 Pf.
Roulade . . . . . Pfund 95 Pf.

